

# Christ und Sozialist

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands

## EUROPA

Loretta J. Williams

**Marginalisierung, Destabilisierung und Hautfarbe**

Darmstädter Religiöse Sozialisten

**Europas neue kapitalistische Revolution**

Gert Rüppell

**Umkehr zum Gottesrecht**

Hartmut Hövelmann

**»Der religiöse Mensch ist Sozialist«**

(Adolf Grimme)

Im Einzelverkauf DM 5,—

Neue Folge 14. Jg. Düsseldorf, März 1990

# 1/90

## Zu diesem Heft

Europa – das ist unsere Antwort auf die in den letzten Monaten wieder hochgepuschte „deutsche“ Frage. Diese Antwort schließt Schritte bis zur Vereinigung der Länder der BRD und der DDR in einem neuen deutschen Bundesstaat inmitten eines zueinanderfindenden Europa natürlich nicht aus. Aber so wie die Deutschen in Ost und West gemeinsam das Erbe ihrer Vergangenheit tragen und zu verarbeiten haben, so hat auch Europa seine Geschichte. Es ist der Heimatkontinent von Rassismus und Kolonialismus. Ohne Rassismus und Kolonialismus hätte es nicht den Kapitalismus der Neuzeit gegeben. Europa ist noch nicht die eine Welt, auch nicht eine Welt für sich, sondern es muß seine Aufgabe finden, die es in Verantwortung für den ganzen Planeten Erde hat.

Darum kommt als erste zu diesem Thema eine schwarze Frau aus Nordamerika zu Wort, die sich für das südliche Afrika besonders engagiert. Loretta J. Williams hielt ihr Referat auf der Tagung des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten im Oktober 1989 in Skepparholm/Stockholm (siehe CuS 4/89). Auch wenn es auf einhellige Zustimmung stieß und auch wenn Evert Svensson, der Sprecher des IBRS, eine führende Rolle im außenpolitischen Ausschuß des schwedischen Parlaments spielt, bleibt die bange Frage, wie einflußreich die sind, die auf diese Stimme hören.

Der Beitrag, den die Darmstädter Religiösen Sozialisten erarbeitet haben und der bei ihnen auch als Broschüre zu erhalten ist, kann als grundsätzliche Besinnung aus der Perspektive des Religiösen Sozialismus zu den Fragen um Europa und den künftigen Binnenmarkt gelten.

Gert Rüppel schließlich hat seinen Vortrag im Frühjahr 1989 auf der Tagung einer Kommission des Weltrats der Kirchen in Boldern/Schweiz gehalten, die sich mit Randgruppen in Eurpa selbst und den Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf die „Peripherie“ innerhalb unseres Erdteils besonders befaßt hat. Endlich kommt nun – wie mein Erinnerung an Rudi Dutschke – auch der längst angekündigte Beitrag von Hartmut Hövelmann über den religiösen Sozialisten Adolf Grimme zum Druck. Es erstaunt, wie diese historisch-biografische Skizze Themen anspricht, die wieder aktuell sind: Medienpolitik, Rolle der Kirche, wiedererwachsender Rechtsextremismus, sogar Religionsunterricht...

Eine Vierteljahresschrift kann nicht so rasch auf Aktuelles eingehen, wie es die Ereignisse des letzten halben Jahres fordern würden. Als „Zeitansage“ sind nun aber Stimmen gesammelt, die auf das so eilig in den Medien angesagte „Ende des Sozialismus“ reagieren. Da ist als erstes unser ältestes Bundesmitglied August Rathmann, Anfang Januar 95 Jahre alt geworden, der sich in erstaunlicher geistiger Frische zu Wort meldet (siehe auch seine Beiträge in CuS 3/88). Auf Willy Spieler, den unsere Leser längst kennen, können wir nicht verzichten. Der Redakteur der „Neuen Wege“ aus der Schweiz, mit denen wir zusammenarbeiten, ist zum Vordenker und „Formulierer“ der deutschsprachigen religiösen Sozialisten geworden (siehe auch CuS 4/89). Dazu kommt als Stimme der jüngeren Generation der Beitrag von Thomas Kremers-Sper (siehe CuS 4/88), Historiker und Assistent für Kirchengeschichte in Duisburg. Zusammen mit der Glosse meines Düsseldorfer Lehrerkollegen Norbert Vehreschild ergibt sich so ein vielfältiges Echo auf eine brennend aktuelle Frage.

Unser Bundessprecher Ulrich Peter wird, in diesem Heft beginnend, so oft wie möglich seinen Kommentar als „Brief aus Berlin“ liefern.

Bleibt der Ausblick auf das nächste Heft: Zum Katholikentag (von unten) wird es vorrangig die Thematik „Katholisch und Sozialistisch“ behandeln.

Last not least sei auf den Spendenaufruf auf der letzten Seite verwiesen. Sie wissen, daß Schriftleitung, Redaktion und AutorInnen von CuS ehrenamtlich, unentgeltlich und „neben dem Beruf“ für CuS tätig sind. Manches Blatt linker Christen mußte schon aus finanziellen Gründen das Handtuch werfen. Wir halten durch, wenn Sie glauben, daß unsere Hefte nötig sind, und uns unterstützen. Die Mitglieder des Bundes der Religiösen Sozialisten haben noch andere Aufgaben finanziell zu bewältigen, z.B. die Gestaltung unseres Thematischen Zentrums auch zum nächsten Kirchentag im Ruhrgebiet. Wer nicht Mitglied werden will, sollte sich überlegen, ob nicht ein Förder-Abo ab DM 30,— statt 20,— im Jahr das Angemessene wäre. Oder 100 Abonnenten werben je einen neuen Abonnenten – auch dann wären wir aus dem Schneider.

Es gibt mehr zu tun als je zuvor...

Euer Erhard Griese

## Gottes Solidarität

Das Kreuz ist nicht eine Apologie des Leidens, des Opfers und des Todes.

Im Gegenteil: Es deckt auf und nennt mit Namen die institutionalisierte Anwendung von Gewalt, einer Gewalt, die auch in unseren Herzen ist und die den Tod offenbart inmitten der ungerechten Ordnung der Welt.

Der lebendige Gott aber, an den wir glauben, ist kein Rachegott, der nach einem Opfer sucht, um Schuld zu sühnen.

In Jesus Christus erlitt er das Kreuz nicht weil er den Tod liebt, sondern weil er die Solidarität mit den Menschen auf sich nimmt bis zum äußersten, um so den Tod subversiv umzustürzen, damit sein Reich kommt und das neue Leben zuteil wird der ganzen Menschheit, die Gottes Erbe wird.

Jean-Pierre Cavalié

Aus „Liturgie für die Gegenwart“,  
Mission Populaire Evangélique  
(47, Rue de Clichy, F-75009 Paris), 1987-88, nr. 4

## Marginalisierung, Destabilisierung und Hautfarbe

Die »color line« bestimmt die Lebenschancen in Nord und Süd

Referat auf der Tagung des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten 19./20.10.1989 in Skepparholm/Stockholm

Ganz präzise kann im Blick auf die USA von heute gesagt werden, daß die »color line« – die nach der Hautfarbe gezogene Trennungslinie – die Vorentscheidung über die minimalsten positiven Lebensbedingungen wie über den größten Teil der negativen Voraussetzungen trifft. Ob man die Höhe des Einkommens, die berufliche Position oder zum Beispiel die Kindersterblichkeit betrachtet, immer läßt sich zeigen, daß Besitz, Genuß öffentlicher Dienstleistungen, Macht und Einfluß beiderseits der »color line« ganz unterschiedlich verteilt sind. Rassen- und Klassenzugehörigkeit bestimmen, miteinander unlösbar verbunden, das Leben von Afro-Amerikanern, Latinos, Menschen aus dem Pazifikraum und »Native Americans« – nämlich aller Menschen dunklerer Hautfarbe.

Ebenso präzise läßt sich sagen, daß eine solche »color line« sich auf Lebenschancen und Machtverhältnisse innerhalb der Industrieländer der sog. »Ersten Welt« auswirkt – auch wenn die Zusammensetzung der Bevölkerung, das politische System und die offizielle Politik der Länder jeweils unterschiedlich sein mögen. Sobald die Länder innerem und äußerem Druck ausgesetzt sind – etwa durch strukturbedingte Arbeitslosigkeit –, stellen sich für die Menschen dunkler Hautfarbe veränderte Erfahrungen und Konsequenzen ein. Die Flutwelle organisierter rassistischer Übergriffe in England und Westeuropa ist dafür nur ein verräterisches Indiz.

Des weiteren läßt sich ebenso präzise feststellen, daß die »color line« in derselben Weise in den Nord-Süd-Beziehungen existiert. In den Industrienationen, im Norden, besonders wo er fast »rein weiß« ist, hat die politische und wirtschaftliche Macht ihr Zuhause.

Dieser Vortrag gibt die Weltsicht einer aktiv engagierten afro-amerikanischen Wissenschaftlerin wieder und untersucht aus dieser

Perspektive Marginalisierung und Destabilisierung in der »Dritten Welt« im Horizont des globalen ökonomischen Systems. Die Hautfarbe, sofern sie dunkel ist, ist ein Hauptkennzeichen derer, die im gegenwärtigen globalen ökonomischen System als die Ohnmächtigen erscheinen. Das Stigma der Hautfarbe – das ist die These meines Vortrags – verhindert die Teilhabe an Macht und Einfluß.

Wie reagieren Völker und Nationen der »Dritten Welt« auf diese Marginalisierung? Mozambique zum Beispiel, seit 14 Jahren unabhängig, ist mit typischen Problemen einer Ära nach Erlangung der Unabhängigkeit konfrontiert. Durch die Analyse dieses Landes wie überhaupt des afrikanischen Kontinents, der weltwirtschaftlich eine Randzone darstellt, erkennen wir die Kräfte der Destabilisierung.

Mein Vortrag beurteilt also internationale Beziehungen, Entwicklungspolitik und öffentliche wie private Entwicklungshilfe aus der Sicht einer antikolonialistischen Ethik der Befreiung. Dabei sind konkrete Aktionsvorschläge eingeschlossen, die davon ausgehen, daß größere Anstrengungen politischer und wirtschaftlicher Art, die auf »people-power« setzen, der durch die Apartheid geschaffenen Destabilisierung entgegenwirken und die Kräfteverhältnisse im Nord-Süd-Gefälle neu gestalten können. Als religiöse Sozialisten können wir die weltweite Realität des durch die »color line« bestimmten Ungleichgewichts der Kräfte nicht außer acht lassen.

### Das Nord-Süd-Gefälle in politischer Sicht

Das Verhältnis zwischen der »Ersten« und der »Dritten Welt« spiegelt das Vermächtnis der europäischen Kolonialherrschaft wieder, und zwar sowohl innerhalb eines Volkes oder einer Nation wie zwischen den Nationen. Ein amerikanischer »Schöpfungsmythos«, der unter der Oberfläche der amerikanischen Kultur

lebendig ist, zeigt dies besonders bildhaft. Es ist der Mythos von einem überbevölkerten und rückständigen Europa und dem weiten, leeren Raum der »Neuen Welt«, der nur darauf wartet, von starken Männern und den ihnen zur Seite stehenden Frauen erschlossen zu werden. Wenn sie dann also den Tyrannen der »Alten Welt« entkommen sind, besiegen diese verwegenen und tugendhaften Pioniere die wilden, heidnischen Indianerhorden und bezwingen die unendliche Wildnis. Dieser Mythos verschleiert, wie man sieht, den brutalen Raubzug, dessen Opfer die Menschen und das Land sind.<sup>1</sup> Mit wenigen Ausnahmen stand die christliche Kirche dieser Eroberung und Ausbeutung bei und legitimierte sie.

Die Pläne für die Gedenkfeiern des Jahres 1992 anlässlich der »Entdeckung« Amerikas vor 500 Jahren sprechen für die Zähigkeit, mit der sich diese Fabel hält. Für die Überlebenden der darauffolgenden Invasion, die die Ausrottung oder Dezimierung ganzer Völker und Stämme, ihre Versklavung und die Ausplünderung der natürlichen Schätze des Landes mit sich brachte, gibt es keinen Grund zu feiern.<sup>2</sup> Darum ist die Behauptung nicht umzustoßen, daß in Amerika ebenso wie auf der ganzen Welt die farbigen Menschen in der ökonomischen Gefangenschaft der Eroberer verblieben sind. Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung der »Dritte-Welt-Länder« spiegeln lediglich dieses Erbe aus der Kolonialzeit wieder.

Mißverstehen Sie mich bitte nicht! Ich weiß, daß etwa die skandinavischen Staaten und die Niederlande lobenswerte caritative Entwicklungshilfe leisten, und diese Taten der Solidarität sollten von anderen Industrieländern nachgeahmt werden. Das Wohlergehen einer Nation kann durch Stabilität und Wohlstand ihrer Nachbarn nur noch weiter erhöht werden. Macht und Einfluß jedoch sind nicht so verteilt, wie es recht und billig wäre. Der internationale Warenaustausch verstärkt dieses Ungleichgewicht nur. Entscheidungen über wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen werden allzu oft den Behörden, den örtlichen und den zentralen Regierungsstellen des Empfängerlandes aus der Hand genommen. Es ist schlicht eine Tatsache, daß Kapital in ganz unverhältnismäßigem Ausmaß aus den wenig entwickelten Ländern in die reichen Länder abfließt.<sup>3</sup> Auch hier fällt das meiste von dem, was nichts taugt, und das wenigste vom Besten (Gesundheits-

fürsorge, technologische Entwicklung, Maßnahmen zum Schutz des Lebens und ähnliches) für die Drittweltländer ab. Der »Brundtland-Report« der UNO-Kommission für Umwelt- und Entwicklungsfragen<sup>4</sup> kommt zu dem Ergebnis, daß die ärmeren Länder, behindert durch »Kriege niedriger Intensität«, veraltete Produktionsweisen und Niedriglöhne, tatsächlich die reicheren Staaten subventionieren, aus denen sie Güter importieren müssen.

Das Dilemma, vor dem die »Dritte Welt« steht, »besteht weiterhin in dem Problem, wie man es schafft, nicht die Bauern auf dem Schachbrett der Ost-West-Auseinandersetzung zu sein und zugleich genügend politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe für die eigenstaatlichen und regionalen Bedürfnisse zu bekommen.«<sup>5</sup> Es gibt gelegentliche Hoffnungszeichen, sobald die alten Praktiken und das »Powerplay« von den Vertretern des Südens nicht mehr hingegenommen werden.

Ein kurzes Beispiel: Auf der GATT-Konferenz (General Agreement on Tariffs and Trade) in Montreal im Dezember 1988 brachte der Süden die Initiativen der Nord-Vertreter zu den Sachgebieten Textilien, geistiges Eigentum und Landwirtschaft zum Entgleisen. Die Entwürfe zu den Verträgen waren von den Vertretern der USA und Europas ausgearbeitet worden, ohne daß die der »Dritten Welt« einbezogen waren oder ihren Beitrag einbringen konnten. Das Geschäft wurde aber von Mitgliedern der »Cairns-Gruppe« (Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Uruguay) zurückgewiesen und gestoppt.<sup>6</sup>

### Die Hegemonie des Nordens in Afrika

Es war der Kolonialismus, der Afrikas Wirtschaft die Eingliederung in das jetzige Weltwirtschaftssystem aufzwang. Diese Länder – und die »Dritte Welt« im allgemeinen – sind nicht imstande, sich aus dem Ungleichgewicht der vom Kapitalismus bestimmten Kräfteverhältnisse wieder herauszuwinden. Kräfte von außen üben weiterhin ihren Einfluß auf Afrika aus, den Kontinent der Destabilisierung. In historischer Perspektive können wir auf die Konferenz von Berlin zurückblicken,

auf der die von den einheimischen Völkern bewohnten Gebiete parzellenweise unter die räuberischen Imperialmächte verteilt wurden. Wir erblicken dort auch den europäischen Merkantilismus und den Sklavenhandel über den Atlantik. Oder wir sehen die heutige Realität der Nationen Afrikas, die ihre ökonomischen Verhältnisse nicht selbst bestimmen können. Die Arbeitslosigkeit in der »Dritten Welt« ist auf dem Land wie in städtischen Siedlungsgebieten erdrückend hoch.<sup>7</sup> Der kalte Krieg zwischen Ost und West hat ebenfalls die Beziehungen zwischen dem industrialisierten Norden und dem weniger entwickelten Süden in Mitleidenschaft gezogen. Ein Sprichwort der Kikuyu aus Ostafrika sagt: »Wenn zwei Elefanten miteinander kämpfen, ist es das Gras, das darunter leidet.« Im Gefolge des Zweiten Weltkrieg errangen die USA weltweit die Vorherrschaft sowohl in wirtschaftlicher wie in militärischer Hinsicht. In dieser Phase gerierte sich Amerika in seiner Außenpolitik bewußt als »Polizist vom Dienst« für die ganze Welt.

Aber das war auch die Zeit, in der die antiimperialistischen Bewegungen sich in ganz Afrika ausbreiteten und es für Europa zu kostspielig wurde, seine dortigen Kolonien im Griff zu halten. Die UdSSR wurde zu einem Hauptfaktor in der nachkolonialen Epoche. Als sich der Kalte Krieg entspannte, trat eine große Zahl von staatssozialistischen Ländern mit den kapitalistischen Kräften in einen Wettbewerb um den Einfluß in den Entwicklungsländern. Dies geschah gerade, als sich die einstigen Kolonien auf eine vernünftigeren und gerechteren Wirtschaftsform zubewegen wollten.

Die Unterentwicklung stellte immer und stellt noch heute die grundlegende Krise dieser Länder dar.<sup>8</sup> Dabei erscheint es paradox, sieht man auf den enormen Reichtum des Kontinents an Bodenschätzen, landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, Rohstoffen aus den Wäldern usw., daß an die fünfzig Länder durch die finanziellen Verhältnisse und die Konstellation der politischen Kräfte in die Abhängigkeit von einem rigiden Weltwirtschaftssystem gezwungen werden. Weil der Kontinent aus europäischer Sicht der unerschlossene »schwarze Erdteil« war, lud er in der Vergangenheit zu Invasion und Kolonisation ein.

Die Märkte für die Produkte der »Dritten Welt« verblieben hauptsächlich im Westen. Finanzielle Investitionen und andere Formen ökonomischer Hilfe verlängern eher die Marginalisierung der afrikanischen Länder als daß sie sie vermindern. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Länder kapitalistisch sind (wie die Elfenbeinküste, Nigeria, Kenia oder Malawi) oder sozialistisch (wie Äthiopien, Angola oder Mozambique).

### Träger und Vermittler von Entwicklungshilfe

Im Bereich der Entwicklungshilfe funktioniert der Eurozentrismus ebenso. Darunter ist zu verstehen der Anspruch oder die selbstverständliche Annahme, das westeuropäische Modell sei universal gültig und müsse imitiert werden. Dieses seit langem existierende Phänomen basiert auf »einer modernen Mythologie, die die Geschichte Europas und der Welt rekonstruiert«<sup>9</sup>. Als ein Paradigma antwortet es, wie Samir Amin folgert, auf wirkliche Fragen auch dann, wenn es irrt.

Der Maßnahmenkatalog des Internationalen Währungsfonds (IWF) verschärft mit seinen strengen Forderungen noch die Unterentwicklung. Ganz abgesehen von der massiven Arbeitslosigkeit, wird in den Empfängerländern immer mehr Arbeitskraft immer effektiver den Regeln des Kapitals untergeordnet. Versuche, afrikanische Nationen ihrer besonderen Eigenart gemäß zu gestalten, werden durch Druck und Zwang dahingehend abgestumpft, daß »Entwicklung« ausschließlich nach Manier der westlichen Welt verstanden werden darf. Für den IWF, diesen »Embryo eines supranationalen Staatswesens«, ist Entwicklung im Sinne des »regional konzipierten Aufbaus einer selbstbestimmten und auf Selbstversorgung angelegten Produktionskapazität« – so daß für alle Menschen in einer Gesellschaft gesorgt ist – kein primäres Objekt seiner Interessen.<sup>10</sup>

In ähnlicher Weise erwartet die Weltbank als größte Organisation der Entwicklungshilfe, daß die Entwicklungsländer dem westlichen Modell Folge leisten. Sie stellt eher für besondere Projekte als für das allgemeine wirtschaftliche Wohl eines Landes Mittel zur Verfügung. Viele Hilfsgelder verlassen niemals das Geberland. Oft wird die Hilfe in Form von Handelskrediten gewährt, indem das Empfän-

gerland eine Liste von Waren erhält, für die es den Kredit verwenden kann. Diese Waren sind kennzeichnender Weise solche, die im Geberland nicht besonders günstig zu verkaufen sind, so daß es sich um Subventionen für bestimmte Produzenten bzw. ihre Verbände handelt. Ein Beispiel dafür, das die Entwicklungshilfe der USA betrifft: Die Vereinigten Staaten erlauben nicht, daß von ihren Dollars für Mozambique Nahrungsmittel aus Zimbabwe gekauft werden. Statt also Getreide aus dem Ernteüberschuß des Nachbarlandes zu beziehen, bekam Mozambique Weizen aus den USA. Es ging ja zuerst um Subventionen für die amerikanischen Farmer.

Nichtstaatliche Organisationen sind in wachsendem Maße in der Entwicklungshilfe tätig. Jüngst (Mitte der 80er Jahre) erfolgte Expansionen können die deutlich sichtbare Rolle dieser Organisationen als wirkungsvolle Akteure im Kampf gegen den Hunger in Afrika belegen. Teilweise geht das Anwachsen auch darauf zurück, daß das Geberland private Maßnahmen zur Entwicklungshilfe bevorzugt. Dennoch ist es immer noch so, daß die Geber öfter Hilfsgelder senden als Werkzeuge für eine einheimische Produktion. Auf der positiven Seite steht die Möglichkeit, manchmal auch schon die Realität, direkter Verbindungen zu Basisorganisationen.

Unter den nichtstaatlichen Organisationen sind die kirchlichen in besonderer Weise dazu geeignet, die globale gegenseitige Abhängigkeit und die Notwendigkeit einer Balance der Kräfte aufzuzeigen. So ist etwa, was die Vergabe von Geldern betrifft, ein Übergang von kapitalintensiven Großprojekten zu kleineren, arbeitsintensiven, zweckmäßigen Technologieprojekten nötig. Diese sollten jeweils am Ort zusammen mit den einheimischen Stellen geplant werden.

### Gemeinschaftliche Verantwortung

Transnationale Konzerne spielen eine wichtige Rolle bei der Verschärfung der Gegensätze. Transnationalisierung von Monopolkapital bedeutet immer eine Entkapitalisierung Afrikas. Die Schuldernationen Afrikas reißen sich um Finanzhilfe für ihre Wirtschaft, während sie gleichzeitig durch ihre Schuldverpflichtungen an kurzer Leine gehalten werden. In Kanada und in mehreren europäischen

Ländern ist inzwischen ein Schuldenerlaß in gewissem Maße vorgesehen.

Die Transnationalen Konzerne beherrschen die Wirtschaft der Nationalstaaten. Regierungen und Gewerkschaften sind nicht imstande, dieser ganz unverhältnismäßigen Machtposition etwas entgegenzusetzen. In einem vorwiegend ländlichen Kontinent wie Afrika ist Pfizer nur ein Beispiel für »Agro-Business« in Mozambique, Uganda und Südafrika. Shell ist ein weiteres Exempel.

Die meisten hochentwickelten Länder haben ihre Entrüstung über den Einfluß und die Macht der multinationalen Gesellschaften wesentlich gemildert. Privatisierungen sind an der Tagesordnung, etwa in dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, Nigeria, wo die Beteiligung der Regierung an 92 öffentlichen Unternehmen an private Firmen übertragen wird. Mozambique, ein Land mit eindeutig sozialistischer Vision, eröffnete im Juli 1989 auf dem 5. Kongreß der FRELIMO den Weg zu einem größeren privatwirtschaftlichen Anteil in den Bereichen Handel, Wohnungsbau und Erziehungswesen. Diese Veränderungen werden als Übergangsmaßnahmen angesehen, die »mitten im Rennen« Korrekturen vornehmen. Im Jahr der Unabhängigkeit, 1975, gab es keine einheimischen Unternehmer, die bereit gewesen wären, die finanziellen Risiken zu übernehmen.

Aber tritt der Staat von seiner Rolle im Wirtschaftsleben wirklich aus freien Stücken zurück? Oder ist dieser Umschwung nicht ein Beweis dafür, daß die Machtverhältnisse unter der Kontrolle ausländischen Kapitals stehen?<sup>11</sup> Für das letztere gibt es Beweise.

### Antwort auf die Marginalisierung

Innerhalb der »Dritten Welt« trifft man auf die Bildung und Aufrechterhaltung multinationalen Organisationen, denen es um Einheit des Kontinents oder der Region geht.<sup>12</sup> Afrika ist so der erste Erdteil, dessen Streben nach gesamtkontinentaler Einheit einer Verwirklichung besonders nahe gekommen ist, und zwar in der größten einen ganzen Kontinent umspannenden Organisation der Welt. Die OAU, die »Organisation für Afrikanische Einheit«, wurde 1963 gegründet, um die Verwundbarkeit, der ganz Afrika im globalen System

ausgesetzt ist, wenigstens teilweise zu überwinden. Die OAU fungiert als Einberufer, Koordinator, Vermittler, Strategiezentrum und allgemeines Forum für eine gerechtere Zukunft Afrikas.

Die »Konferenz für Koordination der Entwicklung im südlichen Afrika« (Southern African Development Coordination Conference = SADCC) ist Beispiel für eine regionale Zusammenarbeit unabhängiger Nationen, um die Region von der äußeren Abhängigkeit vom Apartheidstaat Südafrika zu entlasten. Vor der Bildung der SADCC konnte das Apartheidregime mit seinen Nachbarstaaten je einzeln und »häppchenweise« verhandeln und ihre Getrenntheit für sich ausnutzen. Obgleich die SADCC nur über unzureichende Geldmittel verfügt, sieht sie in der Aufhebung solcher Verkettungen ihr Ziel, sowohl kurzfristig wie auf lange Zeit. Die Realität, der die SADCC und die Staaten der »Dritten Welt« gegenüberstehen, ist die: Die hochentwickelten kapitalistischen Länder kontrollieren gegenwärtig etwa 50 % des Welthandels und gut 85 % der Exporte aus der »Dritten Welt«.<sup>13</sup>

In den 50er Jahren erhoffte man sich noch von dem Elan der Befreiung aus der Kolonialherrschaft ein sicheres Wachstum der Wirtschaft in den Ländern der »Dritten Welt«. Die Vereinten Nationen deklarierten das Jahrzehnt von 1960 bis 1970 zur »Entwicklungsdekade« und forderten die reicheren Länder auf, ein Prozent ihres nationalen Bruttoeinkommens für die Entwicklungshilfe aufzuwenden. Am Ende des Jahrzehnts stellte sich heraus, daß die Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern nur noch größer geworden war.

Die Strategie verlagerte sich nun. UNCTAD, das UN-Komitee für Handel und Entwicklung, versuchte, durch eine fairere Preisgestaltung bei den Exportgütern vom Süden in den Norden und umgekehrt bessere Handelsbeziehungen in die Wege zu leiten. Die Bemühungen brachen zusammen, als der arabisch-israelische Krieg und die Streitigkeiten rund um die Ölkrise dazwischenkamen.

Aus der »Dritten Welt« kam immer noch der Ruf nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (NIEO). Wie gedämpft klingt er aber jetzt, und wie verhalten ist das Interesse an entsprechenden Veränderungen!<sup>14</sup>

Nicht weniger als die Hälfte der erwerbsfähigen Menschen auf der Erde ist arbeitslos oder unterbeschäftigt; der weit überwiegende Teil kommt aus den farbigen Völkern der »Dritten Welt«. Die katholischen Bischöfe der USA sprechen in ihrem Pastoral schreiben »ECONOMIC JUSTICE FOR ALL« im Blick auf die strukturelle Benachteiligung der Dritten Welt und die notwendige Neugestaltung des Weltwirtschaftssystems von einem »schokkierenden Skandal der Ungleichheit«:

»Die Preise für den Export von Gebrauchsgütern und die Preise für den Import von Nahrungsmitteln und Fabrikzeugnissen, die Zinsen, die zu zahlen sind, und die Laufzeiten für Anleihen, die ökonomischen Verhaltensmuster der ausländischen Investoren, die Auflagen und Bedingungen, die mit jeder Hilfe von außen verknüpft sind usw. werden im wesentlichen von der industrialisierten Welt festgelegt.«<sup>15</sup>

#### Destabilisierung: der Export der Apartheid

Wenden wir uns als nächstes der »totalen Strategie« zu, mit der der Apartheidstaat Südafrika die Destabilisierung und Schwächung seiner Gegner verfolgt.

Weltweit ist es fast einhelliger Konsens, daß Apartheid moralisch in höchstem Maße anstößig ist. Das Ende der Apartheid ist eine notwendige, aber noch nicht eine ausreichende Voraussetzung dafür, gegen das fortdauernde Hauptproblem anzugehen: die Abhängigkeit des gesamten südlichen Afrika vom internationalen Kapital.

Die Regierungen Botha und de Klerk sind dabei, das Land, das Volk und die Wirtschaft Mozambiques ökonomisch zu vereinnahmen, d.h. die Ressourcen und Produktionsmittel, die Tag für Tag, Generation um Generation zum Lebensunterhalt beitragen. Dieses Vorgehen ist Teil eines »Krieges ohne Kriegserklärung« gegen die Frontstaaten des südlichen Afrika (die unabhängigen Länder Angola, Botswana, Zambia, Mozambique, Namibia, Zimbabwe, Tansania), der als Drohgebärde für die Aufrechterhaltung der Apartheid und des Ungleichgewichts der Kräfte zu begreifen ist. Eine UN-Studie der Wirtschaftskommission für Afrika, die im Oktober 1989 erschien,

stellt fest, daß die Konflikte zwischen dem von den Weißen regierten Südafrika und den schwarzen Nachbarstaaten in den vergangenen neun Jahren mindestens 1,5 Mill. Menschenleben und den Verlust von mehr als 60 Mrd. Dollar durch Zerstörungen und Produktionsverluste kosteten. Der wirtschaftliche Ertrag der Region wäre um 40 % höher, gäbe es nicht die Konflikte mit dem Apartheidstaat Südafrika.<sup>16</sup>

In Mozambique gilt die Strategie eines »Kriegszustandes verminderter Intensität« (low intensity warfare) seit über einem Jahrzehnt. Die RENAMO spielt dabei die Rolle der »Stellvertreter-Armee«, die vom Apartheidstaat Südafrika ausgerüstet und bezahlt wird. Die Angriffe auf die Infrastruktur des von der FRELIMO regierten Landes<sup>17</sup> stellen eine Attacke auf die Chancen Mozambiques und der anderen Länder dar, selbstverantwortete Formen der Wirtschaft zu entwickeln, die von Südafrika nicht mehr abhängig sind.

Die Terroristen der RENAMO sind Kreaturen des Herrschaftsanspruchs der Weißen, nicht eine politische oder ethnische Größe. Die Guerilla der RENAMO versucht, Geschichte mit Blut zu schreiben. Die Begründer dieser bewaffneten Bande sind Angehörige der Streitkräfte, die im Unabhängigkeitskampf der 60er und frühen 70er Jahre von der FRELIMO besiegt worden waren, darunter ehemalige Mitglieder der Geheimpolizei des damaligen Portugal, Angehörige von Eliteeinheiten der einstigen Kolonialtruppen und Personen, die in abgelegenen ländlichen Siedlungen zwangsweise rekrutiert wurden – unter der Federführung des südafrikanischen Militär-Geheimdienstes, nachdem sie von der einstigen rhodesischen Geheimpolizei überstellt wurden. (Es war die Regierung Ian Smith in Rhodesien, die zuerst diese Banditen organisierte, um Volk und Regierung in Schrecken zu versetzen.) Viele Länder der »ersten Welt« halten, obwohl sie die Apartheid mit Worten verdammen, wirtschaftliche Verbindungen aufrecht, die die Apartheid stützen. Im Falle der USA und der NATO sind die Interessen sowohl ökonomisch wie strategisch. Daß die Apartheid sich auch auf die souveränen Nachbarstaaten auswirkt, wird übersehen.

Der bloßen rhetorischen Verurteilung müssen Taten entsprechen, die jede Vorstellung von

einer Fortdauer des Machtmonopols der Weißen und von daraus abgeleiteten Ansprüchen aufgeben. Apartheid wird ja exportiert und destabilisiert die Infrastruktur souveräner Staaten an der Basis. Die terroristischen Greuelthaten der RENAMO – der »Stellvertreterarmee« des Apartheidregimes – sind noch nicht wirklich international wahrgenommen worden. In einer Provinz allein tötete die RENAMO innerhalb von drei Wochen im August 89.330 Zivilpersonen, kidnappte weitere 600 und verbrannte 185 Wohnhäuser. An einem Tag im August wurden in einer anderen Provinz 54 Menschen gefesselt zu Tode massakriert und weitere 17 verletzt. Nehmen die Leute in den westlichen Industrieländern solche Schreckensmeldungen hin, solange es Nichtweiße sind, die das Töten besorgen?

Religiöse Sozialisten können eine Rolle in der weltweiten Bewegung gegen Apartheid spielen, um gegen die Position Südafrikas Widerstand zu leisten. Zur falschen Lehre der Apartheid gehört auch der aus Europa überkommene Begriff von dem nationalen Staat, zu dem nur je eine Nation gehören könne. Tatsächlich aber umfaßt auf der Welt nur eine Handvoll Staaten Menschen lediglich einer einzigen Nationalität. Mozambique ist ein nichttrassistischer Staat, der auf der Grundlage der nationalen Einheit aller Bevölkerungsgruppen eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen sucht. Das wird als Bedrohung der Vorherrschaft des weißen Südafrika verstanden.

#### Mozambiques Antwort auf die Destabilisierung

Die FRELIMO, seit 27 Jahren der Ausdruck der Sehnsucht des Volkes nach Frieden, Unabhängigkeit und Demokratie, steht im Dienste der sozialen Entwicklung und gesellschaftlichen Integration der Mozambikaner. Mozambique hat überregionale Bedeutung, da seine natürlichen Hochseehäfen und Eisenbahnlinien eine Alternative zu den Handelswegen durch Südafrika darstellen. Mozambique ist ein faszinierendes Land mit vielen Völkern und vielen Sprachen, das sich bewußt als nichttrassistische Demokratie versteht. Es bewegt sich weg von der Idee eines

»Schmelztiegels« (USA) oder »Völkermosaik« (Kanada). Portugiesisch ist die Amtssprache, denn würde man stattdessen eine der einheimischen Sprachen wählen, auf die man sehr stolz ist, so würde das bedeuten, diese eine über alle anderen zu stellen. Das würde die Praxis des »Teile und herrsche!« aus der Kolonialzeit fortsetzen.

Ebenso wie andere afrikanische Staaten hat Mozambique ein schweres Erbe angetreten: hohe Sterblichkeit, Analphabetismus, Mangel an befahrbaren Straßen, teilweise nicht genug Trinkwasser. Und doch hat es Vertrauen in seine Zukunft. Die allgemeinen Grundsätze des Sozialismus sind gewählt worden, weil sie am besten den Weg aus historischer Versklavung und Imperialismus in eine gerechte Zukunft zeigen können. In den ersten Jahren gab es deutliche Fortschritte, aber der Kampf für die Konsolidierung der Nation ist eine Sisyphus-Arbeit. Die Hoffnung geht dahin, sowohl die Infrastruktur als auch die direkte Beteiligung des Volkes an der Macht zu verbessern. Demokratische Massenorganisationen sind belebende Kräfte, die mutig sowohl nationale Traditionen wie die der unterschiedlichen Stammeskulturen unterstützen. Die FRELIMO legt zunehmend große Aufmerksamkeit auf die Pflege der Kultur, Kunst, Musik und Tanz, um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.<sup>18</sup> In der Tradition des Freiheitskämpfers Amílcar Cabral war die Hochachtung der ethnischen Verschiedenheit ein integraler Bestandteil im Rahmen der Befreiung des Landes.

Im Volk ist ein Geist lebendig, der sich herausgefordert sieht durch das Schicksal von über 200.000 Kindern, die nicht wissen, was mit ihren Eltern geworden ist. Im April 1988 gab das State Department der USA den als »Gersony Report« bekanntgewordenen Bericht einer Untersuchungskommission heraus, der die Menschenrechtsverletzungen durch die RENAMO dokumentierte. Auf der Grundlage von Interviews mit verschleppten Personen und amnestierten Terroristen haben Robert Gersony und William Minter nachgewiesen, daß Südafrika an Morden und Massakern beteiligt war.

Was soll also das Gerede von »Friedensverhandlungen« zwischen FRELIMO und RENAMO? Die Lage kann eher so beschrieben und verstanden werden, daß die FRELIMO-

Regierung versucht, das Leben aller Menschen in Mozambique zu normalisieren. Nach Schätzungen sind 90 % der Mitglieder der Terroristenarmee zwangsrekrutiert worden und werden nur durch die Angst vor einer Exekution bei der Stange gehalten.

Es gibt eine breite öffentliche Unterstützung für ein Ende der Massaker und Foltern. Auf dem Fünften Kongreß der Partei im Juli 1989, den ich als Vertreterin des Mozambique-Netzwerks der USA besuchte, forderten die Delegierten höchste Priorität für eine Beendigung des terroristischen Krieges, damit endlich der Hunger effektiver bekämpft werden könnte. Mozambique wird weiterhin alle militärischen, politischen und ökonomischen Mittel aufwenden, um den Terrorismus zu beenden, damit das Land in Frieden eine gesunde Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln kann.

Eine Art schrittweiser Friedensprozeß ist vorgeschlagen worden, aber es ist keineswegs sicher, daß er kurz- oder langfristig Resultate bringen wird. Kirchenführer und die Präsidenten Mugabe (Zimbabwe) und Arap Moi (Kenia) bereiten den Boden für einen möglichen Dialog vor. Die Lage bewegt sich aber noch nicht auf eine endgültige Lösung zu, so daß von Frieden noch keinerlei Rede sein kann. Tötungen, Plünderungen und die Zerstörung von Infrastruktur kommen weiterhin reichlich vor. Die FRELIMO-Regierung hat im Juli 1989 zwölf Grundsätze vorgelegt, in denen festgestellt wird, daß die Destabilisierung Wirklichkeit ist, dies aber nicht zu verwechseln ist mit dem Kampf zwischen zwei Parteien. Brutale Akte des Terrorismus haben zum Tode von über 100.000 Mozambikanern geführt und ein Drittel der Bevölkerung obdachlos gemacht.

Im Endeffekt wird der RENAMO das Angebot gemacht, sich in das normale Leben der Gesellschaft in Mozambique wiederanzugliedern zu lassen, falls sie bereit ist, nicht mehr fremden Herren, dem Südafrika der Apartheid und anderen ausländischen Interessen, zu dienen. Es ist ein kühner, aber pragmatischer Schritt der FRELIMO, der versucht, die Souveränität des Landes zu bewahren und seinen rückständigen Status voranzubringen.

Das de Klerk-Regime leugnet direkte regierungsamtliche Beteiligung bei der RENAMO. Und doch dauern Rekrutierungs- und Trainingsmaßnahmen an, ebenso wie Luftversor-

gung und eine Fülle von Radioverbindungen; dies alles in eindeutiger Verletzung der Nichtangriffsvereinbarungen von Nkomati aus dem Jahre 1984, die 1989 bestätigt worden sind. Die Apartheid muß niedergedrückt werden. Das ist absolut notwendig.

## Sanktionen

Öffentliche Aktivitäten von Volksbewegungen haben in einigen Teilbereichen dazu verholfen, Südafrika vom Norden teilweise zu isolieren. Sanktionen sind ein Stützpfiler für Verhandlungen, ein Weg, die Aktionen des Befreiungskampfes der einheimischen Völker Südafrikas und überhaupt des südlichen Afrika zu ergänzen und zu unterstützen. In den USA haben sich Koalitionen aus Afro-Amerikanern, Vertretern der Religionsgemeinschaften, der Gewerkschaften und von Studenten zusammengesetzt, um die reservierte Haltung von Kongreß und Präsident zu überwinden, so daß die Comprehensive Anti-Apartheid Act 1986 verabschiedet wurde. Gegenwärtig wird eine Ausweitung der Sanktionen in den USA diskutiert. Währenddessen hat die Bush Administration die Effektivität von Sanktionen gegenüber den Regierungen Botha und de Klerk anerkannt.

Zwei bedeutende internationale Körperschaften haben in diesem Jahr ihre Einschätzung der Wirksamkeit von Sanktionen bekanntgegeben. Im September 1989 hielt ein von UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar einberufener Ausschuß von ehemals führenden Politikern aus elf Ländern ein dreitägiges Hearing zum Thema Sanktionen.<sup>19</sup> Die Ergebnisse ihrer Ermittlungen über die ökonomischen und psychologischen Folgen internationaler Verurteilung und begrenzten wirtschaftlichen Rückzugs wurden noch im selben Monat publiziert. Der Ausschuß forderte eine bessere Koordination der weiter und der enger gefaßten Sanktionen innerhalb der internationalen Gemeinschaft.

Das Commonwealth hat ebenfalls einen 150-seitigen Bericht über Studienergebnisse herausgegeben.<sup>20</sup> Dieser Report verlangt nach einem »zeitlich terminierten Sperrgitter« vermittels internationaler Sanktionen, um das »Fenster der Gelegenheit« 1990 maximal zu nutzen. Es wird argumentiert, daß eine Konzentration auf den Hauptteil der Gebrauchsgü-

ter, die die internationale Gemeinschaft anderswo einkaufen kann, es dem Apartheidstaat erschweren wird, alternative Märkte zu finden. Der Commonwealth Report legt dar, daß eine zeitliche Ausweitung von Handelskrediten von drei auf fünf Jahre die Einnahmen Südafrikas auf die Hälfte herabsetzen könnte.

In beiden Berichten wird zugegeben, daß solche internationalen Konzertierte Aktionen im Land selbst Härten mit sich bringen. Beide sprechen auch von einem anderen Nebenprodukt solcher Sanktionen: Für schwarze Arbeiter müssen mehr Jobs angeboten werden, wenn Südafrika gezwungen ist, Autos zu 100 % im Land und aus selbst hergestellten Einzelteilen zu bauen.

Die internationale Gemeinschaft muß weiterhin Druck ausüben, damit die Apartheid beseitigt wird. Um den Report zu zitieren:

»Ein Aufschub wichtiger neuerlicher Sanktionen auf 1991 wird Pretoria die Atempause einräumen, die es braucht. Er würde als eine Besiegelung der internationalen Zustimmung zu der Aufrechterhaltung der weißen Alleinherrschaft verstanden werden. Jetzt konsequent zu handeln aber würde signalisieren, daß auch eine »reformierte« Apartheid inakzeptabel ist und daß Verhandlungen über die völlige Abschaffung der Apartheid die einzige Alternative darstellen.«

Das Interfaith Center on Corporate Responsibility<sup>21</sup> in den USA und andere Anti-Apartheid-Organisationen in Nordamerika, Europa, Asien und sogar Japan führen größere Kampagnen durch, um Banken davon abzuhalten, im kommenden Jahr die Umschuldung der 9 Mrd. \$ Staatsanleihen Südafrikas zu übernehmen. Das zweite Interim Agreement über die Rückzahlung von Südafrikas bedeutsamster kurzfristiger Auslandsschuld geht 1990 zu Ende.

Es geht darum, die Zahl der Leute und der Kräfte zu vergrößern, die sich für Verhandlungen zur Überwindung der Apartheid einsetzen. Dazu gehört: 1. Die Weigerung, bestimmte wichtige Güter wie Waffen, Öl und fortgeschrittene Computertechnologie zu liefern; 2. beschleunigtes Einwirken auf die Wirtschaft; 3. die Absage an eine »weiße Moral« als einzig gültiger Lebenshaltung und 4. die Ermutigung derer, die innerhalb Südaf-

rikas für das Ende der Apartheid kämpfen.

### Ein Katalog für Maßnahmen

So ergibt sich ein Weg nach vorn für religiöse Sozialisten. In der Überschreitung der vielen nationalen Begrenzungen liegt unsere Kraft. Darum rufe ich auf zu folgenden gemeinsamen Aktionen:

1. Der Internationale Bund Religiöser Sozialisten muß Apartheid eindeutig als Verbrechen gegen die Menschlichkeit brandmarken. Er muß vom Export der Apartheid und der weißen Vorherrschaft über ihre Grenzen sprechen als von dem Holocaust dieses Jahrhunderts. Er muß ferner internationale Sanktionen gegen die Kriegsverbrecher der Apartheid, die Drahtzieher des Terrorismus, fordern.
2. Der IBRS muß sein Zeugnis für die Sondersetzung der UN zum Thema Apartheid vorbereiten. Der Druck von seiten der internationalen Gemeinschaft muß stärker werden, zumal die Regierung de Klerk versucht, aus ihrer Isolation herauszukommen. Die Forderung ergeht nicht nach einer Reform der Apartheid, sondern nach ihrer völligen Abschaffung.
3. Worte als solche schrecken das Apartheidregime nicht ab. Religiöse Sozialisten müssen die Regierungen drängen, der legalen Regierung von Mozambique in Form von gepanzerten Lastwagen, Lokomotiven und dergleichen, d.h. mit »das Leben schützenden« Ausrüstungen zu helfen. Militärischer Bedrohung muß militärisch begegnet werden. Regierungen müssen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Unterstützung von außen zu beenden, die die Terroristen in die Lage versetzt, weiterhin Gewalt auszuüben. In den USA bedeutet dies ein beständiges Eintreten für die Abschaffung offener und verdeckter Hilfe für die, die eine souveräne Regierung destabilisieren wollen, die von ihrem Volk unterstützt wird.
4. Religiöse Sozialisten müssen öffentlich jeder Darstellung der RENAMO in den Medien – oder in Desinformationskampagnen – widersprechen, die sie als legitime politische Kraft ausgeben. Das ist die RENAMO in keinem Sinne des Wortes. Sie hat sich niemals die Mühe gemacht, »Kopf und Herz« der Menschen von Mozambique zu gewinnen.

Darum darf nicht zugelassen werden, daß die Medien bewaffneten Terroristen ein politisches Profil verleihen. Vielmehr ist vermehrt die Information der Öffentlichkeit über den Terrorismus der RENAMO notwendig.<sup>22</sup>

5. Religiöse Sozialisten müssen breiteste öffentliche Unterstützung und Aktivität für den Boycott von Royal Dutch Shell vorantreiben. Das Ziel ist, die Kosten für eine Gesellschaft, die mit dem Apartheidstaat Geschäfte macht, zu hoch werden zu lassen. Der IBRS muß sich den zahlreichen kirchlichen und weltlichen Organisationen anschließen, die sich zu symbolischem Zeugnis zusammengetan haben und ein besonderes Treffen der Aktionäre von Royal Dutch Shell fordern, auf dem der Rückzug vom Geschäft mit dem Apartheidstaat beschlossen wird.
6. Der IBRS und seine Mitglieder müssen verstärkte materielle Hilfe für Mozambique fordern, denn die Anzahl der unter dem Terrorismus leidenden Menschen steigt ständig.
7. Der IBRS und seine Mitglieder müssen die Freilassung von Nelson Mandela und allen anderen politischen Gefangenen und Inhaftierten in Südafrika fordern. Ferner ist der Bann über dem African National Council, der United Democratic Front und anderen Organisationen des Volkes sofort aufzuheben.
8. Der IBRS und seine Mitglieder müssen den Druck der Kunden auf die Banken mobilisieren, die Geldgeschäfte mit Südafrika machen. Es geht um die Forderung nach Rückzahlung in der kürzest möglichen Frist. Ferner ist jeder Einsatz für eine Beendigung der Handelskredite für Südafrika zu unterstützen.
9. Der IBRS und seine Mitglieder müssen die ständigen Bemühungen der SADCC um Verbesserung gerechter und kooperativer Beziehungen zwischen den verschiedenen Regionen des südlichen Afrika honorieren. Der mutige Widerstand gegen die von der Apartheid ausgehenden Destabilisierung verdient internationale Anerkennung.
10. Der IBRS und seine Mitglieder müssen für eine weltweite Übernahme gesetzlicher Regelungen eintreten, die von Gesellschaften verlangen, ihre Investitionen aus Südafrika zurückzuziehen. In der Zwischenzeit müssen alle Regierungen die Handelsgeschäfte mit dem Apartheidregime langsamer angehen.
11. Der IBRS und seine Mitglieder müssen verlangen, daß die Generalversammlung der

Vereinten Nationen einen unabhängigen Überwachungsausschuß beruft, der über den gegenwärtigen Mißbrauch von Sanktionen durch Mitgliedsstaaten berichtet.

12. Mit einem symbolischen Zeugnis angesichts des zerstörerischen Erbes der »color line« müssen der IBRS und seine Mitglieder die Forderung der World Indigenous Organization unterzeichnen, gegen die Gedenkfeiern zur »Entdeckung« Amerikas durch Kolumbus 1992 zu protestieren.

WIR HABEN UNS FÜR DEN DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS ENTSCHEIDEN ALS WEG IN EINE GERECHTERE ZUKUNFT. DARUM MÜSSEN WIR MEHR ALS BISHER SELBST ZU EINEM TEIL DER LÖSUNG WERDEN. WENN MENSCHEN SICH VERBINDEN, DIE LEBENSBEDROHENDE GRENZLINIE ZU BESEITIGEN, DURCH DIE DIE HAUTFARBE MENSCHEN AN DEN RAND DER GESELLSCHAFT ABSCHIEBT, DANN HABEN SIE AUCH DIE KRAFT, IHR ZIEL ZU ERREICHEN.

### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Ausführlicher ausgearbeitet ist dieser Punkt in: Patricia NELSON LIMERICK: *The Legacy of Conquest: The Unbroken Past of the American West*, Norton, New York 1987.
- <sup>2</sup> Im National Council of Churches und anderen Gremien in den USA wird über einen scharfen Protest gegen die Verwendung öffentlicher Gelder für die Gedenkfeiern zur »Entdeckung« Amerikas diskutiert. Solche Feiern sind auch in Teilen Mittelamerikas und Europas geplant. Organisationen der Ureinwohner fordern stattdessen, 1992 zum »Jahr der Ureinwohner« zu erklären.
- <sup>3</sup> Für die Dependenztheorie treten u.a. ein: Paul Baran, Paul Sweezy, Harry Magdorf, Andre Gunder Frank. Vgl. auch die Veröffentlichungen von Samir Amin (s. Anm. 9).
- <sup>4</sup> Gro Harlem BRUNDTLAND: *Our Common Future: Report of the World Commission on Environment and Development*. Oxford University Press, London 1988. Der Report stellt auch fest, daß Unterbezahlung ebenso ein Problem ist wie Arbeitslosigkeit. Ein Großteil der Arbeitslosen in den Großstädten arbeitet in Wirklichkeit viele Stunden in nichtregistrierten Hinterhofwerkstätten, bietet Waren auf den Straßen feil oder ist auf sonstige Weise Teil einer »Untergrundökonomie«.
- <sup>5</sup> Kwasi SARFO: *Africa's Reaction to Marginalization*. Transafrica Forum, Vol. 6 (2), Winter 1989, S. 29.
- <sup>6</sup> Chakravarthi RAGHAVAN: *The Third World Takes*

a Stand at GATT-Montreal. *Multinational Monitor*, January-February 1988.

- <sup>7</sup> Bertram GROSS und Kusum SINGH sprechen hier von »Rassismus im Gewand der Ehrbarkeit« (respectable racism), vgl. *The Hush-Hush Crisis: Global Unemployment*, in: *Breakthrough*, Vol. 10 (1), Summer/Fall 1988.
- <sup>8</sup> Siehe Bade ONIMODE: *A Political Economy of the African Crisis*. Zed, London 1988.
- <sup>9</sup> Samir AMIN: *Eurocentrism*, New York Monthly Review Press 1989, S. ix.
- <sup>10</sup> Siehe Willard R. JOHNSON: *Optimists and Pessimists: Reflections on Africa's Economic Plight*. Transafrica Forum, Vol 5 (2), Winter 1988.
- <sup>11</sup> Siehe Raymond VERNON (Ed.): *The Promise of Privatization: A Challenge for American Foreign Policy*. Council on Foreign Relations, New York 1988.
- <sup>12</sup> Kwasi SARFO, s. Anm. (5).
- <sup>13</sup> Bade ONIMODE, s. Anm. (8), S. 14.
- <sup>14</sup> Die Brundtland-Kommission forderte jedoch eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. (Siehe Anm. 4).
- <sup>15</sup> Katholische Bischofskonferenz der USA: *Economic Justice for All*, 1986, Section 250.
- <sup>16</sup> United Press International: *Southern Africa Conflicts Cost 1,5 Mill. Lives*, UN Says. *The Boston Globe*, 14. Oktober 1989.
- <sup>17</sup> Die FRELIMO als Partei ist aus der antikolonialistischen Front für die Befreiung Mozambiques hervorgegangen. Diese Bewegung nahm eine antirassistische Stellung ein, indem sie den portugiesischen Kolonialismus und nicht Portugal oder das portugiesische Volk als Gegner definierte.
- <sup>18</sup> POR UM CONSENSO NACIONAL DE NORMALIZAÇÃO DE VIDA: *Relatório Do Comité Central, Partido FRELIMO*, 5. Kongreß.
- <sup>19</sup> Mitglieder des Ausschusses waren: Canaan BANANA (Ex-Präsident von Zimbabwe), Baroness Judith HART (British Labour Party, ehem. Kabinettsmitglied), Lowell WEICKER (Ex-Senator, USA), Edward SEAGA (Ex-Premier von Jamaica) sowie ehemalige Kabinettsmitglieder aus Kanada, Kuwait, Bangladesh und Indonesien.
- <sup>20</sup> Confidential Final Report of the Independent Expert Study on the Evaluation of the Application and Impact of Sanctions to the Commonwealth Committee of Foreign Ministers on Southern Africa. (Auszüge zitiert nach *The Guardian*, London, 3. August 1989).
- <sup>21</sup> ICCR (Interreligiöses Zentrum für gemeinsame Verantwortung), 475 Riverside Drive, Room 566, New York 10115, ist ein Zusammenschluß religiöser Institutionen. Seine Tätigkeit besteht in der Beratung der Mitglieder bei geplanten Investitionen, Kündigungen von Geldanlagen, Aktivitäten von Aktionären und der Durchführung von Untersuchungen und öffentlichen Tribunalen.
- <sup>22</sup> Kontaktstelle für Informationen ist das Mozambique Support Network, 343 S. Dearborn, Room 601, Chicago, IL 60604.

(Übersetzung aus dem Englischen: Erhard Griese)

## Europas neue kapitalistische Revolution

Verändert der »europäische Binnenmarkt die Rahmenbedingungen für christliches Handeln in der Gesellschaft?

### Vorbemerkung: Der EG-Binnenmarkt – Das »neue« Europa?

Im Jahre 1917 – während des Umbruchs Europas zur Zeit des Ersten Weltkriegs – veröffentlichte Leonhard Ragaz sein Buch »Die neue Schweiz«. Für Ragaz damals war diese Zeit der Krise und des Umbruchs zugleich eine Zeit, die neue Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung eröffnete. Die Schweiz mit ihren vier Sprachen – deutsch, französisch, italienisch und räto-romanisch – sollte in der Vision von Ragaz mehr sein als ein kapitalistisches Land, in dem allein das Geld regiert. Die »neue Schweiz« sollte sich an anderen Zielen ausrichten: am Ziel demokratischer Partizipation und sozialer Gerechtigkeit, am Ziel der Achtung vor der Schöpfung, am Ziel vielseitiger kultureller Kreativität, am Ziel eines genossenschaftlichen Lebens.

Heute steht Europa wiederum vor einem Umbruch: Der EG-Binnenmarkt wird eine Vielzahl von einschneidenden Veränderungen mit sich bringen. Ist dieser Binnenmarkt ein »neues« Europa? Ist er das »neue« Europa der vielseitigen kulturellen Kreativität, das Europa eines genossenschaftlichen Lebens und der gegenseitigen Hilfe? Oder ist der EG-Binnenmarkt statt eines »neuen« Europa nur eine »modernisierte Form des bisherigen: ein Europa der Großindustrie, des Kapitals und des Kommerzes, ein Europa des Geldes? Das Europa des EG-Binnenmarktes kommt. Dieses Europa wird in absehbarer Zeit ein maßgeblicher Horizont sein, in dem christliche Praxis sich abspielt; der EG-Binnenmarkt setzt Rahmenbedingungen auch für christliches Handeln.

### 1. Der Sinn des »Europäischen Binnenmarktes«: Nummer eins auf dem Weltmarkt

#### a) Das Konzept der EG-Kommission

Entscheidender Maßstab in der Konzeption der EG-Kommission ist die Konkurrenzfähigkeit

Europas auf dem Weltmarkt. Nur mit einem Binnenmarkt »ohne Grenzen« kann Europa den Konkurrenzkampf mit den USA und Japan erfolgreich bestehen. Ohne einen echten Binnenmarkt (mit allen Konsequenzen) wird Europa hinter den beiden anderen kapitalistischen Metropolen zurückbleiben, mit allen negativen Folgen für Wohlstand und Lebensstandard der europäischen Bevölkerung. Ein europäischer Binnenmarkt mit 320 Millionen Menschen wäre der größte Binnenmarkt der Welt und hätte die besten Chancen, die USA und Japan ökonomisch zu überflügeln. Ein solcher ökonomischer Erfolg würde für die gesamte europäische Bevölkerung wohlstandssteigernd wirken. Von daher ist der europäische Binnenmarkt für die EG-Kommission eine vernünftige Zielsetzung; Kritik daran ist nur Ausdruck von mangelnder Weitsicht.

Der europäische Binnenmarkt fördert die Zusammenarbeit europäischer Unternehmen bei Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Waren und Dienstleistungen. Durch die Beseitigung aller »Grenzen« zwischen den EG-Ländern sollen die Kosten für Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Waren und Dienstleistungen gesenkt und deren Absatzchancen vergrößert werden. Bei ihren Plänen hat die EG-Kommission faktisch die Großindustrie im Auge. Für die Großindustrie würden sich in der Tat aus dem Binnenmarkt große Vorteile ergeben, z.B. für die Autoindustrie, für die Luftfahrtindustrie, die Energieindustrie, die Elektronikindustrie, die Rüstungsindustrie u.a. Aufgabe der EG-Kommission als zentraler staatlicher Behörde ist es dabei, für die kooperierende europäische Großindustrie günstige politische Rahmenbedingungen zu schaffen. Um auf dem Weltmarkt erfolgreich zu sein, d.h. als »Nummer Eins« sich durchsetzen zu können, bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen der Großindustrie und den staatlichen Institutionen. Insofern strebt die EG-Kommission eine Wirtschaftsform an, die als staatsmonopolistischer Kapitalismus zu charakterisieren wäre.

#### b) die Politik der EG-Kommission

Die EG-Kommission – und die mit ihr verbundene Großindustrie – ist sich natürlich bewußt, daß sich eine solche, in mancher Beziehung revolutionäre, Neuordnung Europas nur schrittweise durchsetzen läßt. Ihr ist durchaus klar, daß die Interessen der Großindustrie nicht ohne weiteres mit den Interessen der Landwirtschaft, des Handwerks, der Kleinindustrie, der öffentlichen Bediensteten, der Kultureinrichtungen, der Umweltschutzverbände, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer identisch sind. Würden die Konsequenzen, die der EG-Binnenmarkt mit sich bringt, bereits im Vorfeld offen diskutiert, dann würde die Opposition gegen das geplante »Binnenmarkt-Europa« in einem unerwünschten Ausmaß gefördert. Deshalb werden diese Konsequenzen häufig wortreich verschleiert. Stattdessen wird – nicht ungeschickt – eine Politik der vollendeten Tatsachen auf den Weg gebracht. Dabei besteht der strategische Ansatzpunkt in dem Grundsatz: Was in einem der EG-Mitgliedsländer rechtlich anerkannt ist, muß auch in den anderen Mitgliedsländern akzeptiert werden. Zentral festgelegt werden sollen zunächst nur Mindeststandards bei technischen Sicherheitsnormen und bei Gesundheitsnormen (einschließlich Umweltnormen). Bereits bei diesem Minimalprogramm zentraler Festlegungen müssen in jedem Mitgliedsland etwa 300 nationale Gesetze an die EG-Regeln angepaßt werden.

Die mit dem ersten Schritt verbundene Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen zieht die Notwendigkeiten weiterer Harmonisierungen nach sich. Das betrifft vor allem die Währungs-Union und eine Vereinheitlichung des Steuerrechtes, Harmonisierungen im Bereich der Ausbildungsgänge und der Berufsausübung. Damit verknüpft ist eine Ausweitung der Einflußnahme des Europaparlamentes und vor allem die wachsende Bedeutung des Europäischen Gerichtshofes, der auch ohne entsprechende Europa-Gesetze Verordnungen der EG-Kommission Rechtskraft verleihen kann. Langfristig betrachtet bedeutet dies alles: Immer mehr ökonomische, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen werden auf der europäischen Zentralebene gesetzt. Innerhalb dieser allgemeinen Rahmensetzungen wird es freilich weiter-

hin eine Vielzahl nationaler und regionaler Besonderheiten geben.

#### c) Das bundesdeutsche Konzept

Die bundesdeutsche Großindustrie und die mit ihr verbundenen politischen Kräfte (vor allem CDU/CSU und FDP) befürworten die Zielsetzung des europäischen Binnenmarktes ohne Einschränkung. Der Binnenmarkt mit seinen Kooperationsmöglichkeiten verbessert die Marktchancen der westdeutschen Großindustrie durch eine kostensparende kooperative Arbeitsteilung in Europa. Dennoch gibt es Vorbehalte gegenüber einzelnen Teilen des Konzeptes der EG-Kommission. Befürchtet wird, daß die Konzeption der EG-Kommission die ökonomische Vormachtstellung der westdeutschen Industrie aufweicht und andere EG-Länder bevorzugt fördert. Zudem ist die westdeutsche Industrie, die fast die Hälfte ihrer Exporte in Drittländer ausführt, stärker an einer Öffnung des EG-Binnenmarktes zum Weltmarkt interessiert, als es im Konzept der EG-Kommission veranschlagt ist. Die Vorbehalte zeigen sich z.B. in Sachen Währungsunion. Man ist grundsätzlich für die Währungsunion, möchte aber zugleich die deutsche Leitrolle beibehalten. Denn im jetzigen Zustand hat die D-Mark die Funktion der europäischen Leitwährung, die Deutsche Bundesbank ist die maßgebliche europäische Zentralbank. Diese Konstellation hat für die westdeutsche Großindustrie viele Vorteile, weil diese so ihre entscheidenden Interessen durchsetzen kann. Bei einer europäischen Währungsunion würde die leitende Funktion der Bundesbank durch eine europäische Institution aufgehoben, die die besonderen Interessen der deutschen Großindustrie weniger bevorzugt berücksichtigen wird. Deshalb soll die Verwirklichung des Konzeptes der EG-Kommission zur Währungsunion nach Möglichkeit umgangen werden.

Die bundesdeutsche Strategie besagt: Die Elemente des Binnenmarktes, die mit den eigenen Interessen weitgehend deckungsgleich sind, sollen möglichst zügig realisiert werden; die Bestandteile, die den eigenen Interessen nur teilweise entsprechen, sollen zunächst einmal zurückgestellt werden. Da alle EG-Mitgliedsländer eine ähnliche Strategie verfolgen dürften, wird sich die konkre-

te Ausgestaltung des Binnenmarktes als ein permanentes Gerangel der verschiedenen ökonomischen und politischen Interessenkonstellationen gestalten.

## 2. Der Kampf der kapitalistischen Metropolen um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt

a) Der vorläufige Sieg der kapitalistischen Revolution und der Zerfall des »real existierenden Sozialismus«

Die Zielsetzung, den europäischen Binnenmarkt zur »Nummer Eins« auf dem Weltmarkt zu machen, erscheint angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Veränderungen nicht unrealistisch zu sein. Wir erleben den Zerfall des ökonomischen Systems des »real existierenden Sozialismus«. Polen und Ungarn wollen kapitalistische Wirtschaftsstrukturen einführen, um aus dem eingetretenen ökonomischen Bankrott herauszufinden. Bulgarien und Rumänien haben sich dem Status eines unterentwickelten Landes abgefunden. Die Sowjet-Union bemüht sich verzweifelt, durch eine »Modernisierung« der Wirtschaft dem ökonomischen und politischen Bankrott zu entgehen. Der kapitalistische Westen, vor allem Westeuropa, soll dabei helfen. Polens Gewerkschaftsführer Lech Walesa träumt von einem »Marshall-Plan« des Westens für Osteuropa. Die kapitalistische Revolution hat das ökonomische System des »real existierenden Sozialismus« besiegt. Der kapitalistische Weltmarkt mit seinen drei Metropolen USA, Japan und Westeuropa diktiert die Abläufe der Weltwirtschaft – und damit letztlich auch der Weltpolitik. Damit verschwindet das einzige Gegengewicht zum Weltkapitalismus, der nun wieder – wie bis 1917 – eine Art von ökonomisch-politischem Monopol erhält. Aus dem Gegensatz zwischen »West« und »Ost« wird ein Gegensatz zwischen den drei kapitalistischen Metropolen, die um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt kämpfen.

Dieser Sieg der kapitalistischen Revolution bringt die vollständige Dominanz des Ökonomischen über das Politische mit sich. Handelte es sich bei dem bisherigen Ost-West-Gegensatz maßgeblich um einen gesellschaftlich-politischen Gegensatz, so stellt sich die Auseinandersetzung zwischen den drei kapi-

talistischen Metropolen um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt ausschließlich als ökonomisch-politischer Wettkampf dar, in dem es ökonomische Sieger und Verlierer gibt. Das politische Handeln ist einzig darauf abgestellt, selber Sieger auf dem Weltmarkt zu sein. Dieser ökonomischen Zielsetzung ist alles politische Handeln untergeordnet.

b) Die Herausbildung eines europäisch-eurasischen Wirtschaftsblocks

Es zeichnet sich ab, daß der »real existierende Sozialismus« als eigenständiger und unabhängiger Wirtschaftsblock nicht mehr bestehen wird. Dies wird weitgehende Konsequenzen für Weltwirtschaft und die Weltpolitik haben. Der Ost-West-Konflikt wird an Bedeutung verlieren; an die Stelle des Ost-West-Konfliktes tritt die Interessenskollision der drei kapitalistischen Metropolen USA, Japan und Westeuropa. Der Ostblock wird sich an eine der drei kapitalistischen Metropolen anlehnen müssen, um aus der ökonomischen Misere herauszufinden. Für die kapitalistischen Metropolen ist der Ostblock als ökonomischer und politischer Partner durchaus interessant. Die UdSSR verfügt über erhebliche und wertvolle Rohstoffe und ist auf Grund ihrer Bevölkerungszahl ein gewichtiger Absatzmarkt; die DDR verfügt in Teilbereichen über fortgeschrittene technologische Kapazitäten, auch Ungarn und die CSSR sind als Marktpartner durchaus entwicklungsfähig. Als ökonomischer »Hinterhof« sind auch Polen und Jugoslawien für die EG nicht ohne Bedeutung. Gorbatschows Konzept vom »europäischen Haus« deutet darauf hin, daß die UdSSR (und die meisten anderen Ostblockländer) vorrangig mit der EG zusammenarbeiten wollen. Zu einer solchen Zusammenarbeit gehören erhebliche Investitionen der EG-Länder im Ostblock. Wenn es dazu kommt, kann sich ein europäisch-eurasischer Wirtschaftsblock herausbilden, der auf dem Weltmarkt sicher dominant wäre. Entsprechende Befürchtungen, die in den USA in letzter Zeit verstärkt geäußert wurden, haben durchaus einen Realitätsbezug. Offen bleibt dabei, ob die USA die Herausbildung eines europäisch-eurasischen Wirtschaftsblocks widerstandslos hinnehmen würden.

Von einem Zusammenbruch der ökonomischen und politischen Ordnung in Osteuropa

wird die Bundesrepublik in sehr starkem Maße profitieren. Wenn es in der DDR zu einem Zusammenbruch der bisherigen ökonomischen und politischen Ordnung kommt, wird dies zu einer deutlichen Vormachtstellung des westdeutschen Kapitalismus im Binnenmarkt-Europa führen; die DDR wird zu einer »Provinz« der Bundesrepublik werden.

c) Die kapitalistischen Metropolen und die »Dritte Welt«

Ziel jeder der drei kapitalistischen Metropolen wird es sein, möglichst große Teile der Welt in ihre ökonomische und politische Abhängigkeit zu bringen. »Schwellenländer« und »Entwicklungsländer« sind – in unterschiedlicher Weise – als Absatzmärkte, Rohstofflieferanten und Abfallentsorgungsräume interessant. Bedeutsam sind diese Länder zudem dadurch, daß die Großindustrie hier Experimente vornehmen kann, die aus Sicherheitserwägungen, aus ökologischen oder sozial-ethischen Erwägungen in den Ländern der Metropolen (noch!?) untersagt sind (z.B. gentechnologische Experimente am Menschen). Dieses Ziel wird durch eine enge Kooperation mit den Oberschichten in den »Schwellenländern« und den »Entwicklungsländern« erreicht. Eine umfassende Entwicklung jener Ländergruppen liegt dabei auch gar nicht im Interesse der Metropolen. Die umfangreichen Kreditprogramme der beiden letzten Jahrzehnte haben die grundlegende Misere der weniger entwickelten Ländern nicht verändert. Diese Länder sind vielmehr so stark verschuldet, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Kredite zurückzahlen. Sie müssen alle ihre wirtschaftlichen Anstrengungen darauf richten, wenigstens ihre Schuldzinsen bedienen zu können. Die kapitalistischen Metropolen werden deshalb nur ein Interesse an bestimmten Sektoren der Ökonomie der weniger entwickelten Länder haben. Auf die wirtschaftliche Gesamtverfassung dieser Länder werden sie nur wenig Augenmerk richten, solange – durch Einflußnahme auf die Oberschichten – die ökonomische und politische Abhängigkeit bestehen bleibt. Die Oberschichten in den wenig entwickelten Ländern werden versuchen, Privilegien für sich selbst zu erreichen, indem sie der »meistbietenden« kapitalistischen Metropole Vorteile einräumen.

Im Endergebnis wird die gesamte Erde in

Einflußsphären der drei kapitalistischen Metropolen aufgeteilt; eine Ähnlichkeit mit dem imperialistisch-kolonialistischen Zustand vor 1917 ist nicht zu verkennen.

d) Sieger und Opfer des kapitalistischen Weltmarktes

Der neue Entwicklungsschub der kapitalistischen Revolution produziert – in abgestufter Weise – Sieger und Opfer.

(1) Der Fortgang ökologischer Zerstörungen

Die kapitalistische Wirtschaftsform beruht – wie schon Karl Marx erkannte – auf der Ausbeutung des Menschen und auf der Ausbeutung der Natur. Die Natur ist eine »Ware« wie andere »Waren« – und wird dementsprechend »gehandelt«. Der Erdboden ist eine Ware, die nach Marktgesetzen genutzt wird; das gleiche gilt für Wälder, Gebirge, Wasserläufe, für die Tiere und die Pflanzen. Die Tiere – Mitgeschöpfe der Menschen – werden zu »Sachen« in der allgegenwärtigen Nutzen-Kosten-Rechnung. Die Natur wird instrumentalisiert; zwischen Mensch und Natur herrscht die gleiche Entfremdung und Verdinglichung wie zwischen den Menschen. Wo die Ökologie dergestalt dem Diktat der Ökonomie unterworfen wird, wird die Natur den Zufälligkeiten der jeweiligen wirtschaftlichen Interessen geopfert. Unter der Dominanz ökonomischer Interessen wird weder das Eigenrecht der Natur respektiert noch ist eine langfristige ökologische Planung möglich. Vorrang ökonomischer Interessen heißt zumeist: Durchsetzung kurzfristiger partikularer betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte. Zwar sorgt die »Notvernunft« (Edgar Thaidigsmann) des Kapitalismus dafür, daß bestimmte schwerwiegende ökologische Schädigungen wieder repariert werden; diesen Teilreparaturen stehen jedoch fortschreitende Schädigungen an vielen anderen Punkten gegenüber.

Auch die Konzepte für den EG-Binnenmarkt gehen von der vollständigen Dominanz der Ökonomie über die Ökologie aus; die Ökologie ist Manövriermasse bei dem Kampf um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt. Mit dieser rein instrumentalistischen Sicht der Ökologie handelt die EG-Kommission innerhalb der »Logik« des europäischen Binnenmarktes konsequent.

Da eine Änderung der bisherigen Wirtschaftsweise somit nicht zu erwarten ist, bleiben die Prognosen des US-amerikanischen Umweltreportes »Global 2000« aus dem Jahr 1980 weiterhin gültig. Danach ist mit globalen Klimaveränderungen (»Treibhauseffekt«), Ausbreitung von Wüstengebieten (Verringerung der landwirtschaftlichen Anbauflächen und der ökologischen Gleichgewichtszonen), Knappheit an Wasser und Verseuchung wachsender Land- und Wasserregionen (durch zunehmenden Schadstoffausstoß und immer größer werdende Abfallmengen) zu rechnen. Dadurch werden sich die ökologischen Voraussetzungen der Lebensbedingungen auf der Erde erheblich verschlechtern. Die reichen Länder werden diese negativen Auswirkungen so weit wie möglich in die ärmeren Regionen der Erde mit erheblichen ökologischen Teilkatastrophen zu rechnen, die sehr viel Leid und Elend mit sich bringen werden. Doch auch in den reichen Ländern sind ökologische Teilkatastrophen nicht auszuschließen (z.B. »Unfälle« in Atomkraftwerken). Der ökonomisch bedingte Fortgang ökologischer Zerstörungen wird große Teile der Natur und viele Millionen Menschen zu Opfern der kapitalistischen Revolution machen.

#### (2) Sieger und Opfer in den kapitalistischen Metropolen

Die Bevölkerung in den kapitalistischen Metropolen wird sicherlich in vieler Beziehung zu den Siegern der wirtschaftlichen Entwicklung gehören. Der EG-Binnenmarkt wird die angestrebte Wohlstandsmehrung für einen großen Teil der westeuropäischen Bevölkerung mit sich bringen. Auch wird es – in dieser oder jener Weise – zu einer EG-Sozialcharta kommen, die soziale Standards festlegt, die über dem heutigen Sozialniveau eines nicht geringen Teils der EG-Bevölkerung liegen. Für die zurückgebliebenen EG-Regionen und -Branchen wird es staatliche Hilfsprogramme geben.

Im Umweltbereich werden die Metropolen die Schäden soweit wie möglich in die ärmeren Regionen exportieren. Da »Wirtschaftswachstum« nach aller Erfahrung auch ökologisches Zerstörungswachstum mit sich bringt, besteht auch in den Metropolen das Risiko ökologischer Teilkatastrophen.

Eine Bevölkerungsminorität, die regional

durchaus die Mehrheit sein kann, wird auch in den Metropolen zu den Opfern zählen: die sog. »Leistungsschwachen«, die mit den wachsenden Anforderungen der kapitalistischen »Innovationsgesellschaft« nicht fertigwerden. Auch in den Metropolen wird es verelendete Gebiete und Bevölkerungsteile geben.

#### (3) Sieger und Opfer in den Ostblockstaaten

Die ökonomischen Umstellungen in den Ostblockstaaten werden zu erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen führen. Der Lebensstandard wird in den zurückgebliebenen Ostblockstaaten (z.B. Polen) weiter sinken. Angesichts der Unrentabilität vieler Betriebe und Branchen wird die Arbeitslosigkeit einen erheblichen Umfang annehmen. Die (sicherlich nicht vielen) Branchen, die zum Weltmarktniveau aufschließen werden, können die entstandenen Defizite nicht auffangen. Ein Land wie Polen wird Schwierigkeiten haben, wenigstens die Zinslast für die Schulden im Westen bezahlen zu können. Zudem kommen auf die Ostblockländer die Reparaturkosten für die nicht geringen Umweltzerstörungen zu.

Der Westen wird nur in wirtschaftlichen Bereichen Geld investieren, wo wirtschaftliche Gewinne zu erwarten sind, oder in Zusammenhängen, die deutliche politische Vorteile versprechen.

So ist zu erwarten, daß die Mehrheit der Menschen in den Ostblockstaaten eher zu den Opfern des neuen Entwicklungsschubes der kapitalistischen Revolution gehört. Nur die Minderheit, die in weltmarktrelevanten Produktionszweigen tätig ist, wird zu den Siegern gehören. Mithin wird in den Ostblockstaaten früher oder später die kapitalistische Klassengesellschaft wiederentstehen.

#### (4) Sieger und Opfer in der »Dritten Welt«

Die Länder der »Dritten Welt« (und auch viele »Schwellenländer«) sind im großen und ganzen bloße Objekte der ökonomischen Interessen der kapitalistischen Metropolen. Als Subjekte der Weltwirtschaft und der Weltpolitik treten sie nicht in Erscheinung. Auf Grund ihrer hohen Verschuldung sind sie von den kapitalistischen Metropolen vollkommen abhängig. Die kapitalistischen Metropolen werden ihre Machtposition dazu ausnutzen, die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Re-

volution auf die »Dritte Welt« abzuwälzen, also: Produktionsformen mit großen Umweltschädigungen, gentechnologische Experimente, Müllexport, Mangelerscheinungen (bei Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Futtermitteln, Blutkonserven, Organspenden usw.).

Nur die Oberschichten in den Ländern der »Dritten Welt«, die die Interessen der Metropolen politisch umsetzen, werden zu den Siegern der kapitalistischen Revolution gehören; die große Mehrheit der Bevölkerung in den Ländern der »Dritten Welt« – also die Mehrheit der Menschheit! – wird zu den Opfern gehören, zu den Opfern ökonomischer, sozialer und ökologischer Verelendungen und Teilkatastrophen. Dieses Resultat entspricht der inneren Logik des Kapitalismus, der in allen seinen Entwicklungsstadien – in unterschiedlicher Ausprägung – eine Minderheit von Siegern und zugleich eine Mehrheit von Opfern produziert.

#### 3. Global denken – lokal handeln – christliche Praxis im europäischen Binnenmarkt

Die Herausbildung des europäischen Binnenmarktes ist Bestandteil des neuen Entwicklungsschubes der kapitalistischen Revolution; der EG-Binnenmarkt ist Ausdruck einer Neuformierung des kapitalistischen Weltmarktes. Es stellt sich die Frage, inwieweit der EG-Binnenmarkt neue Rahmenbedingungen für ein politisches Handeln von Christinnen und Christen in den westeuropäischen Ländern setzt.

##### a) Lokale und regionale Widerstandsmöglichkeiten stärken

Angesichts der zu erwartenden Zentralisierungen von ökonomischen und politischen Weichenstellungen wird sich die verbleibende politische Mitbestimmung der Bevölkerung maßgeblich im Bereich der Kommunal- und Regionalpolitik abspielen. Die Kommunal- und Regionalpolitik geschieht zwar innerhalb der zentral vorgegebenen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, dennoch gibt es »vor Ort« immer noch bestimmte Handlungsspielräume, die die konkrete Lebensqualität mitprägen. Umweltgruppen, Friedensinitiativen, »Dritte-Welt«-Gruppen, Asylinitiativen usw. können die politische Situation vor Ort beeinflussen.

Neben dem außerparlamentarischen Engagement kann auch parlamentarische Arbeit Akzente zugunsten einer sozial-ökologischen

Praxis setzen. Zielsetzung eines solchen Engagements muß es sein, die realen Lebensbedürfnisse der Menschen gegenüber den Machtinteressen übergeordneter ökonomischer und politischer Instanzen zur Geltung zu bringen: »Politik von unten« gegen »Politik von oben«.

##### b) Ökonomische Perspektiven der Schattenwirtschaft

Die EG-Kommission betrachtet die verstärkte Hinwendung zur kostengünstigen Großserienproduktion in möglichst vielen Bereichen als einen Vorzug des Binnenmarktes. Diese Vereinheitlichung der Produktion bedeutet eine weitgehende Normierung der Bedürfnisse der Menschen: Es kann nur das – einigermaßen erschwinglich – erworben werden, was profitabel in Großserie produziert werden kann. Es werden z.B. nur solche Bücher produziert, die als »Bestseller« verdächtig sind. Bücher mit kleiner Auflage sind für den normal verdienenden Menschen nicht bezahlbar.

In der Konsequenz verschwindet ein nicht geringer Ausschnitt literarischer Produktion vom kapitalistischen Buchmarkt und etabliert sich als »Schattenwirtschaft« mit eigenen Produktions- und Vertriebsformen. Entsprechende Entwicklungen gibt es in vielen wirtschaftlichen Bereichen. Angesichts der gleichschaltenden Wirkungen der vereinheitlichten Großserienproduktion wird die Bedeutung der Schattenwirtschaft als Ort differenzierter Bedürfnisbefriedigung wachsen. Aufgabe von Christinnen und Christen wird es sein, bei der Herausbildung einer solchen Schattenwirtschaft mitzuwirken.

##### c) Europäische Zusammenarbeit der Genossenschaftsbewegungen

Die Genossenschaftsbewegung hat in den letzten Jahren einen gewissen Wiederaufschwung erlebt. Es sind – Verbrauchergenossenschaften, – landwirtschaftl. Vertriebsgenossenschaften, – Handwerksgenossenschaften, – Druckereigenossenschaften, – Dienstleistungsgenossenschaften, – Studiengenossenschaften, – »Dritte-Welt«-Vertriebsgenossenschaften, – Schulgenossenschaften (»freie Reformschulen«)

## Umkehr zum Gottesrecht

*Eine biblisch-theologische Kritik der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Entwicklungen in Westeuropa*

Ich selber komme von der Peripherie jener für die heutigen politisch-ökonomischen Entscheidungen bedeutsamen Regionen. Als weißer Mann, mit regelmäßigem Einkommen, gehöre ich auch nicht zu den Opfern, die diese Entscheidungen und das System, das sie schaffen, produzieren. Im Gegenteil, der Ort, an dem ich diesen Vortrag vorbereite, scheint noch ein Stück »heile Welt« widerzuspiegeln. Unser See, auf dem sich die Schwäne bei ihrem Flug nach Norden oder Süden zur Rast niederlassen, erinnert an Nils Holgerssons wundersame Reise. Und doch haben wir in unserer täglichen Arbeit, durch die Teilnehmer an unseren Kursen, mit den Opfern eines der Menschenwürde widersprechenden Lebensstils zu tun, den heutige politische und ökonomische Entscheidungen bewirken. In Ergänzung zu grundsätzlicher Kritik des kapitalistischen Systems aus christlicher Sicht sehe ich hier meine Aufgabe darin, einige persönliche Anmerkungen zum Thema zu machen, wie die gegenwärtigen Entwicklungen im Licht biblischen Zeugnisses zu bewerten sind:

*1. Fünfhundert Jahre, nachdem Europa die Welt sich zu unterwerfen begann - durch abenteuerlustige Eroberer wie Columbus und Magellan, mit Hilfe deutscher Kaufleute wie der Fugger und Welser sowie mit dem politischen Rückhalt durch die iberischen Könige -, sind noch immer die gleichen hegemonialen Kräfte am Werk, die Vielen den Interessen der Wenigen zu unterwerfen. Der »Single European Act« ist Ausdruck dieses Willens zur Macht.*

Die Menschheit ist gleich geschaffen nach dem Ebenbild Gottes. Sie hat darum die gemeinsame Aufgabe der Fürsorge für die Schöpfung. Die biblische Kritik der Institution des Königtums (Rö 9,8-15; 1.Sam 8) ist eine Kritik an dem hegemonialen Streben der Menschen, wie es sich besonders im politi-

schon Handeln von Herrschern zeigt. In neutestamentlicher Zeit erlebte Israel nicht nur die Unterdrückung durch Rom, sondern auch die Auswirkungen eines sozio-religiösen Systems, das nicht mehr den Menschen diene, sondern sich einem religiösen Selbstzweck zugewandt hatte.<sup>1</sup> In diesem Kontext lebte und wirkte Jesus als Gegenmacht, die den imperialistischen Interessen und Mächten das Gottesrecht entgegenhält: »Wie ihr wißt, unterdrücken die Herrscher ihre Völker, und die Großen mißbrauchen ihre Macht. Aber bei euch soll es nicht so sein. Wer von euch etwas Besonderes sein will, der diene den anderen, und wer von euch an der Spitze stehen will, soll sich allen unterordnen« (Mk 10,42ff). Die Berichte vom Umgang Jesu mit den Kindern (Mk 9,33f; 10,13ff; Mt 18,1ff; Lk 9,46) unterstreichen die grundsätzlich antihegemoniale Haltung.

*2. Der Prozeß wachsender Konzentration von ökonomischer und politischer Macht in Europa geht einher mit dem Anwachsen eines bürokratischen Zentralismus und der Entdemokratisierung der Gesellschaft.*

Die Menschheit als partizipatorische Mitschöpferin Gottes (Gen 1,28) hat nur im Kontext dieser Gottesebenenbildlichkeit das Recht, »Über die Fische im Meer, die Vögel unter dem Himmel und alle Tiere, die sich auf dem Lande bewegen, zu wachen«. Es ist die Ant-Wort, die der Mensch Gott zu geben hat, die die Verantwortung eines Herrschaftsaktes im schöpfungstheologischen Kontext bedingt. Die Aufklärung hat dieses Verständnis umgedreht, um mit der Herrschaft des Menschen über die Natur seine Gottebenenbildlichkeit zu beweisen. Bis heute zeigt sich besonders in Europa im Bereich von Wissenschaft, Technologie und Ökonomie das Bedürfnis, den Menschen als Herrn und Beherrscher der Erde zu installieren, das Paradies erneut in Besitz zu nehmen. So wird der Mensch in der trügerischen Sicherheit und in dem Verständnis bestätigt, daß

ganzsche Perspektive des »Völkerbundes« aufzugreifen: die Perspektive einer globalen, ökumenischen genossenschaftlichen Gemeinschaft aller Menschen und einer Genossenschaft von Mensch und Natur.

Der EG-Binnenmarkt – und davon ausgehend: die Europäische Union – kommt. Das Europa, das kommt, wird das Europa des Kommerzes, das Europa der Großkonzerne, das Europa des Geldes sein.

In diesem Europa des Geldes gilt es, Freiräume zu erkämpfen: Freiräume für Menschen und Tiere, Freiräume für genossenschaftliches Leben; Freiräume für neue Formen von Arbeiten und Feiern, Freiräume für die Vielseitigkeit kultureller Kreativität, Freiräume für gegenseitige Hilfe, Freiräume für Solidarität mit den Menschen der »Dritten Welt«, Freiräume für christliches Denken und Handeln. Dieses »Europa der Freiräume« könnte das »neue« Europa darstellen; denn ein »neues« Europa – im Sinne von Leonhard Ragaz – beinhaltet weit mehr als das »moderne« Europa des Binnenmarktes.

### Literatur:

Leonhard Ragaz: Die neue Schweiz. Ein Programm. Olten 1918.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1992: Ein Markt mit neuen Dimensionen. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1988.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Stellungnahme zum Weißbuch der EG-Kommission über den Binnenmarkt, Bonn 1988.

Bundesministerium für Wirtschaft: Die Vollendung des Binnenmarktes 1992 – Chance und Verpflichtung, Bonn 1988.

Bundesministerium für Wirtschaft: Soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1988.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Europäische Währungsordnung, Bonn 1989.

Herbert Gruhl: Wild gewordene Ökonomie. In: DER SPIEGEL (Hamburg), 27. März 1989.

Wolfgang Kessler: Europäischer Binnenmarkt – Vision oder Alptraum. Publik-Forum-Materialmappe, Oberursel o.J.

EuroNetz. Wirtschaftsinformationsdienst für selbstverwaltete Betriebe, Kooperativen, Genossenschaften. Ausgabe 1/1989, Berlin 1989.

Helmut Gollwitzer: Die kapitalistische Revolution, München 1974.

Darmstädter Religiöse Sozialisten: Standortbestimmung 1987. Vierzig Jahre nach dem »Darmstädter Wort«. Darmstadt 1987.

Edgar Thaidigsmann. Ökologische Utopien als Thema der Theologie. In: Zukunft der Schöpfung. Hg. von Christiane Dannemann/Leonhard-Ragaz-Institut Darmstadt. Darmstadt 1989.

u.a. entstanden, die sich einer Alternative zur bestehenden Wirtschaftsweise verpflichtet fühlen. Es gibt Ansätze zu einer Vernetzung solcher selbstverwalteter Genossenschaften. Solche genossenschaftlichen Bestrebungen gilt es zu fördern und zu unterstützen. Politisch aktive Christinnen und Christen werden selber in der sich entwickelnden Genossenschaftsbewegung aktiv werden.

Dies beinhaltet auch, Ansätze zu einer Kooperation der Genossenschaftsbewegung auf europäischer Ebene zu stärken. Angesichts der Zentralisierung der Großindustrie und der staatlichen Institutionen ist eine Kooperation der Genossenschaftsbewegungen im EG-Bereich ein Instrument, das die Interessen der Genossenschaftsbewegung auch auf EG-Ebene koordiniert zur Geltung bringen kann. Wichtiger als solche politische Reaktion auf die kapitalistische Struktur des Binnenmarktes ist freilich die Chance, die positiv im Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen Genossenschaftsversuchen liegt.

### d) Europäische Genossenschaft christlicher Basisgemeinden und Genossenschaften

Die Herausbildung des EG-Binnenmarktes stellt eine Herausforderung an Christinnen und Christen dar, die in der Tradition des Bergpredigt-Christentums stehen, die sich der Sache Jesu Christi, des Bergpredigers, verpflichtet wissen. Jesus Christus verkündigte den Sieg des Reiches Gottes, die Erlösung und Befreiung aller Kreatur. Er ermutigte dazu, solche Befreiung schon vorläufig zu praktizieren; in christlichen Basisgemeinden, in genossenschaftlich geprägten christlichen Gemeinschaften und Gruppen. Solche Gemeinschaftsversuche eines politische aktiven genossenschaftlichen Christentums hat es in den letzten Jahrzehnten immer wieder gegeben – nicht zuletzt im Religiösen Sozialismus.

Diese Gemeinschaftsversuche im nationalen Horizont gilt es europaweit zu vernetzen. Solche Bemühungen bringen einmal viele Möglichkeiten mit sich, voneinander zu lernen; zum andern können sie die Ausstrahlungskraft des Bergpredigt-Christentums engagierter zum Ausdruck bringen.

Inhaltliche Zielsetzung solcher Genossenschaft muß es sein, über den neuen europäischen Kapitalismus hinausblickend, die Ra-

er mit der »unterworfenen« Erde tun kann, was er will. Unterwerfung bedeutet in diesem Zusammenhang »Ausnutzen und Ausbeuten für die Zwecke des eigenen Lebens«. <sup>2</sup> Hier liegt einer der Gründe für ein zwangsläufig antidemokratisches Verhalten. Die »qahal«, die lebendige Gemeinschaft wird nicht akzeptiert. Risiken werden z.B. im Sozialbereich zunehmend privatisiert. Individuelle Selbsterfüllung hat oberste Priorität. Der Bericht von Ahab und Isebel - und hier besonders die Weise, wie sie sich Naboths Weinberg aneignen - (1.Kg 21), ist das klassische biblische Beispiel dafür, wie im Zusammenspiel von politischen und ökonomischen Interessen das in der Gemeinschaft gültige Recht zerstört wird. Das geht bis dahin, daß diesem privaten »höheren Zweck« sogar Menschen geopfert werden. Hier wird das am häufigsten begangene Verbrechen gegen das Gottesrecht sichtbar. Eine Kritik der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Entwicklungen in Westeuropa muß sich damit auseinandersetzen.

*3. In der politischen und ökonomischen Entwicklung zu einem »vereinheitlichten Zentraleuropa« beobachten wir einen Vorgang der Absicherung nach außen, der im Widerspruch steht zu der Notwendigkeit, weltweit einen symbiotischen Lebensstil zu entwickeln. So tragen die Politiker nicht zur Entwicklung von Modellen bei, die der Einheit der Menschheit, geschweige denn einer Einheit in Verschiedenheit, dienen, sondern fallen zurück in einen Provinzialismus, der seine Wurzeln im vorigen Jahrhundert hat.*

Untersucht man das Verständnis von »Gemeinschaft« etwas genauer, so zeigt sich, daß das lateinische Wort »communio« ursprünglich mit »befestigen« zu tun hat: eine Einheit gegen die andere absichern. In dieser Sicherheit lebte die »communio« als politische Gemeinschaft. Der griechische Begriff »symbios« hingegen meint das Zusammenleben in einem Haushalt. Der Psalmist beschreibt dies mit den Worten: »Die Erde gehört Jahwe mit allem, was darauf lebt« (Ps 24,1). Van Leeuwen hat darauf verwiesen, daß die rabbinische Exegese hier liest: »Gott ist der Herr des Hauses«, der oikonomos. <sup>3</sup> Das Neue Testament zeigt Christus als den »Hausherrn«. Das

Haus, dessen Herr er ist und das gemäß seinem Willen »bewirtschaftet« werden soll, wird »oikumene« genannt, die ganze bewohnte Erde und »alle, die darin leben«, die »katoikountes«. Durch die gesamte Bibel hindurch finden wir, daß Gottes Heilswerk sich im alltäglichen Leben der Menschen auswirkt. Er ist an Recht und Gerechtigkeit interessiert. Jesus spricht von seinen Jüngern als »oikonomoi«, und Paulus greift den Begriff mehrfach auf, wie auch Mose und die Propheten als Haushalter des Willens Gottes gelten. Im diesem umfassenden Verständnis von Heil und Heiligung ist also von christlicher Theologie als von »ökonomischer Theologie« zu sprechen. Das hat nicht nur Luther bereits zum 1. oder 7. Gebot sowie zur Frage des Zinsnehmens (Wuchers) aufgezeigt, sondern bereits früher haben die Kirchenväter sich so geäußert. Johannes Chrysostomus, der brillante Prediger in der Kaiserstadt, führt in seinen Homilien zu Mt 25 immer wieder aus, daß die »oikonomia Gottes« einen ganzheitlichen Ansatz für das Wohl der Menschen bedeutet. »Glaubt nicht, daß die Reichen, auch wenn sie hier ungestraft davonkommen mögen, nicht als schuldig betrachtet werden. Wenn es so einfach wäre, ihrer habhaft zu werden, so wären die Gefängnisse von ihnen überfüllt«. <sup>4</sup> Daraus folgt, daß eine Theologie im Sinne der »Ökonomie Gottes« Umkehr bedeutet, die »metanoia« hin auf das Kommen des Gottesreiches (Mk 1,15), weg von den tödlichen Kräften des täglichen ökonomischen Unterwerfungsbedürfnisses, auf ein Leben zu, das den Tod überwindet.

*4. Wo immer wir in Europa hinblicken, beobachten wir eine wachsende Unfähigkeit, mit den Auswirkungen dessen fertig zu werden, was die Krise des alten Systems genannt werden kann. Politisches und ökonomisches Megadenken hat seine Ergebnisse immer weniger kontrollierbar gemacht. Politik ist zum Krisenmanagement verkommen. Die neo-ökonomische und technologische Revolution ist nicht von einem angemessenen ethischen Rahmen begleitet worden.*

In der Geschichte vom Turmbau zu Babel berichtet die Bibel von den fragwürdigen Ergebnissen menschlichen Megadenkens. Der Mensch versucht, mit Gott zu konkurrieren. Er will gott-gleich werden, den Himmel errei-

chen. Ich lese diese Geschichte immer auch mit einem gewissen Lächeln, da der Erzähler die Mühe beschreibt, die die Menschen in ihr Vorhaben stecken - und trotzdem muß Gott erst noch »herniederfahren«, um sich anzuschauen, was die Menschen dort bezweckt haben. Die Erzählung zeigt die Nutzlosigkeit solcher Anstrengung. Ihr Ergebnis ist die Zerstreuung. Dieses Megadenken erweist sich als Verehrung der falschen Götter. Es geht in Politik wie in Wirtschaft in die falsche Richtung. Die Vereinigung der Theologen aus der Dritten Welt (EATWOT) behandelte diesen Aspekt während ihrer Genfer Konferenz und sagt in ihrem Abschlußbericht: »Das politische und ökonomische Denken konfrontiert uns heute mit eben jener Wahl zwischen den falschen Göttern und der Treue zu dem wahren Gott (Ex 32,1-10; Ps 78,52-63; Ez 6,3-7). Im Gegensatz zum globalen System der falschen Götter offenbart sich der wahre Gott nicht unter jenen, die auf dem Thron von Macht und Reichtum sitzen, sondern die nach den herrschenden Maßstäben die Geringsten unter unseren Schwestern und Brüdern sind, den Opfern, den Stimmlosen, den Machtlosen, denen auf der Kehrseite der Geschichte (Mt 25)«. <sup>5</sup> Der High-Tech-Optimismus des Megadenkens bietet eine Hoffnung an auf systemimmanente Lösungen für die gegenwärtigen Krisen. Betrachtet man dies aus der christlichen Perspektive des kommenden Reiches Gottes, so haben wir ein System, das die Schöpfung destruktiven Kräften überläßt, die Botschaft von dem neuen Himmel und der neuen Erde (Jes 65,17; Off 21,1) entgegenzuhalten. In seinem Versuch, seine Größe darzustellen, setzt der Mensch den Fortschritt über die Partizipation der Menschen. Gott dagegen opfert seine »doxa« (Herrlichkeit), um den Menschen zu dienen (Phil 2). Die Rettung der Menschheit ist sein Reichtum. Im Leiden für die Menschen wird Christus verherrlicht. Das ist der Kontext von Nachfolge. Jedes ethische Glaubensbekenntnis, das sich auf Wachstum, Konsum und Macht stützt, führt offensichtlich in die Sackgasse universaler Zerstörung. Europa ist ein hervorragendes Beispiel dafür. Deutschland wird zu einer chemischen Müllhalde, und selbst in Finnland stirbt z.B. der See vor unserem Zentrum ökologisch, weil Bauern nach wie vor extensive Landwirtschaft betreiben. Und noch immer betrachten Politiker und

Wirtschaftler eine wachsende Nachfrage, den Wunsch nach mehr Lebensmöglichkeiten, mehr Macht, verstärkte Beherrschung der Welt, als Treibstoff für den Fortschritt, als das, was das Leben der Menschen glücklich macht. Hier erinnert uns nicht nur das Lutherwort »Woran du dein Herz hängst, das ist dein Gott« an die theologische Qualität solchen Denkens, es wird auch eine Anthropologie offenbart, die den Menschen komplett als »homo oeconomicus« interpretiert, wie dies jüngst ausführlicher von Per Frostin deutlich gemacht wurde. <sup>6</sup> Aus biblischer Sicht wird hier jenes grundlegende Mißverständnis aufgedeckt, daß der Mensch nichts anderes als ein Individuum sei. Vor Gott steht jeder in seiner persönlichen Verantwortung, aber zugleich ist die biblische Einsicht zurückzugewinnen, daß wir eine gemeinsame Verantwortlichkeit im Kontext der Schalom-Gemeinschaft haben, die Leben gibt. Hier liegt die Aufgabe für eine kommende christliche Ethik: einen Weg zu zeigen heraus aus der selbstbezogenen individualistischen Bedürfniserfüllung zu einem symbiotischen Lebensstil im Kontext der Oikoumene Gottes. Es wird eine Ethik sein, die vom Überlebenskampf gegeneinander, zu dem der Wunsch gehört, mächtiger als die anderen zu sein, sie zu kontrollieren, hinführt zum Leben im Schalom, der immer das Wohl der anderen einschließt und sucht, zur Lebenserfüllung durch Solidarität mit anderen und mit der Natur. Nicht Trennung und Teilung, sondern Gemeinsamkeit und Teilhabe müssen Ziel unseres Versuches sein, die bestehenden Ordnungen zu durchbrechen und die Mechanismen der Interaktion im politischen und wirtschaftlichen Leben zu verändern. Nur wenn das sozio-ökonomische System nicht länger auf Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Systeme basiert, kann der ökologische Tod vermieden werden. Nur wenn Christen - zusammen mit anderen - ein Ethos entwickeln, das sich Abgrenzung und Einmauerung widersetzt und offenes gemeinsames Handeln ermöglicht, werden wir die symbiotischen Lebensformen finden, die die Menschheit so dringend braucht.

*5. Eng verbunden mit dem bisher Ausgeführten ist die Beobachtung, daß wir seit geraumer Zeit ein Anwachsen marginalisier-*

ter, an den Rand gedrängter Gruppen in Europa verzeichnen. Untersuchungen zeigen auf, daß die Entwicklung zum europäischen Binnenmarkt diese Entwicklung noch verstärken wird. Wenige kontrollieren das Gros des Reichtums und der Macht inmitten der beständig anwachsenden »Vielen«. Bewegen wir uns auf eine marginalisierte Majorität zu?

Eine ausgiebige ökumenische und exegetische Diskussion hat aufgewiesen, daß wir es in der hebräischen Bibel wie im Neuen Testament mit Gottes besonderer Fürsorge für die Armen zu tun haben. Die Armen waren, wie der Psalmist beschreibt, gemeinhin aus dem Kreis des Lebens ausgestoßen, »gefangen in Dunkelheit«. Wo das Gottesrecht nicht mehr gilt, wo die Schalom-Gemeinschaft zerbrochen ist, hat der Arme keine Lebenschancen. Gerechtigkeit, Frieden und die Integrität der Schöpfung sind Gottes Absicht mit dieser Welt. Seine Botschaft, sein Wort (»dabar«) wird jeweils dann dem Propheten gegeben, wenn der Zaun des Gottesrechtes um sein Haus herum von den Feinden zerstört wurde. Vor dem Hintergrund dieser Traditionen haben wir die gegenwärtigen politischen und ökonomischen Entwicklungen zu befragen. Sie fordern uns in unserer priesterlichen Funktion als Kirche heraus und verlangen unsere prophetische Energie. Die erwähnte Erzählung von Ahab gewinnt in diesem Zusammenhang zentrales Gewicht, da sie aufweist, wie Menschen zu Opfern von polit-ökonomischer Götzenverehrung werden. Es gibt keinen wahrhaften Glauben, ohne daß falsche Götter zerstört werden. Es gibt keine Ansage der frohen Botschaft ohne Absage an die Botschaften, die ihr entgegenstehen. Wir haben zwischen einer Welt des Todes und der Welt des Lebens zu entscheiden. Nur dann werden Unterdrückte befreit und Blinde sehend (Lk 4,16ff). Nur wer den Götzen der Unterdrückung widersagt, kann den Gott der Befreiung erfahren. Darum geht es in der befreienden Praxis der Nachfolge konsequenterweise um die Auseinandersetzung mit dem Götzendienst. Schon in neutestamentlicher Zeit war der Kampf gegen die »Gier« (plonexia) zentrales Thema im Leben der Gemeinden, wie Luise Schottroff aufgezeigt hat.<sup>7</sup> Aus ihrer Analyse möchte ich einen Punkt be-

sonders hervorheben, da er mir für unsere viel zu sehr mit dem kapitalistischen System verbundenen Kirchen von zentraler Bedeutung zu sein scheint. Sie fragt, ob Gier nicht so lange strukturell unvermeidbar sei, wie das Geld die Wirtschaft bestimmt.

In dem Kampf Jesu gegen Besessenheit war die Nennung des Dämons ein zentraler Aspekt des Heilungsgeschehens. Die Analyse und Benennung der materiellen Basis der Idolatrie hat darum Priorität. Das ökumenische Hearing zum Internationalen Währungsfond in Berlin 1988 ist ein Teil davon. Per Frostin hat gezeigt<sup>8</sup>, wie die spirituelle Krise im heutigen Westeuropa sich verknüpft mit der vollständigen Übernahme einer kapitalistischen »homo oeconomicus«-Anthropologie. Mit seinen Worten: »Die spirituelle Krise kann zumindest zu einem Großteil erklärt werden mit dem wachsenden Einfluß der Logik des Kapitalismus.« Der Mensch als Faktor in einer Kosten-Nutzen-Kalkulation ist das gerade Gegenteil zum Evangelium des Gekreuzigten. Kenosis (»Entäußerung«, Phil 12,7) war kein Akt kalkulierter Rationalität, war nicht Erfüllung der eigenen Interessen, sondern sie ist ein Prozeß der Entsagung, der einem System der Aneignung, wie es der Kapitalismus darstellt, konträr entgegengesetzt ist. Kapitalismus ist dabei nicht nur ein ökonomisches System, sondern auch eine Lebensform. Ein kapitalistisches Europa lebt von einer Form der interkulturellen Interaktion, die von Beherrschung und Durchdringung geprägt ist. Kapitalistische Gier bestimmt nicht allein die Entscheidungen der Geschäftswelt, sondern alle anderen Sektoren der Gesellschaft ebenfalls, Sexualität, Freizeit, Spiritualität. Die Quäker, Mitbegründer unseres Zentrums, können uns in ihrer Suche nach Stille und friedvoller Interaktion viel lehren auf dem Weg in einer nicht mehr kapitalistische Gesellschaft.

6. Die überschäumende Akkumulation von Reichtum in Europa läßt mehr und mehr Menschen ohne Arbeit. Diese Entwicklung wird begleitet von einer wachsenden Verschuldung der Bevölkerung. Die moderne Ökonomie und ihre politischen Liturgen scheinen sich daraus wenig zu machen, wie das folgende Zitat eines der Gurus der monetaristischen Schule beweist: »Eine freie Gesellschaft benötigt gewisse moralische

Regeln, die in letzter Instanz auf die Bewahrung von Leben zurückgeführt werden können; nicht die Bewahrung aller Leben, da es notwendig sein kann, einige individuelle Leben zu opfern, um eine größere Zahl anderer zu retten. Konsequenterweise sind die einzigen moralischen Regeln jene, die zu einer »Bewertung von Leben« führen, nämlich Besitz und Vertrag.« (Hayek, Mercurio, 81)

Das ist »monetaristische Anthropologie«. Wer von uns mit Langzeitarbeitslosigkeit zu tun hat oder hatte, versteht, warum die Bibel sagt, daß die Armen, Arbeitslosen, Verschuldeten aus dem Bereich des Lebens ausgeschlossen erscheinen. Die moderne Form einer Opferung menschlichen Lebens ist heute eine Rationalisierung, die zur Arbeitslosigkeit von Tausenden führt. Aber Gott will keine Menschenopfer (Gen 22). Menschenopfer basieren auf falschem Glauben, und wir haben uns zu Überlegen, wie wir gegen diesen falschen Glauben vorzugehen gedenken. Eines Tages könnte der Samariter aufwachen und wahrnehmen, daß die Opfer, die er jeden Sonntag verbindet, möglicherweise Opfer eines Systems sind, in dem die Räuber und der Gastwirt zusammenarbeiten, und zwar sehr profitabel. Hayek spricht von Besitz und Vertrag als Maßstab für die Bewertung von Leben. Auch Gott redet so. Aber anders als Hayek. Die Erde ist Gottes Eigentum, dem Menschen zur Nutzung überlassen (Ps 24) als Bereich für eine der Gerechtigkeit dienende Arbeit. Gottes Liebe erhält Leben durch seine Bundeschlüsse - bis hin nach Golgatha. Und da liegt der entscheidende Unterschied zu Hayek: Es geht um die Rettung allen Lebens! Gottes Ökonomie kennt keine »drop-outs«! Die lebensverachtenden Mechanismen des modernen polit-ökonomischen Systems, das die Menschen nicht mehr als Gottes aktive Geschöpfe in seiner Schöpfung wahrnimmt, muß durch unser Grundbekenntnis »Kyrios Christos« (Herr ist allein der Messias) herausgefordert werden. Warum werden heutzutage so viele Priester und Nonnen, kirchliche Mitarbeiter und Gemeindeglieder gefoltet und getötet? Nicht wegen dieser zwei Worte, aber wegen der Herausforderung, die in diesem Bekenntnis liegt. Es ist die Herausforderung an die Herrschenden, die ihr Herrschen in

Frage stellt. Es ist höchste Zeit, unser Verständnis von Röm 12 im Licht heutiger Entwicklungen zu überdenken. Die vorherrschende Interpretation hat ihre Wurzeln nach wie vor im Kontext einer feudalen Gesellschaft.

7. Die Marginalisierung der Unterschichten in Europa hat, zusammen mit konservativer Politik und mit Arbeitslosigkeit, zu einer wachsenden Diskriminierung von Ausländern und zu einer neuen Welle von Rassismus in Europa geführt.

Wanderarbeiter sind ein Symbol moderner Kolonisierung von Männern und Frauen. Menschen werden nach ihrem Produktivitätswert behandelt. Ihr Leben wird entsprechend eingeschätzt. So geht es Millionen an der Peripherie dieser Welt. Es mag nicht immer so sichtbar sein wie am Smoky Mountain, dem schwelenden Müllberg von Manila, von dem sich Hunderte ernähren. Aber viele Asyllager in Westdeutschland sind nicht viel anders. Was bedeutet es in diesem Zusammenhang, daß »das Wort Fleisch wurde und unter uns wohnte« (Joh 1,14)? Wo ist unsere Kenosis-Praxis? Was heißt Nachfolge dessen, der sein Leben an der Peripherie verbrachte, geboren und gekreuzigt außerhalb des Zentrums? Diskriminierung und Rassismus sind jedem biblischen Verständnis von Gerechtigkeit ein Schlag ins Gesicht. Wir haben einer zunehmend rigider werdenden Politik entgegenzuhalten, daß in den Wertsystemen vieler Kulturen und vieler junger Menschen heute Solidarität einen höheren Stellenwert hat als wachsende Produktion und Komfort. Das Leben Christi war hierfür ein eindeutiges Beispiel ebenso wie dafür, was solche Solidarität kostet. Solidarität in »Symbiose«, in einer erweiterten Gemeinschaft mit anderen Menschen, Zusammenleben mit anderen Kulturen, macht uns den Reichtum bewußt, den Gemeinschaft in ihrer Vielfalt geben kann. Die Gemeinschaft in der ökumenischen Bewegung der Christen ist hierfür sicher ein beständig zu stärkendes, aber doch auch weithin sichtbares Zeichen. Ängstliches Bewahren einmal erworbener Privilegien in Europa führt bei unserem System nicht nur zur Verelendung anderer Menschen, sondern letztendlich zur Selbstzerstörung, da diese Weise des Anhäufens von Reichtum

und Macht Menschen von Menschen ebenso wie Kulturen und Gesellschaften voneinander trennt. Oder - um es deutlicher auszudrücken: Theorien wie die von Hayek weisen auf, daß den Reichen ein System des Todes dient, wogegen die Bibel das Wissen zur Sprache bringt, daß Leben im Einklang mit dem Gottesrecht den Armen dient. Die Armut des Reichtums bedeutet immer auch soziale Entfremdung. Hier liegt die Weisheit der Erkenntnis, daß Jahwe der Eigentümer der Produktionsmittel (in biblischen Zeiten: des Landes) ist und Sabbat- und Halljahr gibt, damit diese Erkenntnis nicht vergessen wird.

Wohin sind wir unterwegs?

Abschließend möchte ich zusammenfassen und einige Schritte aufzeigen, in welche Richtung wir gehen können.

1. Der europäische Binnenmarkt ist eine Herausforderung für ein ökumenisches Verständnis von Gemeinschaft in der Vielfalt. Unser Glaube, daß die Menschheit als eine und gleiche geschaffen ist, muß in symbiotischen, multikulturellen, offenen Lebensstilen realisiert werden. Eine Gemeinschaft, die sich auf die Abgrenzung und die Stärke gegenüber anderen begründet, stellt die Eucharistie als Gemeinschaft derer in Frage, denen alles geschenkt worden ist. Wollen wir nun stattdessen geraubtes Brot essen? Trinken wir vom Blut der Opfer von Militarisation und nationalen Sicherheitskonzepten, die die Interessen der Starken schützen?

2. Heutige Politik begünstigt die Interessen der Starken gegenüber den Schwachen. Machtsysteme stehen im Dienste der Wenigen. Die Glieder des einen Leibes werden nicht gleich behandelt. Konrad Moll beschreibt in seiner Bewertung des Stuttgarter Treffens vor »Basel« unsere Aufgabe, Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu gewährleisten: »Das Rennen, in dem wir stehen (Hebr 12,1), ist auch eines gegen politische Sünde. Es gibt einen klaren Konsens der Kirchen über ihr grundlegendes Kriterium, die Solidarität mit den Armen (Stuttgarter Erklärung 2,22). Dies verlangt nach fürbitendem Handeln aller Christen für gerechte Verteilung und die Auflösung aller ausbeutungsorientierten Machtstrukturen.

Dies wird zu geschehen haben sogar unter Nutzung der christlichen Tradition des Widerstandes.« Der Glaube an die Erneuerung durch den Heiligen Geist macht die Kirchen frei, sich nicht mit den gegenwärtigen Machtstrukturen abzufinden, sondern mutige Schritte zu wagen auf eine Veränderung der Lage des leidenden Volkes zu.

3. Der europäische ökonomische und politische Provinzialismus zielt auf Stärkung des eigenen Marktes gegenüber anderen. Es geht um die Auseinandersetzung zwischen Marktwirtschaft und Menschheitswirtschaft, zwischen Gottesrecht und den Privilegien für Wenige. Die biblische Tradition fordert von uns in Europa nicht nur einen anderen Lebensstil, sondern ruft uns zu einer neuen Weise des Glaubenszeugnisses auf. Wir haben daran zu denken, daß das marktwirtschaftliche System mit dem Symbol des PLUS-Zeichens arbeitet. Gottes Ökonomie aber wird durch das KREUZ-Zeichen symbolisiert.

4. So wird die Konkurrenzfähigkeit durch die Fähigkeit zur Solidarität herausgefordert. Hier liegt ein zentrales ekklesiologisches Anliegen. Was - so ist mit Moltmann<sup>9</sup> zu fragen - bedeutet es, daß die Kennzeichen der Kirche Einheit (unam), Heiligkeit (sanctam), Katholizität (catholicam) und Apostolizität (apostolicam) sind, aber nicht die Armut (pauperitas)? Können wir als Kirche nicht nur dann Zeugen für Jesus sein, wenn wir auch arm sind? Welches Kennzeichen vertritt die etwa von Franziskus von Assisi gelebte »Armut«? Moltmann hat darauf verwiesen, daß »heilig« bedeutet, daß wir eine »heilige, d.h. arme Kirche« glauben. Die Kirche ist heilig, indem sie Kirche der Armen und für die Armen ist. Eine Kirche, die nicht arm ist, wäre dann nicht wirklich Kirche. Ein solcher Satz ist nahe bei der Feststellung von Willem Visser`t Hoof in Uppsala 1968, daß es eine soziale Häresie gibt, die ebenso zu bekämpfen ist wie die dogmatische.

5. In der Diskussion um eine »Ökonomie des Respekts vor den Niedrigen« (Economy of Honours) müssen wir im Gedächtnis behalten, daß die Produktionsmittel (das Land) niemandes Besitz waren. Sie gehören Gott. Verbunden mit der Sabbath- und Halljahr-Tradition setzt dies »Grenzen des Wachstums«, auf die wir viel mehr zu achten haben. Der

jüdisch-christliche Dialog muß sich mehr auf solche gemeinsamen Möglichkeiten konzentrieren, die in dieser Tradition enthalten sind. Verbunden damit ist die Frage des Zinsnehmens. Das Berliner IWF-Hearing hat sich damit ansatzweise befaßt. Die Kirchen müssen ihre Position neu überdenken. Dies aber werden sie nicht tun, ohne daß von Initiativen und Basisgruppen Alternativen entwickelt werden. Können wir mit den Banken insgesamt ein vergleichbares Modell entwickeln, wie es mit den »kritischen Aktionären« bei transnationalen Unternehmen besteht? Wir werden dabei entdecken, daß Solidarität zu üben bedeutet, seine Heimat aufzugeben. Aber nur in der Praxis werden wir eine kritische Bestandaufnahme der ökonomischen und politischen Situation in Europa erreichen. So laßt uns in genauer analytischer Arbeit fortfahren, die biblische Ökonomie und den biblischen Realismus besser zu erfassen, - indem wir Gruppen und alternative Netzwerke unterstützen (wie etwa den Alternative Economic Summit oder das »living Economy Network«),

- indem wir die Diskussion um den europäischen Binnenmarkt »internationalisieren«, - indem wir eine Alphabetisierungskampagne in Fragen ökonomischer und politischer Entwicklung unter den schwächeren Sektoren anstreben, damit die Marginalisierten gestärkt werden. Die Aktion des kanadischen Kirchenrates für die Flüchtlinge ist hier ein gutes Beispiel. - Laßt uns nie vergessen, daß Christus außerhalb der Mauern der Stadt, unter Räubern, unter Verachteten gekreuzigt wurde, Menschen von der Art, unter denen er den größten Teil seines Wirkens lebte. - Unsere Kirchen wissen dies und treiben dennoch keine Kenosis-Praxis. So werden wir unsere eigene

antihegemoniale Theologie zu entwickeln haben, von der Elemente bereits in jenen ersten Ansätzen von »Befreiungstheologie in Europa« gesehen werden können. - Wenn wir über Ethik in Verbindung mit Ökonomie im heutigen Europa reden, so haben wir einzusehen, daß die Frage nicht eine von Reformen ist, sondern daß es um »metanoia« (Umkehr) geht. Was nötig ist, ist eine komplette Kehrtwendung, um das Reich Gottes erneut in den Blick zu bekommen.

*Eine Möglichkeit, hier zu beginnen, ist, für 1992 ein Hearing vorzubereiten, das sich mit den wirtschaftlichen Ergebnissen der Marktkonzentration in Europa unter besonderer Beachtung der Lage der Armen innerhalb und außerhalb Europas befaßt. Die Studien der CCPD-Kommission des ökumenischen Rates der Kirchen sind noch nicht genügend ausgewertet. Auf der Seite der Armen zu stehen bedeutet nicht nur Akklamation; es bezieht uns in Wort und Tat ein.*

Anmerkungen:

- 1) Günther Bomkamm: Jesus von Nazareth. Stuttgart 1957, S.33
- 2) Jürgen Moltmann: Kirche in der Kraft des Geistes. München 1975, S.194
- 3) Op weg, in: Tijdschrift voor Theologie, 1973, S. 391-406
- 4) Brändle: Chrysostomos, S.102
- 5) Virginia Fabella and Sergio Torres (eds.): Doing Theology in a Divided World, Maryknoll/New York: Orbis Books, S. 190
- 6) Per Frostin: The Spiritual Crisis in the Metropolis of Capitalism, Liberation Theology Seminary in the West European Context. Agape, Italy, 1986, Sept. 6-14
- 7) Luise und Willy Schottroff: Wer ist unser Gott? München 1986
- 8) siehe Anm. 6
- 9) siehe Anm. 2, S. 378

## »Der religiöse Mensch ist Sozialist.«

Nachdrückliche Erinnerung an den Religiösen Sozialisten Adolf Grimme

Am 31. Dezember 1989 jährte sich zum hundertsten Mal der Geburtstag eines Mannes, dessen Name heute am ehesten noch durch den nach ihm benannten Fernsehpreis bekannt ist: Adolf Grimme – als Pädagoge, entschiedener Schulreformer, als Sozialdemokrat der letzte preußische Kultusminister vor 1933 und erster in Niedersachsen nach 1945, als Rundfunkdirektor Kämpfer gegen deutschen Provinzialismus, in allem und als solcher bekannt Religiöser Sozialist. Seine Schriften sind heute so gut wie vergessen. Zu seiner Zeit war er ein begnadeter Pädagoge – ob vor der Schulklasse oder bei einer Massenkundgebung, im Landtag und am Sendemikrofon. Max Tau beschreibt seine Ausstrahlung als »so überzeugend, daß er überall mit Respekt empfangen wurde.« Die sehr katholisch-konservative Ministerkollegin Christine Teusch sieht in ihm »den geborenen Jugendzieher«. Und der Philosoph Wilhelm Weischedel nennt ihn »das Reale, in dem die Idee des Kultusministers zum Ausdruck kommt«.

Grimme entstammt ganz und gar bürgerlichem Milieu und hatte einen ganz und gar bürgerlichen Werdegang. Was ihn, der als junger Lehrer zunächst Friedrich Naumanns DDP beitrifft, zur SPD führt, ist seine glaubensmäßige Überzeugung. Die Biographie dieses in der Form verbindlichen, in der Sache aber entschiedenen und kompromißlosen kantigen Niedersachsen ist noch nicht geschrieben, obwohl reichliches Material<sup>1</sup> vorliegt. Eine Auswahl seiner Briefe<sup>2</sup> und eine Sammlung von Grüßen der Freunde und Weggenossen zum 70. Geburtstag<sup>3</sup> geben aber ein treffliches Bild seines Weges und seines Wollens. Schließlich umfaßt die Bibliographie bis 1959 bereits 354 Nummern<sup>4</sup>, darunter 17 selbständige Veröffentlichungen. Grimme war kein Theologe. Er hat Theologie nicht ordentlich studiert. Theologische Theoriedefizite lassen sich bei ihm ohne weiteres ausmachen. Zur Auseinandersetzung mit der sozialistischen Daseins- und Handlungsorien-

tierung aus christlichem Glauben bedarf es indes der Erinnerung an die Gestalter solcher Ansätze. Adolf Grimme war unter ihnen einer der bedeutenden. Manche bis heute gültige Errungenschaft verdankt sich seiner Initiative. Er war als Erzieher des Menschengeschlechts eine außerordentliche Begabung. So sehr die Medien, derer er sich bediente, wechselten – erst die Schule, dann die Politik, schließlich der Rundfunk – so treu blieb er seinem Ziel: Menschen zu formen und Menschen zu formen, d.h. Menschen in ihrer durch die gesellschaftlichen Mächte verursachten Selbstentfremdung zur vollen Entfaltung ihrer in ihnen liegenden Fähigkeiten und Möglichkeiten zu verhelfen.

### Verstand und Herz auf der Gottsuche

Daß er einmal auf Massenkundgebungen der Partei August Bebels und Karl Liebknechts der Regierung und den Rechtsparteien den Fehdehandschuh hinwerfen wird, ist Adolf Grimme nicht in die Wiege gelegt. Der Vater ist Eisenbahn-Stationsvorsteher auf einem Dorf nahe Hildesheim, der sich müht, in seinem einzigen Sohn geistige Anlagen zu fördern und die Liebe zur Natur zu wecken. Nach dem frühen Tod des Vaters nimmt die Mutter jede Entbehrung auf sich, damit der Sohn studieren kann. 1908 macht er Abitur und beginnt anschließend ein geisteswissenschaftliches Studium (Philosophie, Deutsch und Französisch) in Halle. So charmant er sich in Briefen an ehemalige Schulkameraden über einzelne Lehrer äußern konnte, so kritisch blickt der gestandene Pädagoge und Kultusminister später auf die Schule im kaiserlichen Deutschland zurück: er habe ein halbes Jahrhundert alt werden müssen, um beiläufig irgendwo zu erfahren, daß an seinem alten Gymnasium einst der junge Albertus Magnus gelehrt habe. »Die Vergangenheit, in die man uns einführt, lag wohl noch weitere 2000 Jahre zurück und das deutsche Mittelalter erschien unseren Leh-

ren, die fast alle bereits Patina angesetzt hatten, als Gegenwart, und, um von der Gegenwart zu sprechen, war für einen echten Philologen zu unserer Zeit bekanntlich ein Sakrileg.«<sup>5</sup> Der Lehrer und dann der Politiker Grimme wird daraus Erkenntnisse ableiten.

Mit 18 Jahren, kaum daß das Abitur hinter ihm liegt, veröffentlicht Grimme seine erste Schrift: Verstand und Herz auf der Gottsuche. Ein pantheistischer schwärmerischer religiöser Naturalismus spricht aus den Gedanken (»Die Natur ist Gott, und Gott ist die Natur... Die Natur ist ein gerechter Gott. Sie rächt grausam die Versündigungen gegen ihre heiligsten Gebote... Was sollte mir der Tod denn anderes bringen als ein noch innigeres Einssein mit der Natur, mit Gott?!«). Als »Beitrag zum Sehnen und Suchen unserer Zeit« bewertet er seine Arbeit im Untertitel. Es ist das Lebensgefühl der Jugendbewegung, dem wir hier begegnen, ohne daß ihr Grimme je organisatorisch angehört hätte. Das Erleben des Kreatürlichen bringt den Verstand zum Verstummen.

Zehn Jahre später hätte er nicht mehr so geschrieben, wengleich er ein Leben lang allergisch bleibt gegen einen »das Leben vergewaltigenden Rationalismus«<sup>6</sup>. Mit diesem Schwung aber geht er in seine Studienzeit, zunächst in Halle, dann in München, schließlich als Schüler Edmund Husserls in Göttingen.

### »Keine Wirtschaft lebt sich selber und keine Politik ist in sich souverän.«

Nach dem Staatsexamen, in dem ihm auch die Befähigung als evangelischer Religionslehrer zuerkannt wurde (mit der Auflage, sich, nachdem er Theologie nie ordentlich belegt hatte, darin nachträglich, neben seiner Referendarszeit her, für 1 Semester zu inskribieren), tritt er ins Königliche Gymnasium in Göttingen ein. 1915 rückt er für wenige Wochen als Rekrut nach Straßburg ein, wird aber als »dienstunbrauchbar« entlassen und nimmt den Schuldienst in Leer auf. Seine Schüler erinnern sich noch nach Jahrzehnten an diesen Lehrer. Er begnügt sich nicht mit dem bloßen Unterrichtsbetrieb. Er ist der Erzieher der ihm anvertrauten Schüler. Erziehen hat für ihn Vorrang. »Grimme gab uns... nicht nur sein Wissen, auch seinen Glauben«, erinnert sich ein jüdi-

scher Schüler<sup>7</sup>, »nicht nur seine Gelehrsamkeit, auch sein liebendes Verständnis«. Leitmotiv und Ziel seines Unterrichts ist die »Hinführung zu echtem Menschentum... echte Toleranz zu üben, im Mitmenschen den Bruder zu erkennen und zu achten, das Gute um des Guten willen zu tun, das Böse durch Wirken des Guten zu überwinden«<sup>8</sup>. »Wir, die Halbwüchsigen, interessierten uns unter seinem Einfluß mehr für seine Auslegung der Bergpredigt als für andere Sachen, die sonst ein Jungenherz bewegen«, erinnert sich ein anderer. »Katholiken und ich als Jude nahmen an dem Religionsunterricht teil, sobald dieses Thema behandelt wurde.«<sup>9</sup>

Als 1918 die alte Ordnung in Scherben fällt, ist Grimme weder überrascht noch niedergeschlagen. Das Überkommene war inhaltslos geworden. Ihm galt es, neue Lebensformen entgegenzusetzen, und zwar in allen Lebensbereichen, auch und gerade in der Schule; nicht Privilegien und Standesvorrechte, nicht Drill und Verkrüppelung individueller Fähigkeiten, sondern Menschen formen. Das Neue, das mit der Republik geworden ist, fordert verantwortungsbewußte Mitarbeit. »Der deutsche Zusammenbruch kam für mich dem Anruf gleich, daß der, der mehr hat lernen dürfen, auch mehr Verantwortung trägt.«<sup>10</sup> Man sucht für die neue Zeit damals nach unverbrauchten Leuten, die den Blick vorwärts richten. Auf Grimme wird man schnell aufmerksam. Friedrich Naumanns DDP gewinnt ihn als Vorsitzenden des Ortsvereins. Sie ist unter den bürgerlichen Parteien die einzige republikanische, nicht restaurativ rückwärtsgerichtete und tritt für eine Welt ein, in der jeder eine seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Rolle zu spielen instande ist. Sehr bald verläßt er die Partei wieder, denn nach Naumanns Tod ist sie nichts anderes mehr als »der alte scheuklappige parteifanatische und egoistische Freisinn«<sup>11</sup>. Auch die Demokraten, erkennt er, wollen nicht wirklich das Neue.

Die Hoffnungen bürgerlicher Republikaner, die sich noch 1918 auf die DDP richten, wandern ab zu den Sozialdemokraten. Der Niedergang der Partei bei den politischen Wahlen hängt damit zusammen, daß Leute wie Grimme sich abwenden und zur SPD gehen. Selbst der liberale Kieler Theologe Otto Baumgarten, ein langjähriger DDP-

Parlamentarier, wurde schließlich zum Reichsbanner-Mann.<sup>12</sup> Seinen eigenen Schritt bezeichnet er später als den Weg »zu dem eigentlichen Schutzwall«<sup>13</sup> der Republik gegen die diesen Staat bekämpfenden Kommunisten und Reaktionäre. Die SPD mit der Weimarer Republik zu identifizieren ist insofern richtig, als sich unter den bedeutenden Parteien sie sich als einzige zur Weimarer Republik vorbehaltlos bekannt hat. Anlaß seines Beitritts ist 1922 der Mord an Walter Rathenau.<sup>14</sup> Die Ursache aber ist eine andere: »Meine Wendung zum Sozialismus erfolgt aus religiösen Einsichten.«

Inzwischen war Grimme Studienrat in Hannover. Er hatte 1920 die Vereinigung der Entschiedenen Schulreformer mitbegründet und später den Bund für Religiösen Sozialismus. Bei den Entschiedenen Schulreformern hält er 1923 seinen programmatischen Vortrag über »Die religiöse Schule«, der viele Freunde ratlos macht und seine Gegner wütend – jene »Zwischen allen Stühlen«-Position, die er später als »verzweifelten Zweifrontenkrieg« bezeichnen wird; »gegen die offizielle SPD, der es wie den Kirchen ein Wischiwaschi war, Sozialist und ein religiöser Bekenner zugleich zu sein«<sup>15</sup> und gegen eine evangelische Kirche, deren brandenburgische Synode, als Grimme sieben Jahre später Minister geworden war, mit dem Gedanken spielte, ihn zu exkommunizieren, weil es erstens unmöglich sei und zweitens die Gläubigen »verwirre«, »wenn ein SPD-Mann, noch dazu an solch exponierter Stelle, sich als Religiöser Sozialist bezeichne«<sup>16</sup>. In diesem – überwiegend schulpädagogisch ausgerichteten – Vortrag<sup>17</sup> finden sich in jeder Hinsicht unorthodoxe Gedanken; etwa der, daß der Kampf der Entschiedenen Schulreformer für die Gemeinschaftsschule zwar gegen die Konfessionsschule, aber gerade darum für die religiöse Schule geführt werden müsse, da Schule ihrem pädagogischen Auftrag gemäß Menschen zu formen habe, diese Formung aber nur von einem Standpunkt aus möglich sei, der selbst den Zeitläufen nicht unterworfen ist. Diese »Kraft, die das gesamte Leben in allen seinen Formen der Entfaltung von der Wurzel aus durchwirkt, die Macht, die den von ihr erfaßten Menschen in jeder Phase seines Seins gestaltet, der Kern, aus dem sich alles, was ins Leben tritt, ge-

biert, die Sonne, die schlechtweg jede Lebensäußerung mit ihren bunten Strahlen wärmt«<sup>18</sup>, sei eben die Religion. Das religiöse Suchen und Fragen gehört für Grimme zu den Gegebenheiten, mit denen die, die sich mit dem Menschen beschäftigen, zu rechnen haben. »Die Meinung, Religion sei nichts als eitel Kinderschreck, geht schon mit einem Totenhemd bekleidet um. Es lohnt nicht mehr, sie zum wer hat's gezählt wievielen Male in ihrer Klapperdürre zu entlarven.«<sup>19</sup> »Wir lehnen daher mit dem frommen Katholiken und dem dem orthodoxen Lutheraner zwei Schulgebilde von der Schwelle ab; die Schule, die sich freihält von Religion, und die Gemeinschaftsschule mit angeklebtem Unterricht der Konfessionen.«<sup>20</sup> Die religiöse Schule verhindert für Grimme jenes »Kautschukmenschentum«, über das er sich in einer anderen Schrift jener Tage ausläßt<sup>21</sup>, »das seine Ansicht mit der rudernden Partei wechselt«. »Masse will nicht länger Masse bleiben. Masse will Mensch werden.«<sup>22</sup> Vielleicht hat der 33jährige Grimme, der vom Marxismus weder viel wußte noch wissen wollte, das von jenem lange unterschätzte Streben des Proletariats nach bürgerlicher Existenz sehr viel klarer gesehen als die Gesellschaftswissenschaftler.

Seine Sicht von Religion und Sozialismus hat Grimme zehn Jahre später in der von Georg Wünsch herausgegebenen »Zeitschrift für Religion und Sozialismus«<sup>23</sup> skizziert. Die undogmatischen Gedanken aus der »Religiösen Schule« kehren hier wieder. Für Sozialismus wie für Religion gelte, daß die Dogmen, ihre Stifter und großen Lehrer stets nur Ausformungen der Wurzel des Ursprungs sind. »Nicht Luther oder Paulus, nicht Thomas von Aquin oder Augustin, auch nicht Jesus oder ein Religionsstifter sonst, ebenso nicht Marx oder Lenin sind die letztentscheidende Quelle für das, was Religion und Sozialismus sei, sondern die Religion und der Sozialismus selbst.«<sup>24</sup> Gerade kritische Theologie und kritische Gesellschaftswissenschaft würden Grimme heute wohl fragen müssen, woher er denn nun »die« Religion und »den« Sozialismus habe – an den Stiftern, Lehrern und Zeugen vorbei. Hier ist er noch ganz Schüler seiner liberalen Lehrer.

Die Konvergenz von Religion und Sozialismus beschreibt er in sieben Thesen. Zunächst kommen sie darin überein, daß es weder der

Religion noch dem Sozialismus um die Restitution des Ursprungs geht, sondern um die Utopie einer neuen Welt. Religion ist die alles bestimmende Wirklichkeit, die »Zentralmacht des gesamten Seins«, das »Letzt-Sinngebende«, so daß »keinem Gebiet eine totale Eigengesetzlichkeit... zuerkannt werden kann«. Wenn das richtig ist, heißt das »nichts anderes, als: keine Wirtschaft 'lebt sich selber' und keine Politik ist in sich souverän. Wer anderes behauptet, verweltliche das Dasein. Man beachte – 1933! – die gedankliche Nähe dieses Arguments zur Verwerfung der zweiten Barmer These von 1934! »Wo Religion erfaßt wird als eine solche alles durchdringende und bestimmende Macht, da kann sie sich nicht nur im Innern des Menschen häuslich einrichten oder sich gar in die bloße Innerlichkeit verkriechen... Ist Religion eine Zentralmacht, dann ist sie eine formprägende Macht auch für Politik und Wirtschaft.«

Damit ist die Weltzugewandtheit der Religion festgestellt. Zugleich stehen Weltflucht wie Eigengesetzlichkeit als Abfall und Unglaube fest. Das heißt: »Die Welt der Materie« ist nicht weniger wichtig als »die Welt des Geistes und der Ideen«. Religion wird gerade darauf aus sein, die Welt zu durchdringen, sie ist damit eben nicht ein Bereich neben anderen Bereichen, sondern »das Gewissen der Wirtschaft und der Politik... auch und gerade hinsichtlich der Grundformen des politischen und wirtschaftlichen Lebens«. Weder der einzelne noch die Kirche können sich darum »der Frage gegenüber gleichgültig verhalten, welche Form dem Wirtschaftsleben zugrunde liegt«. Für Grimme steht dabei »außer Zweifel, daß keine Wirtschaftsform in Einklang mit dem Geist und der Gesinnung und der Haltung der Bergpredigt zu bringen ist, die wie die kapitalistische in ihre Grundform das Prinzip des Egoismus, des Denkens an den eigenen Profit... als Antriebskraft hineingebaut hat«.

»Religion« und »christlicher Glaube« kann Grimme unbekümmert synonym gebrauchen. Christus ist für ihn nicht Glaubensgegenstand, sondern Urbild religiöser Praxis und »Inbegriff religiösen Menschentums«<sup>25</sup>. Ein »System, das in seinem tragenden Grundsatz der religiösen Haltung widerstrebt... und die Menschen ständig in Versuchung führt« zu stützen, wird zur Schuld vor Gott. Religion kann sich nicht der normativen Kraft des

Faktischen beugen, sondern wird »mit Engeln statt mit Menschen rechnen«. Nicht, wer mit Engeln rechnet, ist ein Phantast, sagt er an anderer Stelle, sondern wer die Wirtschaftsform »erhalten will und doch die Erziehung zur Selbstlosigkeit für möglich hält«<sup>26</sup>. So kommt Grimme zu der These: »Der religiöse Mensch ist Sozialist, ohne daß deshalb bereits jeder sozialdemokratische Genosse ein religiöser Mensch wäre.«<sup>27</sup> Später wird er das so formulieren: »Ein Sozialist kann Christ sein. Ein Christ muß Sozialist sein.«<sup>28</sup> Darum der Kampf für die »religiöse Schule«: Sie »lehrt den Kampf aufnehmen gegen 'diese' Welt für die Welt, wie sie sein soll«<sup>29</sup>.

Sehr bald wird man auf Grimme höheren Orts aufmerksam. 1923 wird er ins Provinzialschulkollegium von Hannover berufen. Nun beginnt er, seine pädagogischen Ideen ins Schulwesen umzusetzen. 1925 wird er Oberschulrat in Magdeburg, soll ein Jahr später sogar Stadtschulrat von Groß-Berlin werden, lehnt aber ab und geht 1928 als Ministerialrat ins preußische Kultusministerium. 1929 Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums Berlin – Mark Brandenburg. Grimme ist da noch keine 40 Jahre alt. Das Jahr 1930 bedeutet für ihn den Schritt aus dem engeren Bereich des Schulwesens in den weiteren der Kulturpolitik: Er wird Preußischer Staatsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

**»Auch wegen eines deutschen Kanzlers läßt sich Gott nicht spotten«**

Heinrich Albertz erzählt, seine deutschnationale Mutter habe die Nachricht von dem neuen Minister mit dem Ausruf quittiert: »Der Herr hat uns geschlagen mit seinem Grimme.«<sup>30</sup> Daß er ins Kabinett eintrat, kam für ihn selbst wie auch für den Landtag völlig überraschend. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte seit den vorangegangenen Wahlen für die SPD ein zusätzliches Ministerium gefordert und ihren Vorsitzenden Heilmann als neuen Wissenschaftsminister durchzusetzen im Sinne. Weil sich Ministerpräsident Otto Braun (SPD) von dem der DDP nahestehenden Amtsinhaber Carl Heinrich Becker, einem hochangesehenen Orientalisten, nicht trennen mochte, brachte die Frak-

tion Becker am 28. Januar eine Niederlage bei. Am Morgen des 30. Januar reichte er beim Ministerpräsidenten seinen Rücktritt ein. Dieser, nicht gewillt, sich seine Kabinettskollegen von den Fraktionen vorschreiben zu lassen, bestellte für den Nachmittag den völlig ahnungslosen Grimme ins Amt und ernannte ihn ohne vorherige Rücksprache mit den Koalitionsfraktionen.<sup>31</sup> Grimme ist Parteimitglied, aber kein Politiker, er ist Fachmann, aber kein Parlamentarier. In seiner Antrittsrede im Landtag, erinnert sich Fritz Sänger, der spätere Chefredakteur von dpa, erklärt Grimme bei jeder Taktik kurz und bündig, er stehe hier als Exponent einer bestimmten politischen Partei, so bestimme sich sein Programm von selbst.<sup>32</sup> Nicht einmal die eigenen Genossen geben ihm daraufhin eine lange politische Überlebenschance. Im Anschluß an diesen Auftritt entsteht jenes Bonmot, an das sich Heinrich Albertz erinnert. Gegen alle Erwartung aber erwirbt sich Grimme Respekt und Vertrauen selbst beim Zentrum.

An zwei Ereignissen, denen eine besondere Aufmerksamkeit der Kirchengeschichtsschreibung unseres Jahrhunderts gilt, ist Grimme maßgeblich beteiligt: Das eine ist das Zustandekommen des Staats-Kirchen-Vertrags, das andere der »Fall Dehn«. Grimme war es, der Dehn vorgeschlagen und gegen eine fanatisierte Deutsche Studentenschaft durchgesetzt hat. Ursprünglich wollte er den Lehrstuhl mit einem Religiösen Sozialisten besetzen und schlug Emil Fuchs und Paul Piechowski vor, stieß dabei aber auf Ablehnung bei der Hallenser Theologischen Fakultät. Dehn, ein alter Bekannter Grimmes, wurde vom Lehrkörper akzeptiert, nicht aber von den organisierten bürgerlich-nationalen Studenten, denen alles Sozialistische und Pazifistische ein Greuel war und die in dieser Berufung einen willkommenen Anlaß zum Rabatz gegen den ihnen besonders verhaßten roten Minister sahen. »Manchmal«, schreibt Dehn in seinen Erinnerungen, habe es den Anschein gehabt, »als schlüge man mich, meine damit aber Grimme.«<sup>33</sup> Und das deutsch-nationale Bonmot, an das sich Heinrich Albertz erinnert, lautet 1931: »Gott hat Dehn in seinem 'Grimme' zum Professor gemacht.«<sup>34</sup> Wie auffällig variantenreich wird hier doch Grimme als Auerung Gottes verbalisiert!

Auch am Zustandekommen des Staats-Kirchen-Vertrags für Preußen, den beide Seiten bei gegenseitiger Schuldzuweisung seit 1926 vor sich herschoben, ist der als Religiöser Sozialist bekannte Minister so maßgeblich beteiligt, daß der Kirchenrechtler Johannes Heckel sich 1932 in den »Theologischen Blatern«, immerhin einer Zeitschrift studentischer Verbindungen, gehalten sieht, »dem Minister... vor der Geschichte das Zeugnis« zu geben, »daß er kein Opfer an Zeit und Kraft sparte, um das Vertragswerk zu möglichst raschem und befriedigendem Ende zu bringen, und daß er den Vertragsgedanken furchtlos vertrat, selbst wo politische Freunde und Widersacher sich die Hand reichten«<sup>35</sup>. Diese Bewertung konterkariert die anfängliche Stimmung in der brandenburgischen Synode, der die Spitze abgebrochen zu haben sich nach dem Kriege Otto Dibelius Grimme gegenüber als Verdienst zuschrieb.<sup>36</sup>

Als Heckels Aufsatz erscheint, sind Grimmes Tage im Amt gezählt: Die Reichsregierung von Papen setzt am 20. Juli 1932 mit Maschinengewehrkommandos die preußische Regierung staatsstreichartig ab. Grimme ist nun an der Ausübung seines Amtes gehindert. Er übernimmt den Vorsitz im Sozialistischen Kulturbund und reist durch die Lande, um auf Massenkundgebungen der SPD und des Reichsbanners die Republik gegen Rechts zu verteidigen. Neben Hitler (»Ein Fall für den Psychiater«<sup>37</sup>; eine »deutsche Kulturschande«<sup>38</sup>; der »Totengräber der Nation«<sup>39</sup>) ist vor allem Franz von Papen, dieser »kleine Zaunkönig«, der »sich auf dem Rücken des Adlers Hindenburg in die Lüfte schwingt«, das Ziel seiner Angriffe. In Papen sieht Grimme schon 1932 den »Steigbügelhalter Hitlers für dessen Ritt in den Krieg.«<sup>40</sup> Hitler und Papen empören ihn gerade als Christen. Hitler wegen seiner Fanatisierung der Jugend, wegen der von ihm propagierten Erziehung zum Haß, vor allem aber wegen seiner Rassentheorien.<sup>41</sup> In Kassel droht einer seiner Wahlreden der Abbruch durch den überwachenden Polizeioffizier, als Grimme »das Gerede des Herrn von Papen von seiner 'göttlichen Sendung'« auf's Korn nimmt (»Irren Sie sich nicht, Herr Kanzler, auch wegen eines deutschen Kanzlers läßt sich Gott nicht spotten!«) und die Kirche zum Widerspruch gegen solchen Mißbrauch des Namens Gottes auffordert.<sup>42</sup>

Als das Dritte Reich dann kommt, nimmt man Grimme sogleich den Paß und die Bezüge. Der Verlag de Gruyter hilft ihm mit Schwarzarbeit: Er liest gegen Honorar die Korrektur der Druckfahnen. Als er 1935 schließlich doch eine geringe Pension erhält, gibt de Gruyter übrigens dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Loebe (SPD) diesen »Posten«. Zunächst aber ist Grimmes wirtschaftliche Lage so erbärmlich, daß er in einem Brief an Edmund Husserl bekennt: »Jetzt erfahre ich... ein wenig doch aus eigenem Erleben, was es eigentlich heißt, Proletarier zu sein.«<sup>43</sup> Mit Schreib- und Redeverbot belegt, arbeitet er an verschiedenen Manuskripten, darunter einem Kommentar zum Johannesevangelium, auf deren Erscheinen nach einer Wende der Zeiten erhofft. Im Freundeskreis, zu dem Arvid Harnack<sup>44</sup> und der Schriftsteller Adam Kuckhoff gehören, ist man sich einig, daß Krieg kommt. Als er da ist, überlegen sie, »wie ein neues Deutschland nach dem Untergang des Hitler-Reiches zu bilden sei«<sup>45</sup>. Bei einer Razzia am 11. Oktober 1942 findet man in seinem Haus ein Flugblatt der Harnack-Schulz-Boysen-Gruppe. Wegen Nichtanzeige eines Falles von politischem Hochverrat kommt er zunächst in der Prinz-Albrecht-Straße in U-Haft und wird dann im Februar 1943 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Spandau, Luckau und Fuhlsbüttel absitzt. Mit ihm zusammen wird der Schriftsteller Günter Weisenborn verurteilt, der einige Zeit sein Zellenkumpan ist. Während viele der von der Gestapo als »Rote Kapelle« bezeichneten Widerstandsgruppe zum Tode verurteilt werden, erreicht Grimme mit einer glänzenden Verteidigungsrede<sup>46</sup> eine Zeitstrafe. Nun muß er Tüten kleben, später Achselklappen annähen. »Wir klebten tausend Tüten am Tag. Grimme war kein hervorragender Tutenkleber, aber ein starker Diskutierer... wenn die Rede auf das Johannes-Evangelium kam... Er war religiöser Sozialist«<sup>47</sup>, erinnert sich Weisenborn. Er war aber ein noch schlechterer Achselklappen-Annaher, so daß gewandtere Zellengenossen ein ubersoll produzieren mußten, damit auch er einmal in den Genuß einer vollen Ration Wassersuppe kam.<sup>48</sup>

Im Mai 1945 sorgte ein Freundeskreis, unter ihnen Heinrich Landahl, als Hamburgs Kultursenator später Grimmes Kollege, für seine Befreiung.<sup>49</sup>

»...daß auch diese Welt einmal ein Teil des Reiches Gottes werde«

Kaum aus der Haft, wird er von der Militärregierung mit der Leitung des gesamten Schulwesens in der Britischen Zone betraut. Den Siegermächten gilt Grimme als integer. Er drängt sich nicht in diese Aufgabe, stellt sich aber wieder mal, wie er an Frank Thies schreibt, der »Forderung des Tages«<sup>50</sup> Sogleich entfaltet er schwingvolle politische, pagogische und kulturelle Aktivitäten. 1946 wird er Kultusminister der Provinz Hannover, 1947 im neugebildeten Niedersachsen. Bis 1948, seinem Abschied aus dem Ministerium, gehört er dem SPD-Parteivorstand an. Für den Parteitag 1946 ist er mit der Ausarbeitung des Kulturprogramms der SPD beauftragt. Im Kabinett, erinnert sich der damalige niedersächsische Landesminister Heinrich Albertz an seinen Kollegen, gibt er das Bild eines »nicht sehr viel redender und gelegentlich auch unverhohlen sein Desinteresse zeigenden Mannes« ab. Aber »wenn er im Landtag redete, war das Haus bis auf den letzten Platz besetzt, und all die wohlbekanntenen Ungezogenheiten im üblichen Sitzungsbetrieb unterblieb«<sup>51</sup>. Grimme gründet »Unsere Schule«, eine schulpolitische – so der Untertitel – »Monatsschrift für geistige Ordnung«, die sich gleichermaßen an Volks-, Mittelschul- und Gymnasiallehrer wendet mit dem erklärten Ziel, nach dem Kriege die alten Standeunterschiede gar nicht erst wiedererstanden zu lassen. Er begründet die Selbsthilfe der Lehrerschaft, in deren Rahmen Lehrer in der Britischen Zone Kollegen, die aus dem Osten kamen, helfen. 1947 setzt er in einem deutlichen Auftritt bei der Bi-Zonen-Verwaltung durch, daß auch die Lehrer an der Schulspeisung teilhaben. Er bringt die entscheidenden Gesetzesentwürfe ein für die Umwandlung der Lehrer-Bildungs-Anstalten in Pagogische Hochschulen, für die Übernahme aller Lehrer in den Staatsdienst in der Verfügungsgewalt des Kultusministers. Die heute nicht mehr wegzudenkende Kultusminister-Konferenz entsteht auf seine Initiative hin. Die von ihm schon damals geforderte Schulgeld- und Lernmittelfreiheit wird immerhin 1955 Gesetz. Grimme revitalisiert die Studienstiftung des deutschen Volkes. Dabei geht es ihm nicht um karitative Hilfe so

sehr, als um planvolle Förderung der Begabten, mit deren Hilfe die sich formierende Gesellschaft so entwickeln soll, daß sich Oben und Unten nicht mehr nach Stand, Besitz oder Beziehungen reguliert, sondern nach geistiger Leistung.

1946 sind Grimme und Senator Landahl die ersten deutschen Zivilisten, die von der britischen Regierung nach England eingeladen werden.<sup>52</sup> Auch in Deutschland ist Grimme weit über Niedersachsen hinaus angesehen. Er ist 1946 im Vorstand der Shakespeare-Gesellschaft und Vorsitzender der Barlach-Gesellschaft. Als Nachfolgeorganisation der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gründet er die Leibniz-Stiftung, aus der 1949 die Deutsche Forschungsgemeinschaft entsteht. Die Max-Planck-Gesellschaft verdankt sich maßgeblich seinen Bemühungen. Schließlich wird er ab 1. Januar 1948 Verwaltungsratsvorsitzender des NWDR, des deutschen Rundfunks für die Britische Zone. Damit sind die Weichen gestellt für seinen letzten beruflichen Lebensabschnitt. Als der Rundfunk noch im selben Jahr in deutsche Hände übergeben wird, wählt man auf Vorschlag des Londoner BBC-Direktors H.C. Greene Grimme zum Generaldirektor. Er entscheidet sich für die Annahme und den Abschied aus der aktiven Politik. Ende des Jahres tritt er das neue Amt an.

Gerade die, die mit seinen Positionen inhaltlich und mit seiner Art Politik zu machen übereinstimmen, beklagen diesen Abschied, zum Teil mit bitteren Worten. Außer daß er sich wieder einmal der »Forderung des Tages« stellt, sind es wohl eine Reihe von Faktoren und Überlegungen, die ihm den Wechsel erleichtern. Grimme ist nun Ende 50. Es herrscht eine Diktatur der leeren Kassen, die besonders der materiell nicht produktive Kulturbereich zu spüren bekommt, weil alle Kräfte auf den Aufbau der einer funktionierenden Grundversorgung gerichtet werden. Es macht ihn nachdenklich, daß er sich 1947 nicht nur mit denselben Problemen wie 1931 herumschlagen muß (Politisierung der Hochschülerenschaft, Konfessionsschulen, Kirchliche Aufsicht des Religionsunterrichts), sondern daß schon wieder die alte Front der bürgerlichen Parteien gegen sozialdemokratische Politik funktioniert, »als läge keine Welt-Katastrophe zwischen einst und jetzt«<sup>53</sup>.

Es empört Grimme, daß die unrühmlichen Gestalten von vor 1945 schon wieder in Amt und Würden sitzen wie jener Kriegsrichter, der ihn ins Zuchthaus gebracht hatte, oder sein ehemaliger Staatssekretär Alois Lammer, der »alle meine Erlasse sofort aufhob, die den Schülern die Zugehörigkeit zur NSDAP verboten und die Hergabe von Schulräumen usw. usw., auf Grund welcher Aufhebung nun heute 10.000e von jungen Menschen unter das Entnazifizierungsgesetz fallen«<sup>54</sup>, der als Kultusminister der Nordrheinprovinz sein Kollege ist. Nicht zuletzt kapituliert er vor dem Föderalismus der deutschen Kulturpolitik (»als wenn unsere 'Politiker' von dem Begriff des Föderalismus so hypnotisiert wären, daß sie seine Notwendigkeit gar nicht mehr ernsthaft in die Diskussion ziehen«<sup>55</sup>). Grimme denkt in größeren, auch die Nationalstaaten übergreifenden Dimensionen. Gegen Provinzialismus und Kirchturmdenken hat er eine tiefe Abneigung. Das zeigen viele Briefe jener Jahre. Das zeigt schließlich sein Rücktritt als Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks, als dieser am Alleingang der nordrhein-westfälischen Regierung Arnold zerbricht. 1948 aber ist der Rundfunk das Medium der die Provinzen übergreifenden gesamten britischen Zone. Über den Rundfunk erhofft er sich ohne Verwaltungsakte und Dienstwege wieder eine, und zwar vermittels des Mediums multiplizierte, Begegnung mit den Menschen, die er doch formen will. Seine Rundfunkreden werden aufmerksam gehört und müssen gedruckt werden. 1950 kopiert er die ARD. Den Zerfall des NWDR in Länderrundfunkanstalten kann er nicht verhindern.

Ab 1950 beginnt eine zunächst von SRP-Leuten initiierte Hetzkampagne gegen ihn wegen seiner Zugehörigkeit zu der von den Nazis »Rote Kapelle« genannten Widerstandsgruppe um Arvid Harnack (»von Moskau gesteuert«). Selbst der »Stern« bietet jenem Altnazi, der Grimme hinter Gitter gebracht hatte, ein publizistisches Forum. Jahrelang wird die Geschichte immer wieder aufgewärmt, um Grimme, dem man eine rote Personalpolitik vorwirft, zu desavouieren und die Gründung von eigenen Rundfunkanstalten in »schwarzen« Bundesländern (»Jedem Länderchen sein Senderchen«<sup>56</sup>) zu rechtfertigen. Die Gründung des WDR ist damals so ein Schritt. Zum Jahresende 1955 geht er erzürnt in den Ruhestand.

Weitab von NDR und WDR zieht er sich in sein »Adolfinum« ins oberbayerische Inntal bei Rosenheim zurück. Er hat nun Zeit für seine zahlreichen Ehrenämter. Er ist engagiert im Deutschen Rat für Europäische Bewegung und im deutschen UNESCO-Komitee. Beim Empfang der Goethe-Plakette durch die Stadt Frankfurt am 28. August 1949 hatte er die »Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung« proklamiert, der er bis zum Lebensende angehören wird. Heute verleiht sie den wohl angesehensten deutschen Literaturpreis. 1959 wird er Mitglied des PEN. 1963 ereilt ihn der Tod.

Über all diesen Aktivitäten ist der Religiöse Sozialist Adolf Grimme nach 1945 nicht mehr so prononciert hervorgetreten. Zwar will er im Ruhestand nun endlich, endlich die Arbeit an seinem Johannes-Buch wieder aufnehmen, aber er kommt über eine neue Einleitung nicht hinaus. Von mehr Bedeutung sind seine Rede über »Staat und Kirche« 1947 bei der Amtseinführung von Bischof Lilje und ein Auftritt auf der kulturpolitischen Tagung der EKD am 9./10. Januar 1946 in Detmold. »Staat und Kirche« beweist, daß Grimme nach dem Krieg seine Überzeugungen von 1923 wichtig geblieben und um so dringlicher erschienen sind. Den Auftrag des Staates (»dem Volke dienen«) definiert er als Aufgabe »zu helfen, daß auch diese Welt einmal ein Teil des Reiches Gottes werde«. Wenn jedoch »die res publica vergift, wozu sie da ist, und wenn die Wirtschaft sich vermißt, als wäre sie um ihrer selbst willen da, und wenn die Politik so tut, als gäbe es kein höheres Interesse als die Eroberung der Macht ..., dann muß die Kirche sich darauf besinnen, daß sie dem Wesen nach das unbestechliche Gewissen des Staates und der Wirtschaft ist«. Er sieht voraus: »Wenn dieser Conscientia-Geist nicht in der Kirche der Gegenwart lebendig wird, dann werden die, die unter den Ungerechtigkeiten der überkommenen Wirtschaftsordnung seufzen, ihr auch in Zukunft wachsend fremd ... Verpaßt die Kirche diese Stunde ..., die ökonomischen Verhältnisse von Grund auf neu zu ordnen« – das bedeutet für Grimme »ein mehr als materielles, ... ein ernst religiöses Anliegen«, – »dann wird die Weltkrankheit des Nihilismus sie unaufhaltsam mit in die allgemeine Krise reißen.«<sup>57</sup>

Indessen hat er erfahren, daß die Kirche nach

dem Kriege seinen Gedanken gegenüber keineswegs aufgeschlossen war. Für die Tagung in Detmold hatte er angeregt, daß im Anschluß an sie ein Gespräch über »Möglichkeiten einer christlichen Begründung des Sozialismus« stattfinden möchte. Grimme selbst und Hans Joachim Iwand traten als Wortführer auf. Das Streitgespräch wurde schließlich nicht angehängt, sondern vorgezogen und erregte die Gemüter so, daß die Diskussionen den ganzen 10. Januar in Anspruch nahmen. Als Grimme das von Oskar Hammelsbeck darüber angefertigte Protokoll in die Hände kam, mußte er feststellen, daß ein neuer Kirchenkampf erklärt und er der nun zu Bekämpfende war<sup>58</sup>: »Der ... Kampf geht darum, die überall ängstlich gewahrte Freiheit im kirchlich Unverbindlichen zugunsten der echten Freiheit eines Christenmenschen zu überwinden. Unsere Mission erfolgt eigentlich von daher, daß wir erfahren haben, jede Gemeinde unter dem Wort ist, auf diese Männer zu, die, weil sie diese Erfahrung nicht haben, an einer unverbindlichen Christlichkeit ohne Gemeinde festhalten wollen.« Grimme, dem diese Sätze galten, vermißt hier jeden guten Willen, ihn zu verstehen.<sup>59</sup> Der dialektischen Theologie, die nach dem Kriege die Theologie der Kirchenleitenden ist, ist ein religiöser Sozialismus, was Grimme ihn vertritt, fremd. Dem Religiösen Sozialisten Grimme ist die verkirchlichte dialektische Theologie fremder als die vor 1945 sich gerierende liberale. Heute, mehr als 40 Jahre später, wissen wir, daß die Kirche sich, wie Grimme 1946/47 ahnte, zu einer Neuordnung der ökonomischen Verhältnisse nicht berufen sah. Das kirchliche Glaubensbewußtsein im bundesrepublikanischen Nachkriegsdeutschland hat sich mit einer Reich-Gottes-Hoffnung für die materielle Welt so wenig verbunden wie in den liberalen theologischen Zeiten vor 1933, sondern mit einem individualisierten, weltflüchtigen Heilsglauben, für den ökonomische Verhältnisse letztendlich profane Angelegenheiten sind. Daß durch Verinnerlichung des Glaubens die Verweltlichung von Politik und Wirtschaft erst geschaffen wurde und die Kirche in die von Grimme vorausgesehene Krise geraten ist, wird auch der nicht bestreiten können, der seine Positionen nicht teilt. Daß demgegenüber Kirche und Glaube, wo sie aus dem Ghetto weltflüchtiger Verinner-

lichung und einseitiger Individualisierung des Heils heraustreten und, mit Engeln rechnend, Verantwortung als Gewissen des Staates und der Wirtschaft wahrnehmen, Berge versetzen, zeigt in noch gar nicht abzuschätzender Tragweite die Kirche in der DDR in unseren Tagen.

### Reich-Gottes-Glaube als Heiligung von Politik und Ökonomie

Hammelsbecks Analyse, daß Denker wie Grimme in ihren Positionen dem Idealismus mehr verbunden sind, als ihnen bewußt ist, ist sicher richtig. Richtig ist auch, daß die hier propagierte Dogmenfreiheit ihre eigene »Gebundenheit« nicht durchschaut. Gewiß wird man nicht so wenig zwischen »Religion« und »christlicher Glaube« differenzieren dürfen. Gegen die sich bei Grimme herauschälende Christologie lassen sich so gut theologische Gründe anführen wie gegen die Unmittelbarkeit, mit der er an Lehrern und Zeugen vorbei das Wesen der Religion, das Wesen des Christentums usw. bestimmen kann. Ohne Zweifel ist er hier Erbe der Theologie von vor 1914, ohne daß ihn die Stürme und Kämpfe um diese Theologie später spürbar erreicht haben. Bis in das Fragment gebliebene Johannes-Manuskript »Sinn und Widersinn des Christentums« bleiben ihm Paulus und paulinische Theologie fremd. Der Weg vom 18jährigen Naturmystiker zum Mitgründer des Bundes für Religiösen Sozialismus führt weit an der Dialektischen Theologie vorbei. Weder zur kryptomonarchistischen Kirche der Weimarer Republik noch zur Kirche nach dem Kriege, die genau weiß, was theologisch vor 1945 alles falsch war, aber weder für die eigenen Strukturen noch für ihre Bewertung der ökonomischen Verhältnisse Anlaß zu grundsätzlichen Veränderungen sieht, hat Grimme einen wirklichen Zugang gefunden. Sein Religiöser Sozialismus ist damit freilich nicht erledigt. Zunächst ist er ja nicht nur Anwalt eines undogmatischen, wengleich nicht dogmenfreien Christentums, sondern auch eines undogmatischen Sozialismus. Das macht ihn in unseren Tagen durchaus interessant. Schöpfung und Offenbarung zeigen, wie wichtig Gott die materielle Welt, deren Teil wir sind, nimmt. Grimme lehrt uns und mahnt die Kir-

che, die materielle Welt nicht weniger wichtig zu nehmen, schon gar nicht sie der Verweltlichung preiszugeben, d.h. sie aus dem Anspruch Gottes auf sie zu entlassen. Profanisierung ist eben nicht die Hinwendung des Glaubens zu den Bereichen von Politik und Wirtschaft, sondern die Abwendung des Glaubens von ihnen. Das sieht Grimme entscheidend richtig, sofern der Satz gilt, daß Gott die alles bestimmende Wirklichkeit ist bzw. – mit Barmen zu reden – kein Bereich ist, der dem Anspruch Jesu Christi auf ihn entzogen zu sein geltend machen kann. Auch die eschatologische Struktur des Glaubens ist bei Grimme mit Recht erinnert. Der Siegeszug des Existenzialismus im abendländischen Denken unseres Jahrhunderts hat die Reich-Gottes-Hoffnungen, die einst die heilsgeschichtlichen Denker entfaltet haben, sehr zu Unrecht verblasen lassen. Was aber heißt das für die Kirche, wenn das wesenhafte Sein der Welt im Werden liegt? Welches Zeugnis schuldet sie im Glauben an die Hinwendung Gottes zur Welt einer Gesellschaft, die sich auf die Bewahrung der politischen und ökonomischen Strukturen eingerichtet hat? Ist Kirche, theologisch gesehen, nicht doch ihrem Wesen nach »das unbestechliche Gewissen des Staates und der Wirtschaft« in einer Welt, die, mit Menschen statt mit Engeln rechnend, dem kommenden Reich nicht mehr so recht zuwartet?

So bleibt das religiös-sozialistische Konzept des nun hundertjährigen Adolf Grimme eine unerledigte, gleichwohl diskussionswürdige Anfrage.

#### Anmerkungen

- 1) Der 14 laufende Meter umfassende handschriftliche Nachlaß befindet sich in der Bibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz
- 2) hg. Dieter Sauberzweig. Heidelberg 1967. Im folgenden: Br
- 3) Wirkendes, sorgendes Dasein. Hg. Walther G. Oschilewski. Berlin-Grundewald 1959. Im folgenden: Osch
- 4) Osch S. 156-178. Allerdings sind dabei Zeitungsberichte über Grimmes politische Auftritte mitgerechnet.
- 5) Br 78 v. 4.09.1946 an H. W. Freytag
- 6) Religion Kirche und Sozialismus. In: Zeitschrift für Religion und Sozialismus (Mannheim) 5 (1933), S. 15
- 7) Harry Abt, Osch S. 8
- 8) Wilhelm Bock, Osch S. 21
- 9) Walter Spiegel, Osch S. 109
- 10) Br 222 v. 14.12.1961 an L. Luckemeyer
- 11) Br 7 v. 25.05.1919 an Th. Brodthage
- 12) vgl. seine heute immer noch lesenswerte Autobiographie »Meine Lebensgeschichte«, Tübingen 1929, beson-

- ders S. 504
- 13) Br 211 v. 23.08.1959 an P. Zylmann
- 14) vgl. Br 10 v. 29.11.1922 an den örtlichen Parteivorstand W. Hess
- 15) Br 196 v. 11.05.1958 an O. Hegenscheidt
- 16) ebd.
- 17) im Druck unter gleichem Titel erschienen Berlin 1923
- 18) ebd. S. 8
- 19) ebd.
- 20) ebd. S. 10
- 21) Der religiöse Mensch, Berlin 1923, S. 17
- 22) ebd. S. 18
- 23) (siehe 6) S. 14-20
- 24) ebd. S. 16
- 25) Br 60 v. 12.05.1946 an Oskar Hammelsbeck
- 26) (siehe 21) S. 31
- 27) ebd. S. 44f
- 28) z.B. Br 211 (siehe 13)
- 29) (siehe 21) S. 45
- 30) Osch S. 10
- 31) Dieser Darstellung Grimmes hat sich auch H. Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt/Berlin/Wien 1977, S. 560, angeschlossen.
- 32) Osch S. 101
- 33) Die alte Zeit – die vorigen Jahre, München 1962, S. 269. Auch Emil Fuchs war mir Grimme befreundet, vgl. E. F., Mein Leben, Bd. 2, Leipzig 1959, S. 212
- 34) G. Dehn ebd. S. 270
- 35) Der Vertrag des Freistaates Preußen mit den evangelischen Landeskirchen vom 11. Mai 1931. In: ThBl 11 (1932), Heft 7, Sp. 197
- 36) vgl. Br 196 (siehe 15)
- 37) Rede im Preußenwahlkampf in Hannover am 11. April 1932
- 38) Rede in Halle a/S am 14. April 1932
- 39) Rede in Dresden am 19. April 1932
- 40) Reichstagswahlkampf Herbst 1932 im Ruhrgebiet.

Erhard Griese

### Rudi Dutschke (gest. am 24. Dez. 1979)

»Der Tod läßt sich Zeit. Elf Jahre lang hat er gewartet.«

So sang Wolf Biermann auf der Trauerfeier für Rudi Dutschke vor zehn Jahren. Am Gründonnerstag 1968, auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, war Rudi Dutschke von einem Attentäter niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt worden (dem »armen Bachmann«, wie Helmut Gollwitzer ihn nennt, weil er ihn als verhetzten kleinen Mann einschätzte, der selber auch Opfer der Hetzkampagnen der damaligen Herren der öffentlichen Meinung gewesen war). Und am Heiligabend 1979 geschah das Unglück, das Rudis Tod verursachte und das nicht geschehen wäre ohne den Mordanschlag vom Gründonnerstag 68. Zehn Jahre ist das nun her. Vor einem Jahr gab

Weiter analysiert er in diesen Reden: »Hugenberg hat den Nationalsozialisten den Rausch verschafft, in dem sie leben, und Hugenberg erntet jetzt den Sturm, den er als Wind gesät hat ... Papen, der Herrenreiter, zog mit den Nazirossen in die Reichskanzlei ... Hitler hat den Haß mobilisiert, Hugenberg hat das Kapital mobilisiert.« Vgl. »Kasseler Volksblatt« v. 29.10.1932, 1. Beilage, S. 1 unter der Überschrift »Kampf dem Papenkurs. Kultusminister Genosse Grimme rechnet unter stürmischer Zustimmung mit der Papenregierung ab.« 41) vgl. den Bericht über die Wahrede in Halle a/S im »Volkswillen« v. 13.04.1932- 42) Kasseler Volksblatt (siehe 40)
- 43) Br 41 v. 26.11.1932
- 44) Neffe Adolf v. Hamacks; damals Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium
- 45) Br 121 v. 8.10.1951 an A. v. Willich
- 46) Br S. 57-59
- 47) G. Weisenborn ebd. S. 57
- 48) vgl. Br 71 v. 22.07.1946 an seine ehemaligen Mitheftling Giuseppe Nicoloso
- 49) vgl. Osch S. 68
- 50) Br 53 v. 22.11.1945
- 51) Osch S. 11
- 52) auf Initiative der britischen Erziehungsministerin Wilkinson eingeladen von German Educational Reconstruction Committee
- 53) Br 85 v. 13.03.1947 an E. Hamburger
- 54) Br 83 v. 28.10.1946 an W. Gaede
- 55) Br 99 v. 29.10.1956 an H. Becker
- 57) abgedruckt in: A.G., Rettet den Menschen, Braunschweig 1949, S. 161-164
- 58) ungedruckt; als »Bericht an den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Kulturpolitische Tagung am 9. und 10. Januar 1946 in Detmold« im Archiv der EKV
- 59) vgl. Br 59 v. 23.03.1946 an H. J. Iwand

gung sie zwar mitgerissen hat, aber doch auch dergestalt überforderte, daß ihnen nur noch die Kehre nach rückwärts übrigblieb.

Der kaum wiedergenesene Rudi Dutschke hat noch ein Jahrzehnt lang weiter gedacht und gearbeitet, wenn auch jetzt weniger spektakulär und öffentlich als vor dem Attentat. Er hat sich wissenschaftlich qualifiziert, und es ist mitvollziehbar, daß sein Vater und seine Brüder den »Dr.phil.« auf den Findling an seinem Grab in Berlin-Dahlem auf dem St. Annen-Friedhof eingravieren ließen. Er hat in England gearbeitet – wo er 1971 ausgewiesen wurde! – und dann in Aarhus in Dänemark, nachdem sich offensichtlich in der BRD kein ähnlicher Lehrauftrag für ihn fand. Aber er hatte sich nicht etwa zurückgezogen; im Gegenteil, er spürte neue Kräfte und neue Herausforderungen, engagierte sich im Sozialistischen Büro, bei einem Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der FU Berlin und schließlich bei den »Grünen« in Bremen, – als ihn die späten Folgen des Attentates tödlich trafen.

Daß die Springer-Presse ihn objektiv völlig verkannte und ein Bild von ihm der Öffentlichkeit anbot, das gegen jede publizistische Sorgfalt und das Gebot der Achtung vor der Menschenwürde verstieß, ist heute allgemein bekannt. Und doch macht man es sich mit Rudi Dutschke zu leicht, wenn man ihn nur als die Gallionsfigur einer vergangenen Epoche sieht. Ich empfehle dagegen eine schlichte Broschüre, die schon Ende 1987 erschienen ist:

Peter Bernhardt (Hg.): Rudi Dutschke. 80 S., erhältlich gegen Überweisung von DM 6,80 je Exemplar auf das Postgiro-Konto 5152 26-605 (Karin Puck) Postgiro-Amt Frankfurt.

Mitgearbeitet haben an der Broschüre u.a. Helmut Gollwitzer, Peter Brandt, Karsten Voigt und Gretchen Dutschke-Klotz. Hinter dem Herausgeber steht der Arbeitskreis KARL LIEBKNECHT in Frankfurt 50, Eschersheimer Landstr. 455.

Auch nach Ulrich Chaussy's Versuch einer Biografie Rudi Dutschkes (»Die drei Leben des Rudi Dutschke«, Neuwied 1983, später als Fischer-Tb.) bleibt eine umfassende

Würdigung Rudi Dutschkes – und der Menschen um ihn herum – Zukunftsaufgabe. Die Beiträge dieser Broschüre vermögen naturgemäß auch nur punktuell etwas zu einem Gesamtbild beizutragen. Aber sie lesen sich interessant und sind mit Anteilnahme geschrieben. Gelegentlich mag ein wenig zuviel Sentimentalität mitschwingen, aber auch das ist menschlich; zuwenig wäre schlimmer.

Der »christliche Hintergrund« Rudi Dutschkes vom Elternhaus und von der Jungen Gemeinde in der DDR her wird angesprochen, mehr noch und bedeutsamer sein waches Ohr für authentisches »Bergpredigt-Christentum« später, – ohne ihn »zu beschlagnahmen«, wie Helmut Gollwitzer in seinem Interview sagt. Darum erweckt besonderes Interesse, was seine Frau Gretchen über Rudis Pläne zu einer Arbeit »Das Naturproblem als christliche, soziale und ökologische Frage« konzipiert hatte, als er bei den »Grünen« mitzuarbeiten begann: der erste Abschnitt sollte sich, ausgehend von 1. Mos. 1 und 2 mit der jüdisch-christlichen Interpretation des Verhältnisses von Mensch und Natur beschäftigen. Der zweite Abschnitt sollte Wilhelm Weitlings Schriften »Das Evangelium der armen Sünder« und »Garantien der Harmonie und Freiheit« aufgreifen. (Zu Wilhelm Weitling siehe den Beitrag von August Rathmann in CuS 3/88.) Im Blick auf die globalen Probleme der Umweltgefährdung hoffte Rudi Dutschke offensichtlich auf eine breite Koalition aller Betroffenen.

Ähnlich bewegend sind auch der Bericht von Peter Brandt über die ersten Begegnungen mit Rudi Dutschke beim »Marxistischen Grundkurs« 1965/66 und die Gedanken seines Freundes und Arztes Hans Halter zu »Rudi Dutschkes Grab«, in denen der verborgene Bezug zum christlichen Erbe noch einmal aufleuchtet. Aber auch die übrigen Beiträge sind lesenswert.

»Sich selbst zu verändern, glaubwürdig zu werden, Menschen zu überzeugen und den verschiedensten Formen von Ausbeutung und Terror entgegenzuwirken« – das hat Rudi Dutschke 1977 als die Aufgaben benannt, zu denen es keine Alternative gibt. Wer so redet, gelebt und gearbeitet hat, der hat es in Ewigkeit nicht vergebens getan.

## ZEITANSAGE

August Rathmann

### Ende des Sozialismus?

Was mich besonders überraschte, ist, daß die These vom Ende des Sozialismus von einem – nach eigener Aussage – »in der Wolle gefärbten Liberalen«, dem Sozialwissenschaftler Ralf Dahrendorf –, in die Welt gesetzt wurde (DIE ZEIT, Nr. 32/33, 1989).

Ich erinnere mich, daß sein Vater, Gustav Dahrendorf – mit Franz Osterroth engster Freund in der Führungsgruppe des Hofgeismar-Kreises der Weimarer Jungsozialisten –, der noch 1932 von den Hamburger Sozialdemokraten als jüngster Abgeordneter in den Reichstag gewählt wurde, mich gegen Ende der vierziger Jahre mit seinen beiden Söhnen bekannt machte. Sie waren als Abiturienten gerade damit beschäftigt, die physikalischen Gesetze einer kleinen Modellmaschine zu analysieren und wollten sich dabei nicht gerne stören lassen.

Eine gründliche Analyse der sozialistischen Idee und Bewegung wäre auch wohl notwendig gewesen, damit die provokative Behauptung vom Ende oder gar Zusammenbruch des Sozialismus überzeugend sein könnte. Daran aber läßt es Dahrendorf völlig fehlen. Es ist unfaßbar: der Sozialismus ist für Dahrendorf seit dem Entstehen der Dritten Welt die dort vorherrschende Ideologie, die sie in ihrer Ost-Orientierung von den größten sozialistischen Imperien, der UdSSR und China, bezog. Diese politische Illusion von Macht ohne Stärke konnte keinen Bestand haben. Am dramatischsten vollzieht sich der Zusammenbruch des Sozialismus in Moskau und Peking. (Daß dies die Zentren des Leninismus-Stalinismus sind, wird nicht gesagt.) In den Rückwirkungen auf die Erste Welt verändert sich auch hier der Sozialismus und verliert seine Bedeutung. Als Beweis wertet Dahrendorf, daß die Kommunistische Partei Italiens ausgerechnet ihm angeboten hat, auf ihrer Liste für das Europaparlament zu kandidieren. Gewiß ein Beispiel für den Verlust an Potenz im Kommunismus. Aber trifft das den westlichen demokratischen Sozialismus?

Mit keinem Wort geht Dahrendorf auf den Ursprung und geistigen Gehalt des originären Sozialismus ein, der seine Wurzeln in der auf die Aufklärung folgenden Philosophie, der Dichtung, im undogmatischen Christentum, der kritischen Folge der Lehren von Marx, Engels, Lassalle hat. Ein Erbe, die Idee und Forderung der Humanität, das ihn radikal vom Leninismus-Stalinismus unterscheidet, dem die Aufklärung versagt blieb und der den Anspruch auf persönliche Freiheit, auf ein menschenwürdiges, sinnerfülltes Leben nicht anerkennt.

Man wird annehmen können, daß Dahrendorf Marx einigermaßen gut kennt. Dann weiß er auch, was dieser 1844 als kategorischen Imperativ verkündete: »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« Und im Kommunistischen Manifest heißt es wenige Jahre später als Ziel der sozialistischen Bewegung: »eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Im Leninismus-Stalinismus, der sich vehement auf seinen allein richtigen Marxismus beruft, wird der junge Marx mit dieser ethischen Grundentscheidung gern verschwiegen, obwohl alle danach gewonnene Theorie von ihr durchdrungen ist, ohne sie nicht entstanden wäre. Erst recht wird nichts getan, ihr gerecht zu werden. Zu erklären ist dies nur damit, daß Lenin in seiner Theorie und Politik von ganz anderen Voraussetzungen ausgeht, als Marx sie gegeben sah, und deshalb auch zu anderen Folgerungen kommt. Marx geht von der industriellen Gesellschaft aus und sieht in der Dialektik ihrer Klassengegensätze die notwendige Bedingung für die Entwicklung zum Sozialismus. Er erkennt dies aber als einen geschichtlichen Prozeß, der sowohl eine gewisse Reife der Produktivkräfte wie auch des Proletariats als subjektiven Faktor dieser Evolution voraussetzt. Die Anwendung von

Gewalt, um diesen Prozeß zu beeinflussen, wird von Marx rigoros abgelehnt, und alle in diesem Sinne agierenden Elemente werden aus der Bewegung ausgeschlossen.

Ganz anders Lenin, der in einem Agrarland ohne industrielles Proletariat durch die gewaltsame Revolution den Sozialismus verwirklichen will. Selbst wenn ein humaner Sozialismus gewollt war, mußte es unter den gegebenen Umständen ein terroristischer, totalitärer Bolschewismus werden. Unter Stalin pervertierte er zum kriminellen Despotismus, der seinen menschenverachtenden Charakter vollends in China entfalten konnte.

Es ist ein Rätsel, wie Dahrendorf den grundsätzlichen Unterschied zwischen der westlichen und östlichen Auffassung von Sozialismus und Marxismus übersehen und schlechthin vom Zusammenbruch, ja vom Tode des Sozialismus sprechen kann. Spätestens seit den von Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleiteten und von den anderen Ostblockländern einschließlich der DDR übernomme-

nen Reformen ist es doch eine geschichtliche Tatsache, daß der Leninismus-Stalinismus in Theorie und Praxis verfällt und diese Länder sich dem westlichen demokratischen Sozialismus zuwenden. Und dazu gehört, daß die kommunistischen Parteien und Tendenzen im Westen mehr und mehr an Einfluß verlieren und sich zu wandeln beginnen. Im Gegensatz hierzu gewinnt der freiheitliche humane Sozialismus in allen europäischen Ländern trotz gelegentlicher Rückschläge immer mehr an Boden. Unter Verzicht auf – auch marxistische Dogmen und abstrakte Utopien versteht er es, gemeinsam mit den Gewerkschaften, die sozialen Ungerechtigkeiten im Kapitalismus zunehmend zu mindern, diesen selbst weiterhin rational zu verändern, der Arbeit Sinn und Würde und den Menschen allgemein vermehrt Freiheit, Selbst- und Mitbestimmung zu geben. Der demokratische Sozialismus ist als realer und universaler Humanismus eine dauernde Aufgabe, solange es menschliches Leben gibt.

Willy Spieler

## Sozialismus am Ende?

Die Ereignisse in den sozialistischen Staaten Osteuropas überstürzen sich. Die Ungleichzeitigkeit von Demokratisierung auf der einen Seite und autoritärer Verkrustung auf der anderen Seite<sup>1</sup> ist einer neuen Emanzipationsdynamik der »Zurückgebliebenen« gewichen. Die DDR, die Tschechoslowakei und Bulgarien haben ihre demokratische Revolution nachvollzogen, beeindruckend diszipliniert, phantasievoll und gewaltfrei. Sie sind im Begriff, Polen und Ungarn, die beiden bisherigen »Schrittmacher« im Demokratisierungsprozeß, einzuholen, wenn nicht schon zu überholen. Die böhmische Revolution brauchte noch ganze drei Wochen von der ersten Großkundgebung am 17. November in Prag bis zum Sturz des Husak-Regimes am 10. Dezember 1989. Der Funke zündete bis nach Rumänien, wo das Volk sich in den Weihnachtstagen nach einem blutigen, von der Armee unterstützten Aufstand des Ceausescu-Regimes entledigte.

Schon triumphieren die Apologeten des Kapitals, der Sozialismus sei bankrott, er müsse

die Überlegenheit der »freien Marktwirtschaft« und der »liberalen Demokratie« anerkennen. Sie verkürzen die historische Entwicklung in den Oststaaten auf eine Kapitulation vor dem »westlichen Erfolgsmodell«. Der stellvertretende Planungschef im US-Außenministerium Francis Fukuyama kündigt gar das »Ende der Geschichte« an, da er den »Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit und die Universalisierung der liberalen Demokratie des Westens als die endgültige Form der Regierung des Menschen«<sup>2</sup> für gekommen hält.

Versagt hat zweifellos das stalinistisch-breschnewistische Modell der autoritären Gesellschaftsführung und der Kommandowirtschaft. Hat damit der Sozialismus überhaupt versagt? Triumphiert der Kapitalismus zu Recht und endgültig?

### Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschaft?

Michail Gorbatschow schreibt in seinem Buch

»Perestroika«, »der Erfolg« der sozialistischen Umgestaltung werde »das letzte Argument im historischen Streit sein, welches System den Interessen der Menschen besser diene«. Ausdrücklich bezieht Gorbatschow die *Dritte Welt* in diese Fragestellung mit ein: »Der Erfolg der Perestroika wird den Entwicklungsländern helfen, Wege zur Durchführung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung zu finden, ohne daß sie dabei Zugeständnisse an den Neokolonialismus machen müssen oder in die Fänge des Kapitalismus geraten.«<sup>3</sup> Noch ist die Frage nach dem besseren System in ihrer globalen Tragweite nicht entschieden. Noch verhungern täglich 40 000 Kinder im Schatten von »westlichem« Wohlstand und »westlicher« Freiheit. Noch verursacht die Abhängigkeit der meisten Drittstaaten von kapitalistischen Metropolen das Massenelend und die Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen dieser Länder. Fred Mahlborg, Pfarrer in Rostock, hat dafür das klärende Wort gefunden: »Nicht, daß der 'Sozialismus abgewirtschaftet' hat, ist doch die Krise unseres Erdkreises und unseres Landes, sondern daß der Kapitalismus wirtschaftet und es nicht gelungen ist, dazu eine gerechtere Alternative wirklich zu gestalten.«<sup>4</sup>

Nach dem sozialethischen Maßstab der *Partizipation*, das heißt, der Teilhabe an ökonomischen Gütern einerseits und der Teilnahme an ökonomischen Entscheidungen andererseits, hat der Kapitalismus wenig zu bieten.

Das ist offenkundig für die Dritte Welt, gilt aber auch für die ökonomisch scheinbar gut funktionierenden Industriestaaten. Sie sind nicht einmal in der Lage, das Menschenrecht auf Arbeit zu garantieren. Selbst in der heutigen Hochkonjunktur beträgt die offizielle Zahl der Arbeitslosen in den westlichen Ländern und Japan 30 Millionen, die wirkliche Zahl dürfte sogar bei 40 Millionen liegen. Gemessen am sozialethischen Maßstab der Partizipation ist selbst die Schweiz ein Entwicklungsland: Drei Prozent der Steuerpflichtigen verfügen über gleichviel Vermögen wie die übrigen 97 Prozent zusammen. Fast ein Zehntel unserer Bevölkerung lebt an der Armutsgrenze oder darunter. Sieben von zehn Schweizern sind Mieter. Und neun von zehn arbeiten für fremdes Kapital.

Was dem Kapitalismus vor allem fehlt, ist die Partizipation der arbeitenden Menschen an

den *Entscheidungen in der Wirtschaft*. Der Kapitalismus ist noch weit entfernt von jener »partizipatorischen Gesellschaft«, die der Ökumenische Rat der Kirchen seit 1979 fordert.<sup>5</sup> Auch die schweizerische Wirtschaftsordnung beruht noch immer auf dem Vorrang des Kapitals gegenüber der Arbeit statt auf dem sozial-ethisch umgekehrten »Prinzip des Vorranges der Arbeit gegenüber dem Kapital« oder »dem Prinzip des Menschen als des Subjektes der Arbeit und seiner wirksamen Teilnahme am ganzen Produktionsprozeß«<sup>6</sup>. Der bisherige Sozialismus hat die Produktionsmittel nur verstaatlicht, statt die Verfügungsgewalt über sie an die arbeitenden Menschen selbst zu übertragen. Und eben darin liegt das Neue des Perestroika-Sozialismus, daß er nun endlich Politik und Wirtschaft demokratisch, partizipatorisch gestalten will. Die *Entstaatlichung des Sozialismus* muß eben nicht die Privatisierung sein, die sich die Apologeten des Kapitals als einzige Alternative vorstellen können. Die Soziallehre der katholischen Kirche hat ihnen eingies an konkreter Utopie voraus, indem sie die »Sozialisierung der Produktionsmittel (des Kapitals)« bejaht, wenn nicht einfach der Staat an die Stelle des privaten Eigentümers tritt, sondern wenn damit »der Subjektcharakter der Gesellschaft garantiert ist, das heißt, wenn jeder aufgrund der eigenen Arbeit den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der großen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet«<sup>7</sup>. Es tönt wie ein Echo auf diese Sozialethik, wenn Gorbatschow sagt, »daß ein Mensch nur dann in seinem Haus Ordnung schaffen kann, wenn er sich dort als Hausherr fühlt«<sup>8</sup>. Darum sei »die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie insgesamt«<sup>9</sup>. Mit Blick auf die »westlichen Gesellschaftsformen« meint Gorbatschow, er werde an ihren »demokratischen Charakter« erst dann »glauben, wenn Arbeiter und Angestellte im Westen die Besitzer von Fabriken und Betrieben und die Präsidenten der Banken selber wählen«<sup>10</sup>.

Gemessen am sozialethischen Maßstab der Partizipation gibt es weder den Triumph des Kapitalismus noch den Bankrott des Sozialismus. Im Gegenteil: Für den Kapitalismus

wäre Partizipation nichts anderes als die Erfüllung des eigenen, freilich noch unabgegrenzten Anspruchs.

### Sieg der »liberalen Demokratie?«

Daß Demokratie bislang nur bürgerlich, nur im Rahmen »freier Marktwirtschaft« funktionierte, ist nicht ein Verdienst des Kapitals, wohl aber ein Verdikt über den autoritären Sozialismus. Nach aller historischen Erfahrung duldet das Kapital die Demokratie nur solange, als sie seinen Interessen nicht in die Quere kommt. Das Kapital kann sich darum mit Faschismus gut vertragen, wie Chile von 1973 bis 1989, eines der vielen Beispiele für die lateinamerikanischen Zyklen zwischen formaler Demokratie und realer Diktatur, zeigt. Auf der andern Seite gibt es *keinen echten Sozialismus ohne Demokratie*, muß Demokratie darum auch für den Sozialismus in den Oststaaten weit mehr als eine Strategie zur Bewältigung seiner ökonomischen Krise sein. Daß es trotzdem so aussieht, als sei die Demokratie dem Sozialismus abgerungen worden, ist die Glaubwürdigkeitslücke, mit der Kommunistinnen und Kommunisten in diesen Staaten noch lange werden leben müssen.

Die *historische Wahrheit* ist dennoch komplizierter: Am Anfang der verhinderten Demokratie in der realsozialistischen Notstandsgesellschaft steht nicht nur der Stalinismus, sondern auch die massive Einmischung der kapitalistischen Welt seit der Russischen Oktoberrevolution, später die Aggression des Faschismus im Zweiten Weltkrieg, die in der Sowjetunion 20 Millionen Tote hinterlassen hat, dann die militärische Einkreisung des sozialistischen Blocks durch die Nato-Strategie und weiter die psychologische Kriegsführung vom »Roll-back« der Eisenhower-Ära bis zu Reagans Vernichtungswünschen gegen das »Reich des Bösen«. Darum sollten wir den Demokratisierungsprozeß in den Oststaaten auch noch anders beurteilen: nicht als Sieg des westlichen Erfolgsmodells, sondern, wenn schon als Sieg, dann als Sieg des real existierenden Sozialismus über seine Ängste und über sich selbst.

Am Anfang dieser Demokratisierung steht auch nicht das Modell der bürgerlichen Demokratie, sondern die sowjetische *Perestroj-*

ka. »Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen«, hat Michail Gorbatschow bereits am 27. Januar 1987 vor dem ZK der KPdSU gesagt.<sup>11</sup> So spricht der echte Sozialismus, der sich als Vollendung der Demokratie und nicht als deren Verhinderung, gar Vernichtung begreift. Es ist dieses – gemessen an den stalinistischen Strukturen – »neue« und zugleich – gemessen an den sozialistischen Utopien seit dem 18. Jahrhundert – alte Denken, das die Demokratisierung in nun fast allen Oststaaten ermöglicht hat. Damit soll der großartige Kampf dieser Völker, insbesondere der DDR und der Tschechoslowakei, für eine friedliche Revolution keineswegs herabgemindert werden. Ohne diesen Kampf wäre die Demokratie nur geschenkt (wie in der BRD nach dem Krieg) und formal, ohne Leben. Aber ebenso klar muß festgestellt werden, daß es die Demokratisierung in den Oststaaten nicht gäbe, wenn nicht die Sowjetunion dazu den Anstoß gegeben hätte. Nach einer Aussage von Willy Brandt waren es auch sowjetische Offiziere in der DDR, die am 9. Oktober 1989 die Nationale Volksarmee daran gehindert haben, gegen die friedliche Großdemonstration in Leipzig vorzugehen (NZZ, 14. Dezember 1989). Es wäre an der Zeit, daß die westlichen Medien, die vor allem die Ereignisse in der DDR seit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November im Stil von Frontberichterstattungen verfolgen, mit der Wahrheit etwas sorgfältiger umgingen.

Werden die neuen Demokratien in den Oststaaten sich auch als sozialistische begreifen? Es mag ja sein, daß viele Menschen dort das Wort »Sozialismus« so sehr mit Korruption bei den Herrschenden und Entfremdung bei sich selber verbinden, daß sie es nicht mehr hören können. Entscheidend ist nicht das Wort, entscheidend ist die Sache: Werden die arbeitenden Menschen in ihren Betrieben wie im Staat selber zum Rechten sehen? Wie zum Beispiel in Karl Marx-Stadt die Arbeiter des Barkas-Werks, das Volkswagen-Motoren fertigt. Dort fordert eine »Initiativgruppe Betriebsrat«: Wahl der Betriebsleitung und Veto-recht gegen »unzumutbare Entscheidungen« (Der Spiegel, 11. Dezember 1989). Oder werden die arbeitenden Menschen resignieren und es zulassen, daß ihre Betriebe und damit auch die neugewonnene politische Demokratie an fremdes Kapital verkauft werden? Denn das

**Wahr ist**, daß die Politiker der BRD die Beseitigung des sozialistischen Wirtschaftssystem in der DDR und die Einführung der Marktwirtschaft fordern.

**Unwahr ist**, daß sie dabei unsere Brüder und Schwestern in der Zone vor Massenarbeitslosigkeit, neuer Armut und Ausbeutung der Dritten Welt gewarnt haben.

**Wahr ist**, daß die Medien der BRD geschimpft und geschrien haben, als die DDR wieder einen Verfassungsschutz bilden wollte.

**Unwahr ist**, daß der Verfassungsschutz der BRD nur noch Umweltkriminelle bespitzelt und sich dann selbst auflöst.

**Wahr ist**, daß unsere Schulbücher die einseitige Erziehung zur Staatstreue in den Schulen und Verbänden der DDR kritisieren.

**Unwahr ist**, daß in unseren Schulen jetzt Karl Marx, Bakunin und Thoreau als Pflichtlektüre eingeführt werden sollen.

**Wahr ist**, daß unsere Regierung behauptet, Modrow sei gescheitert, obwohl sich in seiner kurzen Amtszeit die DDR soweit geöffnet und verändert hat, daß sie kaum wiederzuerkennen ist.

**Unwahr ist**, daß bei uns wegen des Protestes des Volkes die Atomwaffen beseitigt, die AKWs abgeschaltet, die Tiere geschützt werden und Greenpeace das Bundesverdienstkreuz erhält.

**Wahr ist**, daß Kohl seine Gesinnungsgenossen in der DDR davor gewarnt hat, Regierungsverantwortung mitzutragen.

**Unwahr ist**, daß er dasselbe seinen Freunden in der BRD zu raten pflegt.

**Wahr ist**, daß unsere Fernsehkommentatoren verlangen, alle ehemaligen Verantwortlichen aus Regierung, Partei und Stasi aus der DDR zu entlassen und ihnen keine Überbrückungsgelder zu gewähren.

**Unwahr ist**, daß bei uns demnächst korrupte oder unfähige Politiker, Beamte und Manager von alleine den Hut nehmen und auf Sozialhilfe gehen.

**Wahr ist**, daß man in Stasiregalen und Partei-bonzenkellern Ananasdosen gefunden hat.

**Unwahr ist**, daß man sich in Vorstandsetagen und auf Politikerbanketts mit Ananas aus der Dose zufrieden geben würde.

Norbert Vehreschild

wäre die unausweichliche Konsequenz: Demokratie im Kapitalismus ist käuflich, durch Geldherrschaft leicht zu unterwandern und durch »Sachzwänge« fast beliebig manipulierbar. Die Oststaaten haben die historische Chance, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die schon sozialisiert sind, nun auch durch Formen der Mitbestimmung und Selbstverwaltung zu demokratisieren und damit das Fundament für eine *neue Qualität von Demokratie überhaupt* zu schaffen.

Wie die Demokratie so müßte auch der *Rechtsstaat* im Sozialismus erneuert werden. Staatliches Handeln ist an Gesetze zu binden, gerade wenn es demokratisch beschlossene und sozialistische Gesetze sind. Wie es »keine Wahrung des Rechts ohne Demokratie« gibt, schreibt Gorbatschow, »ebensowenig kann Demokratie Bestand haben und sich entwickeln ohne die Herrschaft der Gesetz, denn Gesetze sind dazu da, die Gesellschaft vor Machtmißbrauch zu schützen und die Rechte und Freiheiten der Bürger, ihrer Arbeitskollektive und Organisationen zu garantieren«<sup>12</sup>. Auch Gewaltenteilung ist ein Fortschritt der Rechtskultur, auf den der Sozialismus nicht verzichten darf. Montesquieu wurde eben wieder durch den Machtmißbrauch des gestürzten Ceausescu-Regimes bestätigt: »Es ist eine ewige Erfahrung, daß jeder Mensch, der über Macht verfügt, dazu neigt, sie zu mißbrauchen; er geht soweit, bis er an Grenzen stößt.«<sup>13</sup>

*Gewaltenteilung* müßte die Macht aber nicht nur im Staat beschränken, sondern *auch in der Wirtschaft*, die im Kapitalismus immer noch autokratisch, ohne demokratische Legitimation gelenkt wird. In Betrieben und Unternehmungen müßte die Mitbestimmung der Arbeitenden mit den Anwälten der bedrohten Natur und den Standortgemeinden die Leitung legitimieren und die Richtlinien der ökonomischen Entscheidungen festlegen. Gewaltenteilung müßte stattfinden zwischen den Betrieben und Unternehmungen einerseits und den planenden Organen auf der politischen Ebene andererseits. Eine Form von Gewaltenteilung *unter* den Betrieben und Unternehmungen wird gewiß der *Markt* sein. Aber dieser Markt muß geplant werden, da er sich sonst durch die Konzentration der Unternehmungen selbst wieder außer Kraft setzt, wie das im real existierenden Kapitalismus

der Fall ist. Geplant werden muß der Markt auch durch Rahmenbedingungen, die es seiner »unsichtbaren Hand« verwehren, Mensch und Natur auszubeuten. Das wäre die sozialistische Marktwirtschaft, die noch immer aussteht, nicht zuletzt wegen dem links wie rechts verbreiteten Irrtum, daß Marktwirtschaft nur zusammen mit Privateigentum an Produktionsmitteln funktionieren könne.

### »Ende der Geschichte«?

Fukuyama zum Trotz stehen wir noch lange nicht am »Ende der Geschichte«. Der Glaube an den Ewigkeitswert des Kapitalismus ist nicht neu, gehörte es doch stets zur bürgerlichen Ideologie, ihre Werte für endgültig zu erklären. Nur wird sie genau an diesem »Endpunkt« zutiefst inhuman und unchristlich.

Das Ende der Geschichte wäre das *Ende jeder Humanität*, da es zum menschlichen Dasein gehört, im Horizont einer offenen Zukunft zu leben, und das heißt: zwischen Alternativen, auch zwischen alternativen Gesellschaftsentwürfen wählen zu können. Der Sozialismus bleibt eine derartige Alternative, zumal er als demokratischer, auch wirtschaftsdemokratischer Sozialismus noch gar nie verwirklicht oder auch nur versucht wurde.

Wer das Ende der Geschichte für gekommen hält, kann an das Neue nicht mehr glauben, auf das Bessere nicht mehr hoffen. Damit hätte auch das *Reich Gottes* aufgehört, eine Verheißung für diese Erde zu sein. Intoleranz gegen neue – oder vielleicht sehr alte, aber nie erprobte – sozialistische Entwürfe ist damit angesagt, der Manichäismus zwischen der eigenen Welt des absolut Guten und jeder alternativen Gesellschaft als der Welt des absolut Bösen nicht überwunden.

Zum »Ende der Geschichte« gehört nach Fukuyama auch der »leichte Zugang zu Videogeräten und Stereoanlagen«. Besser könnte der Konservative aus dem State Department nicht zum Ausdruck bringen, daß nicht Sozialethik, sondern *kruder Materialismus* sein Maßstab ist. Max Frisch würde von »Verblödung durch Ware«, vom »Elend einer Kaufkraft ohne große Hoffnung« sprechen. Die Kehrseite dieses Konsumismus wäre die unbeantwortete Sinnfrage, die stän-

dig steigende Zahl von Drogenabhängigen und Drogentoten.

Daß wir am *Ende einer Epoche* stehen, wer wollte es bezweifeln? Am Ende ist gewiß der Stalinismus. Nicht am Ende ist ebenso gewiß der demokratische Sozialismus. Es wäre auch nicht das erste Mal in der Geschichte, daß eine große Idee von Verzerrungen und Perversionen befreit werden müßte, ehe sie zum Tragen käme. So war es mit dem Christentum, auf dem die Hypothek des Konstantinischen Zeitalters mit millionenfachem Mord an »Ketzer« und »Hexen« lastet. So war es auch mit dem Sozialismus, der durch den Archipel Gulag so wenig »widerlegt« wird wie die Botschaft des Rabbi von Nazareth durch die Inquisition oder die Französische Revolution durch die Guillotine.

Francis Fukuyama beruft sich für die These vom »Ende der Geschichte« auf seine (unausgegorene) Lektüre der Hegelschen Geschichtsphilosophie. Wie wäre es mit jenem anderen Begriff, den Hegel *List der Vernunft* nannte? »List der Vernunft« könnte hinter dem Ende des »real existierenden Sozialismus« stehen, um dem demokratischen Sozialismus zu realer Existenz zu verhelfen. Wenn der kapitalistische Westen das kommunistische Feindbild verliert, kommt einiges ins Rutschen. Er kann den Nord-Süd-Konflikt nicht mehr nach anti-kommunistischem Raster beurteilen. Das bedeutet Emanzipation von Südafrika bis nach Zentralamerika. Auch für Nato und Rüstungsmilliarden entfällt die Begründung. Das bedeutet Befreiung von Militärausgaben, von Militär überhaupt. Das verlorene Feindbild macht eine neue Qualität der politischen Auseinandersetzung möglich, die linke und antimilitaristische Positionen nicht mehr in die staatsfeindliche Ecke drängen kann. Das bedeutet mehr Sensibilität bei der Wahrnehmung und Bekämpfung von menschenfeindlichen Ideologien und Hierarchien. Dieser Zusammenhang ist natürlich nicht mit einem Automatismus zu verwechseln, sondern vorerst nur eine Möglichkeit, eine reale freilich, mit der unsere Zeit schwanger geht. Hinzu kommen muß der subjektive Faktor, die neue Ethik und die neue Spiritualität, die in der Lage wären, diesem neuen Kairos gerecht zu werden. Die Zukunft ist offen. Sie hat jedenfalls mehr zu bieten als die ewige Wiederkehr des Kapitalismus.

### Anmerkungen:

- 1 Vgl. Zeichen der Zeit, in: Neue Wege 1989, S. 241f.
- 2 In der neokonservativen Zeitschrift »National Interest«; vgl. Roman Berger, Warum so hilflos?, in TA, 2. Dezember 1989.
- 3 Michail Gorbatschow, Perestroika, München 1987, S. 166.
- 4 Fred Mahlborg, Noch einmal anfangen, in: Neue Wege 1989, S. 341.
- 5 Vgl. Nature, Mankind and God, Report of Section II of the conference of Faith, Science, and the Future 1979, C 13.

Thomas Kremers-Sper

## Krise des Sozialismus als Chance zur Erneuerung

Wohin man auch blickt: Der Sozialismus wird zu Grabe getragen. Nicht nur der real existierende, sondern der Sozialismus überhaupt möge von der Bühne der Weltgeschichte verschwinden, auf der dann die unendliche Satire »Erst der Profit macht den Menschen zum Menschen« gespielt werden soll – so posaunen Freundeskreis und Profiteure der Marktwirtschaft. Der Spiegel feiert »Das Ende der Marktwirtschaft«, und Theo Sommer brandmarkt in der ZEIT die sich überstürzenden Ereignisse in den sozialistischen Ländern mit der Überschrift »Nach der langen Nacht der Barbarei«. Während also die Herrschenden erfolgreich wiedervereinigenden Nationalismus und Antisozialismus schüren, wirkt die bundesdeutsche Linke ratlos und handlungsunfähig. Diese tiefe Verunsicherung ist nicht nur eine Folgewirkung der Prozesse in Osteuropa, sondern auch Ausdruck der Hilflosigkeit angesichts eines überraschend stabilen und dynamischen Kapitalismus. Übermächtig trumpfen bürgerliche Ideologen auf und ersticken alle Hoffnungen, die doch gerade erst durch die Umgestaltungsprozesse in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow geweckt worden waren. Und jetzt gerät auch noch der Politiker des Jahrzehnts in ärgste Bedrängnis! In dieser komplizierten Lage gilt es, nüchtern Bilanz zu ziehen: Wo stehen wir heute? Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich für die nähere Zukunft ab? Gleichzeitig müssen wir uns selbstkritisch fragen: Enthält die marxistische Methode der Gesellschaftsanalyse noch produktive Entfaltungsmöglichkeiten? Hat die Utopie einer radikal veränderten Gesellschaft noch Zukunftsperspektiven? Gibt es überhaupt noch Hoffnung für eine Fortsetzung

- 6 Johannes-Paul II. Laborem exercens, Enzyklika vom 14. September 1981, Nr. 12, 13.
- 7 A.a.O., Nr. 14.
- 8 Die Rede (vor dem ZK der KPdSU am 17. Januar 1987), Hamburg 1987, S. 35.
- 9 A.a.O., S. 37.
- 10 Perestroika, S. 161.
- 11 Gorbatschow, Die Rede (Schlußwort), S. 90.
- 12 Perestroika, S. 132.
- 13 Vom Geist der Gesetze, Buch XI, Kap. IV.
- 14 Rede zur Verleihung des Heinrich-Heine-Preises, in WoZ, 15. Dezember 1989.

menschlicher Geschichte auf unserem von vielfältigen ökologischen Katastrophen bedrohten Planeten?

### Sozialismus am Ende?

Ob sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bewegungen, alle haben sie in diesem Jahrhundert in entscheidenden historischen Situationen fundamental versagt. Die erste tiefe Erschütterung der Arbeiterbewegung war die Zustimmung der verbürgerlichten und von Nationalismus und Militarismus infizierten Sozialdemokratie zum Ersten Weltkrieg. Die verheerende Burgfriedenspolitik führt zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Diese Zersplitterung in mehrere sich heftig befehdende Lager war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß der Nationalsozialismus sein barbarisches Terrorregime errichten konnte.

Als Gegenbewegung gegen die Sozialdemokratie entstand die kommunistische Weltbewegung, auf der in den 20er Jahren viele Hoffnungen ruhten. Nach der Oktoberrevolution wurde zum ersten Mal der Versuch unternommen, den Sozialismus zu realisieren – unter den denkbar schlechtesten Bedingungen. blieb doch die von Lenin sehlichst erwartete Weltrevolution aus. Es entwickelte sich in der Sowjetunion ein »nicht-kapitalistischer« Staat, der das Privateigentum an Produktionsmitteln abschaffte. Dies war ein wichtiger Schritt, aber die Verabsolutierung des planwirtschaftlichen Denkens nach bürokratischen Gesichtspunkten führte schließlich zu einer im Vergleich zum Kapitalismus geringeren ökonomischen Effizienz.

Der verheißungsvolle Anfang des »Roten Oktobers« wurde schon nach wenigen Jahren durch den Stalinismus diskreditiert. Gegen sozialdemokratische Selbstgefälligkeit hat Rosa Luxemburg auf die Mitverantwortung der deutschen Arbeiterbewegung für diese verhängnisvolle Entwicklung aufmerksam gemacht. Hatte doch das deutsche Proletariat nicht die junge Sowjetmacht durch eine deutsche Revolution entlastet. Ein ungeheurer militärischer und ökonomischer Druck lastet seit damals auf der Sowjetunion.

So konnten sich die produktiven Potenzen des Sozialismus kaum noch entwickeln. Stattdessen verkam er zu einem korrupten bürokratischen Herrschaftssystem mit einer privilegierten Oberschicht, die den Marxismus als beliebig manipulierbare Ideologie zur Legitimation ihrer Herrschaft mißbrauchte und auch vor abscheulichen Formen des Terrors nicht zurückscheute. Der »Marxismus« als Dogmensystem konnte immer weniger die komplexe gesellschaftliche Wirklichkeit erfassen und führte zu der kaum noch vorstellbaren Blindheit gegenüber historischen Veränderungen.

Trotz aller erschreckenden Mißstände und furchtbaren Verbrechen gebe ich allerdings zu bedenken, daß es auch erhaltenswerte Errungenschaften in den «nicht-kapitalistischen» Staaten gibt: Sorgen um die berufliche Zukunft und die Angst um den Arbeitsplatz entfallen weitgehend. Die ökonomischen Prozesse hinter verstaatlichten Werkstätten sind eher demokratischer Kontrolle zugänglich als in Unternehmen, die sich in Privatbesitz befinden und nicht einmal Mitbestimmung oder Investitionskontrolle zulassen. Der Arbeitsalltag im Sozialismus scheint mir weniger durch Streß bestimmt als im hochtechnisierten Kapitalismus, wo die unerträgliche Rationalisierung der Betriebe zu einer unmenschlichen Intensivierung der Arbeit führt.

### Impulse für die Erneuerung

Diese Erfahrungen mit dem Versuch, den Sozialismus konkret Gestalt annehmen zu lassen, können wichtige Lerneffekte in Gang setzen:

1. Mich erschüttert tief, wie sehr Macht auch Kommunisten korrumpieren kann, die einst

voller humanistischer Ideale die Hölle faschistischer Konzentrationslager ungebeugt durchschritten. Nur ein Höchstmaß an Transparenz aller politischen Entscheidungsprozesse, Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Versammlungsfreiheit können ein demokratisches Korrektiv gegen diese Verführbarkeit durch Macht darstellen.

2. Toleranz und Pluralismus müssen deshalb unerläßliche Wesensmerkmale des Sozialismus werden. Hier stellt sich allerdings die Frage nach den Grenzen von Meinungsfreiheit: Wie soll man z.B. mit neonazistischen Bewegungen umgehen? Ein rein administratives Verbot, wie es in den sozialistischen Ländern praktiziert wurde, verdeckt nur die Probleme und löst sie nicht. Die bei uns beliebte »Blindheit auf dem rechten Auge« ist zumindest ebenso gefährlich.

3. Planwirtschaft und Marktwirtschaft sollten weniger idealtypisch gegenübergestellt werden, sondern produktive Kombinationsmöglichkeiten ausprobiert werden, die sich an gesellschaftlichen Bedürfnissen unter strikter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse orientieren müssen. Grenzen findet die Marktwirtschaft dort, wo Banken, Großbetriebe und internationale Konzerne unkontrollierbare Herrschaft ausüben. Wenn privater Besitz an Produktionsmitteln gesellschaftliche Investitionskontrolle behindert, müssen derartige Unternehmen entsprechend der Sozialpflichtigkeit im Grundgesetz vergesellschaftet werden.

4. Der Kampf um die Emanzipation der Arbeiterklasse in den hochindustrialisierten Staaten bleibt zwar ein Bestandteil sozialistischer Politik, verliert aber an gesellschaftspolitischer Brisanz im Vergleich zur Befreiung der sog. Entwicklungsländer, von deren Ausplünderung auch die Arbeiterschaft der Metropolen profitiert.

5. Eine ökonomistische Reduzierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit blendet wichtige Konfliktfelder aus. Die neuen sozialen Bewegungen stellen ein wichtiges politisches Potential dar. So spricht z.B. die Ökologiebewegung die katastrophale Umweltzerstörung im Kapitalismus und im Sozialismus an, die die Lebensgrundlagen der Menschheit vernichten, und versuchen, der ansonsten schutzlosen Natur zu ihrem Recht zu verhelfen.

6. Quer zur Klassenfrage – deshalb dieser

jedoch keinesfalls untergeordnet – steht schließlich die Herausforderung durch den Feminismus. Die Erfahrungen in den sozialistischen Ländern weisen darauf hin, daß sich die Befreiung der Frau nicht automatisch aus veränderten Gesellschaftsstrukturen ergibt.

Nur noch im Rahmen dieses komplexen Bündels politischer Strategien, die zueinander in erheblichen Spannungsverhältnissen stehen, läßt sich heute eine gesellschaftsverändernde Praxis entwerfen. In diesem Sinne kann die Krise des Sozialismus – in seiner konkreten Gestalt, in seinem Wissenschaftscharakter und in seiner utopischen Substanz – auch als Chance begriffen werden: als an den konkreten Realitäten orientierte Erneuerungsmöglichkeit in Richtung einer radikalen Alternative zum hochtechnisierten, aber natur- und menschenfeindlichen Kapitalismus.

### Kapitalismus ohne Ende?

Hatten Marx und Engels noch gedacht, daß die bürgerliche Gesellschaft zügig ihrem Ende zueilt – war doch in ihrem Schoße das Proletariat als ihr eigener Totengräber entstanden –, so stellen die Bocksprünge der wirklichen Geschichte alle derartigen Prognosen auf den Kopf. Mit Erstaunen beobachten wir, daß die »soziale Marktwirtschaft« der momentane Exportschlager ist. Was in den sozialistischen Staaten wie ein Paradies erscheinen mag und zu einer Massenflucht in den »Goldenen Westen« verleitet, sieht aus hiesiger Perspektive ganz anders aus:

– Etwa 6 Millionen Bundesbürger leben an oder unter der Armutsgrenze, d.h. jeder 10. Mensch lebt am Rande des Existenzminimums.

– Noch immer sind über 2 Millionen Menschen in der BRD arbeitslos – so besagen die geschönten Statistiken. Die reale Arbeitslosigkeit dürfte etwa bei 3 Millionen Menschen liegen.

– Alles deutet darauf hin, daß sich im Rahmen des europäischen Binnenmarktes gemäß den Vorstellungen der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« der Anteil der zynisch als »Systemverlierer« titulierten Armen noch vergrößern wird.

– Umstrukturierungsprozesse wie im Ruhrgebiet werden nicht demokratisch unter Mitwirkung von Gewerkschaften und Kommunen umgesetzt, sondern von den Konzernen vollzogen, die vorher für den Ruin dieser

Region verantwortlich waren.

Besonders krass kommen diese Konflikte in Rheinhausen zum Ausdruck: Ein Stahlwerk, das noch vor kurzem geschlossen werden sollte, produziert heute mit Volldampf. Die »Krise des Werkstoffes Stahl«, die man uns als unvermeidbaren Sachzwang einreden wollte, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als billiger Bluff, um den Abbau von Arbeitsplätzen und Rationalisierungsmaßnahmen legitimieren zu können und das freiwerdende Kapital in profitträchtigeren Branchen anlegen zu können. Statt der gegen allen Widerstand durchgesetzten Stilllegung wird momentan die Belegschaft noch einmal mit tausenden Überstunden ausgequetscht.

So unanfechtbar mächtig und dynamisch die bürgerliche Gesellschaft heute auch wirken mag, so gibt es doch Hinweise darauf, daß dies nicht für alle Zukunft bleiben wird:

– Die Verarmung und Verschuldung der sog. »Dritten-Welt« nimmt weiterhin rapide zu. Die Kluft zwischen den reichen kapitalistischen Metropolen und den armen Ländern vergrößert sich täglich dramatisch, basiert doch unser steigender Reichtum auf der ökonomischen Ausplünderung und ökologischen Zerstörung insbesondere der Länder der Südhälfte.

– Die Automobilindustrie, die immerhin der zentrale industrielle Leitsektor ist, produziert zwar noch immer in Unmengen. Ständig verstopfte Städte und Autobahnen sind aber deutliche Warnsignale für eine Übersättigung. Bei der immer größer werdenden internationalen Konkurrenz dürfte deshalb eine heftige Überproduktionskrise in näherer Zukunft unvermeidbar sein.

– Die internationalen Börsenkrache mehren sich. Sie werden zwar mit erstaunlicher Gelassenheit geschluckt, sind aber doch Indizien dafür, daß es heftige Spannungen in der Weltwirtschaft gibt.

Auch wenn der Kapitalismus zukünftig umweltfreundlichere Produkte herstellt und wir in der BRD-DDR ein »rosa-grünes« Jahrzehnt erleben sollten, bleibt die kapitalistische Produktion aus Gründen eines unerbittlichen Konkurrenzdruckes von dem Zwang bestimmt, immer mehr Güter zu produzieren, um den Mehrwert und die Profiteure zu erhalten. Damit werden weiterhin die begrenzten natürlichen Ressourcen schamlos ausgebeu-

tet. So bewirkt die Logik der kapitalistischen Produktionsweise die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit und einen in der Naturgeschichte einmaligen Faunenschnitt, d.h. die unwiederbringliche Vernichtung von unzähligen Tier- und Pflanzenarten.

Daß die sozialistischen Länder nicht mehr für den Umweltschutz getan haben, erscheint mir nicht als Argument für den Kapitalismus dienlich, sondern sollte uns auf die zentrale Bedeutung der Verknüpfung ökologischer Fragen mit sozialistischen Konzeptionen aufmerksam machen. Gattungsfrage und Klassenfrage durchdringen sich heute gegenseitig und können deshalb nicht mehr sinnvoll voneinander getrennt werden.

### Plädoyer für Widerständigkeit

Theo Sommer läßt seinen Artikel zum Ende des Sozialismus mit einem Wort von Bertholt Brecht beginnen:

*»Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne der Mächtigen kommen am Ende zu Halt.*

*Und gehen sie einher auch wie blutige Hähne Es wechseln die Zeiten, da hilft kein' Gewalt.«*

Brechts Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft wird umgemünzt auf den Sozialismus. Das ist bitter – wie jede neue Enthüllung gravierender Mißstände in den sozialistischen Ländern. Recht hat Theo Sommer – und dennoch zutiefst unrecht! So enthält der Spruch Brechts durchaus noch eine Wahrheit, die über die Krise des Sozialismus und

die gegenwärtig (!) fetten Auftragsbücher der Unternehmer hinausgeht: Die bürgerliche Gesellschaft ist eine historisch entstandene Gesellschaftsformation, die ebenso vergänglich ist wie alle vorhergehenden Epochen – auch wenn sie gegenwärtig den Eindruck quasi naturgegebener Unsterblichkeit vermittelt. Statt eines »ewigen« Kapitalismus zeichnet sich gegenwärtig ganz konkret eine ökologische Katastrophe ab, die die Existenzmöglichkeit der Menschheit insgesamt in Frage stellt. Diesen widersprüchlichen und wenig ermutigenden Realitäten müssen wir uns stellen. Jedoch die »Vernunft kann nicht blühen ohne Hoffnung, die Hoffnung nicht sprechen ohne Vernunft« (Bloch). So bewirkt ein Realismus ohne Hoffnung auf die Erneuerungsfähigkeit und die Durchsetzbarkeit eines demokratischen, humanen und ökologischen Sozialismus Resignation angesichts einer übermächtig scheinenden Wirklichkeit. Dagegen würde Hoffnung ohne Nüchternheit nur Illusionen erzeugen, die ebenfalls Fatalismus und Anpassung an die bestehenden Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse bewirken werden.

Auch wenn wir noch längerfristig darum kämpfen müssen, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx), sollten wir dieses Bemühen um eine gerechte und friedliche Welt nicht aufgeben. Dies würde unumgänglich zu einem existentiellen Verlust unserer eigenen Identität führen. Vor dieser Preisgabe unserer eigenen Menschlichkeit will uns Rabbi Jochanan warnen:

*»Das eigentliche Exil Israels in Ägypten war, daß sie es ertragen gelernt haben.«*

Ulrich Peter

### Brief aus Berlin

Fast jeden Tag habe ich eine neue Erklärung oder Unterschriftensammlung gegen die »Wiedervereinigung« der beiden deutschen Staaten in der Post.

Ich will den InitiatorInnen und Gruppen, die diese Aufrufe verschicken, den guten Willen nicht absprechen. *Ich habe allerdings den Eindruck, daß die (west-)deutsche Linke hier Rückzugsgefechte führt. Die Wiedervereinigung*

*ist bereits entschieden!*

Freundinnen und Freunde aus der DDR berichten, daß dort linke Positionen immer mehr in die Defensive gedrängt werden und daß deutsch-nationale Parolen die Szene beherrschen. Es gibt kaum noch Stimmen, die die »Marktwirtschaft« problematisieren und den eigenen Weg der DDR betonen.

Wer die desolate Verfassung der DDR-Linken

außerhalb der SED kennt, kann von ihr wenig erhoffen. Die SED verliert trotz (oder wegen?) ihrer veränderten Positionen rapide an Einfluß und Mitgliedern. Wer in der »marktwirtschaftlich erneuerten DDR« Karriere machen will, muß rechtzeitig die Partei wechseln. Auch dies ist beim SED-Austritt des Dresdner Oberbürgermeisters Berghofer und seiner 38 Freunde mitzubedenken!

Was für West-Linke auffällig ist: *Die Arbeiterinnen und Arbeiter der DDR treten praktisch nicht in Erscheinung, die neuen Parteien und Initiativen werden von Intellektuellen organisiert und bestimmt.* Wer sich die Akteure dieser Gruppen im DDR-Fernsehen und bei den diversen Veranstaltungen in der DDR anschaut, bekommt den Eindruck, daß jeder 3. DDR-Bürger an der Uni arbeitet und mindestens jeder 4. Einwohner evangelischer Pfarrer ist.

### Worin liegt die derzeitige politische Abstinenz der DDR-Arbeiterklasse begründet?

Westberliner Betriebsräte, die Kontakte zu DDR-Betrieben aufgenommen haben, berichten übereinstimmend, daß in den Betrieben Apathie herrscht. Die Enthüllungen über Korruption, Amtsmissbrauch und Manipulationen haben ein *moralisches Vakuum* erzeugt. Ein Beispiel mag dies illustrieren: In den DDR-Betrieben wurde für einen Solidaritäts-Fonds des FDGB gesammelt, aus dem Projekte in Nicaragua und anderswo unterstützt werden sollten. Es kamen etwa 100 Millionen Mark zusammen, vor allem durch Spenden von Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und Büros.

Internationale Solidarität war traditionell dort verankert und ein besonderes Anliegen der GewerkschafterInnen an der Basis. Ende 1989 stellte sich heraus, daß etwa die Hälfte der Soli-Fonds-Gelder nie die DDR verlassen hatte! Die FDGB-Spitze hatte damit die FDJ-Parade zum 40. Jahrestag der DDR finanziert. Repression kann die sozialistische Bewegung schwächen, ja zeitweise zerschlagen. *Vernichtet werden kann sie nur aus den eigenen Reihen!* Dies ist der »alten« SED fast vollständig gelungen! Das »Prinzip Hoffnung« ist kaum noch vorhanden.

Warum sollen die Kolleginnen und Kollegen, die sich von allen betrogen fühlen, Kämpfe

führen, möglicherweise für die nächste Gruppe, die sie betrügt?

Aus diesem Bereich wird einer kapitalistischen Wiedervereinigung kaum Widerstand erwachsen! Die *West-SPD*, die bis zur (DDR-)Oktoberrevolution die DDR-Opposition ignorierte, ja dieser sogar Destabilisierung der DDR vorwarf, hat die Zeichen der Zeit erkannt. Die innigen Beziehungen zur SED wurden ausgerechnet zu einem Zeitpunkt abgebrochen und beendet, als diese begann, sich zu einer nichtstalinistischen Partei zu transformieren. Die DDR-Sozis, die sich anfänglich SDP nennen mußten, damit der Unterschied zur West-SPD manifest wurde, sind mittlerweile an die breite Brust gedrückt und als Ost-SPD anerkannt.

Diese Partei hat alles: Büros, Kopierer, Druckmaschinen, Hauptamtliche usw. *Eins hat sie nicht – Arbeiterinnen und Arbeiter, die sollen jetzt gewonnen werden!* Zufall? (Siehe oben) Die Rolle, die die (West-)SPD spielt, ist von unserem Bundesmitglied *Heinrich Albertz* (dem wir an dieser Stelle nachträglich sehr herzlich zu seinem 75. Geburtstag gratulieren) in der Frankfurter Rundschau vom 20. Januar 1990 zutreffend charakterisiert worden.

»Mir reichts, daß ich in ein deutsch-nationales Pfarrhaus hineingeboren wurde, nie wieder will ich zu einer deutsch-nationalen Volkspartei zurückkehren. Die SPD ist drauf und dran, eine zu werden.«

### Was bleibt für uns?

Anstatt eine Wiedervereinigung aufhalten zu wollen, die nicht mehr zu verhindern ist, müssen wir uns überlegen, was wir eigentlich mit dem »neuen Deutschland« anfangen, welche Chancen sich uns eröffnen.

Wir müssen unsere Kontakte intensivieren, etwa zu der Minderheit der DDR-CDU, die nicht bereit ist, um das »goldene Kalb der Marktwirtschaft« zu tanzen und den Sozialismus in der Rumpelkammer abzugeben. Die Gründung der Initiative *»Christliche Linke«* läßt hoffen, daß sich die sozialistischen ChristInnen der DDR ihrer Verantwortung bewußt werden.

Die evangelischen Kirchen West- und Ostberlins und der DDR und BRD bereiten die Herstellung der kirchlichen Einheit vor. Dies

wirft für Theorie und Praxis der kirchlichen Linken, von der wir religiöse Sozialistinnen und Sozialisten ein Teil sind, völlig neue Fragen auf.

*Stellen wir uns dieser Herausforderung!*  
Früher hatte ich auf alle Fragen eine Antwort. Aber heute haben sich die Fragen geändert. (Spruch auf der Mauer im Bezirk Kreuzberg)

## Spendenaufruf

Liebe Leserinnen und Leser von „Christ und Sozialist“!

Unsere Zeitschrift, die in neuer Folge im 14. Jahrgang erscheint, ist eine der wenigen linken christlichen Publikationen, die bisher überlebt haben. Wir sind in der letzten Zeit oft gefragt worden, woran es liegt, daß wir weiterhin erscheinen, während andere Blätter, wie etwa das nordelbische „Salz der Erde“ oder die viel größere „Neue Stimme“ ihr Erscheinen einstellen mußten.

Zum einen liegt es vielleicht daran, daß „Christ und Sozialist“ sich in den letzten Jahren inhaltlich und in der äußeren Gestaltung verbessert hat.

Allerdings: Müßte sich CuS selbst tragen, also aus dem Erlös der verkauften Hefte finanzieren, wäre die sofortige Einstellung der Zeitschrift notwendig!

Derzeit verkaufen wir von der Gesamtauflage etwa 60% als Abonnements. Einen Teil der restlichen Exemplare setzen wir an Büchertischen, bei Kirchentagen u.ä. ab.

Die Einnahmen durch Abos und Freiverkauf decken jedoch nicht einmal die Kosten für Satz, Druck und Versand vollständig ab. Werbungskosten und die Redaktionsarbeit (Fahrtkosten, Telefon, Kopien usw.) wurden bisher ganz vom Bund der Religiösen Sozialisten getragen, ebenso z.B. die Abonnenten aus der DDR.

Dabei haben die Aktivitäten des Bundes in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Mitarbeit am Kirchentag in Form des Thematischen Zentrums „Lehrhaus Bernauer 111: Reich Gottes und Sozialismus“ war ein großer Erfolg und ein wichtiger Schritt in unserer Arbeit. Ähnliches ist für den Katholikentag 1990 und den Kirchentag im Ruhrgebiet 1991 geplant.

**Auch diese Arbeit kostet Geld, das direkt investiert werden muß. Darum muß die bisherige Subventionierung von CuS reduziert und mittelfristig möglichst ganz überflüssig gemacht werden.**

Wir wollen aber nicht die Bezugsgebühren als solche erhöhen, sondern auch wenig Bemittelten das Abo weiterhin ermöglichen.

Wir versuchen künftig, die Herstellungskosten durch Eigenarbeit zu verringern. Dazu wären aber auch Investitionen in die entsprechende Ausstattung nötig. Weiter wollen wir verstärkt werben und den Freiverkauf erhöhen. Auch dazu sind anfänglich Mittel nötig.

Zu dem allen aber benötigen wir

– Spenden für den Erhalt von „Christ und Sozialist“  
(auch kleine Beträge summieren sich!)

– 150 neue AbonnentInnen

– Abonnenten, die in Form des Förderabos (ab DM 30,— aufwärts p.a.) mindestens die tatsächlichen Kosten mitzutragen bereit sind

Unser Ziel für 1990: DM 10.000 für „Christ und Sozialist“

Bund der Religiösen Sozialisten

## Inhaltsverzeichnis:

Jean Pierre Cavalie	Gottes Solidarität .....	1
Loretta J. Williams	Marginalisierung, Destabilisierung und Hautfarbe .....	2
Darmstädter Religiöse Sozialisten	Europas neue kapitalistische Revolution .....	12
Gert Rüppell	Umkehr zum Gottesrecht .....	19
Hartmut Hövelmann	»Der religiöse Mensch ist Sozialist« (Adolf Grimme) .....	26
Erhard Griese	Rudi Dutschke (gest. am 24. Dez. 1979) .....	35
<b>ZEITANSAGE</b>		
August Rathmann	Ende des Sozialismus? .....	36
Willy Spieler	Sozialismus am Ende? .....	38
Thomas Kremers-Sper	Krise des Sozialismus als Chance zur Erneuerung? .....	43
Ulrich Peter	Brief aus Berlin .....	46

### Mitarbeiter dieses Heftes:

Loretta J. Williams, 7, Glenvale Terrace, Jamaica Plain, USA, MA 02130

Gert Rüppell, Viittakivi International Centre, SF-14700 Hauho, Finland

Darmstädter Religiöse Sozialisten, Christiane und Ulrich Dannemann,

Kirchstr. 4, 6087 Büttelborn 1

Hartmut Hövelmann, Holsteiner Str. 17, 8500 Nürnberg 90

August Rathmann, Rosengarten 20, 2312 Mönkeberg

Willy Spieler, Zürichstr. 152, CH-8700 Küsnacht

Thomas Kremers-Sper, Prinzenstr. 37, 4100 Duisburg 1

Norbert Vehreschild, Schumannstr. 33, 4000 Düsseldorf 1

Ulrich Peter, Albertstr. 1, 1000 Berlin 62

Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Ulrich Peter (Berlin), Erhard Griese (Düsseldorf), Udo Fleige und Karin Bassler (beide Tübingen).

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

Bezugspreis z.Z. jährlich DM 20,—incl. Porto. Zahlungen zu Beginn des Kalenderjahres bitte selbständig an den Bund der Religiösen Sozialisten, Postgiro Dortmund 189 389-464 (BLZ 440 100 46). Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. Förderabo 30 DM, 50 DM oder mehr. Beträge über 20 DM sind als Spende absetzbar.

„Christ und Sozialist“ kooperiert mit „Neue Wege“, Zürich

Redaktion: Erhard Griese (verantwortl.), Lore-Agnes-Weg 15, 4000 Düsseldorf 13; Klaus Kreppel (Bielefeld); Reinhard Gaede (Herford).

Abonnement und Retours: B.R.S.D., Postfach 2521, 7400 Tübingen. Kündigungen zum Jahresende wirksam.

Satz und Layout: Druckladen Bochum. Innenseiten Umweltschutzpapier

Abonnement und Retour:  
B.R.S.D.  
Postfach 2521  
7400 Tübingen

## Was wollen die Religiösen Sozialisten?

Die Bibel der Juden und der Christen spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat **das »Reich Gottes« für diese Erde** verkündet.

Darum treten die Frauen und Männer im Bund der Religiösen Sozialisten für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gerechte und gleiche Lebensbedingungen antreffen. Wir tun das als Teil der ökumenischen Christenheit, verbunden mit dem Erbe der Arbeiterbewegung und solidarisch mit den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Schwarzafrikas.

Das bedeutet theologische Kritik des Kapitalismus, besonders des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des unmenschlichen kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs, dessen Folgen sich in der Verweigerung des Rechtes auf Arbeit wie in der Bedrohung der Schöpfung zeigen.

Dazu gehört eine ständig lebendig weiterzuentwickelnde sozialistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse.

Zur Geschichte: Am Anfang der religiös-sozialistischen Bewegung stehen Christoph Blumhardt und Leonhard Ragaz. Blumhardt trat 1899 an die Seite streikender Arbeiter und verlor sein Pfarramt, als er der SPD beitrug. Ragaz gründete 1906 die noch heute erscheinende Zeitschrift „Neue Wege“. Er gab 1921 seine Theologieprofessur auf und widmete sich der Arbeiterbildung.

In der Weimarer Zeit setzten sich Religiöse Sozialisten gegen Reaktion (Fürstenentschädigung) und Militarismus (Panzerkreuzerbau) ein. Wortführer des 1926 gegründeten „Bundes der Religiösen Sozialisten“ und Schriftleiter des „Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes“ war Erwin Eckert, bis er 1931 amtsenthoben wurde und der KPD beitrug.

Der 1933 verbotene Bund wurde 1976 von einer Gruppe wiederbelebt, die aus der Studentenbewegung kam. So wurde auch der Anschluß an den Internationalen Bund Religiöser Sozialisten wiedergefunden, dessen stärkster Zweig die schwedische „Bruderschaftsbewegung“ ist. Auf seiner ersten Tagung außerhalb Europas, 1986 in Managua, wurde mit den „Cristianos en la Revolución“ Nicaraguas die partnerschaftliche Assoziierung beider Bewegungen beschlossen.

**Es gibt solange keine Freiheit,  
wie es die Freiheit gibt, andere auszubeuten.**